



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



V. l.: MdL Markus Blume, Vorsitzender der CSU-Grundsatzkommission, Umweltministerin Ulrike Scharf, KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle und KPV-Landesgeschäftsführer Jörg Kunstmann.

## Langfristige Investitionen

Die Landesversammlung am kommenden Wochenende mit Ministerpräsident Horst Seehofer, ein Gespräch mit Bayerns Umweltministerin Ulrike Scharf über Themen der Wasserwirtschaft sowie ein Treffen mit MdL Markus Blume standen auf der Tagesordnung der jüngsten Sitzung der Kommunalpolitischen Vereinigung, zu der Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle nach München eingeladen hatte.

Zwar ist die Ersterschließung des Freistaats im Bereich Wasser und Abwasser zu nahezu 100 Prozent abgeschlossen. Der hohe Sanierungsbedarf stellt die Kommunen jedoch vor große Probleme. Das derzeitige Programm RZWas läuft zum Ende des Jahres aus. Ministerin Scharf und Landrat Rößle waren sich darin einig, dass ein Programm zur Abfederung der zu erwartenden großen Härten für die Kommunen dringend nötig sei. Eine Regelförderung ist nicht möglich.

### Extrem teure Sanierung

Trotzdem ist die KPV gemeinsam mit Ulrike Scharf der Meinung, dass lediglich 30 Mio. Euro für ganz Bayern (ca. 10 % der Kommunen werden anspruchsberechtigt sein) bei weitem nicht ausreichen, um die teilweise extrem teuren Sanierungsmaßnahmen zu schultern. Schließlich sollen die Instandsetzungen keine Zwischenlösungen sein, sondern sind als langfristige Investitionen in

die Daseinsvorsorge zu sehen. Aktuell rechnet man mit einem jährlichen Sanierungsbedarf von etwa 1,3 Mrd. Euro. Die Ministerin plant ein ausgewogenes Berechnungsmodell, bei dem auch die Investitionen der Vergangen-

### Asyl- und Flüchtlingspolitik:

## Sonderprogramm des Freistaats

### Fehlanreize beseitigen - Verfahren beschleunigen - Rückführungen erleichtern

**Angesichts des massenhaften und unkontrollierten Zustroms von Flüchtlingen nach Deutschland ist die Belastungsgrenze bei Staat und Kommunen erreicht. Bayern ist hiervon besonders betroffen - davon konnte sich Ministerpräsident Horst Seehofer bei diversen Gesprächen mit Vertretern der bayerischen Kommunen, Landkreise und Bezirke überzeugen. Um die Solidarität in der Bevölkerung zu erhalten und eine erfolgreiche Integration auf der Basis gemeinsamer Werte sowie die Innere Sicherheit zu gewährleisten, ist nach Auffassung der Bayerischen Staatsregierung eine sofortige Begrenzung der Zuwanderung erforderlich.**

Nach einem Beschluss des bayerischen Kabinetts muss der ungebremste Zustrom von Flüchtlingen nach Bayern notfalls durch Zurückweisungen an der bayerisch-österreichischen Grenze gestoppt werden. Bayern wird Flüchtlinge auch direkt in andere Bundesländer weiterleiten, wenn diese sich weigern, Bayern Flüchtlinge abzunehmen.

Bei weiterer Untätigkeit des Bundes behält sich Bayern vor, Klage beim Bundesverfassungsgericht zu erheben. Mit einem Sonderprogramm von knapp einer halben Milliarde Euro und rund 3.700 neuen Stellen wird Bayern Seehofer zufolge die Integration derjenigen Zuwanderer voranbringen, die schutzberechtigt sind.

## GZ lädt zum Breitband-Forum

Am 5. November 2015 lädt die Bayerische Gemeindezeitung zum 3. Bayerischen Breitbandforum in die Stadthalle Neusäß bei Augsburg ein. Ziel ist es, den Besuchern aus Kommunen und Behörden Lösungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für die optimale Internetanbindung aufzuzeigen und Kontakte zu Dienstleistern und Netzbetreibern herzustellen.

Hochkarätige Referenten erläutern die Problemstellung und technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen; ebenso erörtert werden Finanzierungsmöglichkeiten des Breitbandausbaus in Bayerns Städten und Gemeinden.

Für Besucher aus Kommunalpolitik, kommunalen Verwaltungen, kommunalen Spitzenverbänden, kommunalpolitischen Verbänden, Behörden und Ministerien ist die Teilnahme am Breitbandforum der Bayerischen Gemeindezeitung kostenfrei. Mehr Infos unter: [www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de)

heit einbezogen werden. In diesen Wochen diskutiert die CSU-Landtagsfraktion darüber.

Bei kleinen Kläranlagen sieht Ulrike Scharf keine Möglichkeit, Grenzwerte nach unten zu setzen; sie wird eine mögliche Unterstützung prüfen.

### Hochwasserschutz hat hohe Priorität

Für den Klimaschutz erwartet die Umweltpolitikerin Rückenwind durch die UN-Konferenz in Paris Ende dieses Jahres und den jüngsten G7-Gipfel. Der Hochwasserschutz genießt in Bayern ebenfalls hohe Priorität. Dabei gehe es keineswegs nur um Flut-

polder. „Natürlicher Hochwasserschutz“ lautet das eigentliche Ziel, das derzeit mit ca. 100 verschiedenen Maßnahmen verwirklicht wird.

### Gartenschauen als Chance für Kommunen

Die Gartenschauen haben sich als große Chance für Kommunen erwiesen, wusste die Ministerin zu berichten. Bewerbungen für die Jahre 2024, 2025 und 2026 seien noch möglich.

Biogasanlagen und Gewässerschutz waren weitere Schwerpunkte des Gesprächs. Die Probleme seien vielfältig. In beiden Be-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Pressekonferenz auf der Kommunale: Das scheidende Geschäftsführende Präsidialmitglied Dr. Jürgen Busse (l.) gemeinsam mit Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl. Bild: NürnbergMesse

### Kommunale 2015 in Nürnberg:

## Zufriedenes Publikum

### Maßgeschneidertes Programm

Einmal mehr zeigte die Kommunale in Nürnberg, dass sie die Zeichen der Zeit aufnimmt - mit Information, Austausch und konkreten Hilfestellungen. Dafür sorgten auch in diesem Jahr ein maßgeschneidertes Kongress- und Rahmenprogramm und nicht zuletzt über 300 Aussteller - so viele wie nie. Trotz des Dauer-Krisenmodus, in dem sich viele Gemeinden seit Wochen befinden, kamen knapp 5.000 Bürgermeister und Gemeindevorstandliche zu Deutschlands größter Fachmesse und Kongress für Kommunalbedarf.

Vielfältig wie immer zeigte sich dabei die Messe, die alles bereithielt, was in Gemeinden benötigt wird - vom Bushäuschen bis zur Kindergarteneinrichtung, von der Straßenlaterne bis zur IT für die Verwaltung. Einen der Schwerpunkte bildete heuer das Thema energieeffiziente Straßenbeleuchtung. Stolz waren die Kommunale-Macher aus Nürnberg auf den Gemeinschaftsstand aus Österreich, wo 24 Aussteller die Spezifika im Nachbarland darstellten.

sehr zufrieden mit der Messe. Begleitende Fachveranstaltungen (Fortsetzung auf Seite 4)

### Zwei Hallen

Dem Wachstum der Messe entsprechend, fand die Kommunale dieses Jahr erstmals seit ihrer Premiere vor 16 Jahren in zwei Hallen statt. Der Umzug in die Hallen 8 und 9 und somit auch in die repräsentative „Mitte“ des Messe- und Kongresszentrums Nürnberg, fanden ebenso Anklang wie die neue Hallenaufplanung und letztlich das Angebot der Aussteller: Über 85 Prozent der Fachbesucher äußerten sich zufrieden oder



Nur ein kühles Lächeln hat der Bürgermeister übrig für anonyme Briefschreiber, die seine Unterstützung für Hilfesuchende niederträchtig kritisieren. Aber er ist besorgt über die Verrohung in Teilen der Gesellschaft, denn oftmals bleibt es nicht bei Verbalinjurien. Seite 15

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Alkoholprävention bei Kindern und Jugendlichen	Seite 2
Erdkabel: Bürgerfreundlicher Netzausbau	2
<b>GZ-Kolumne Alois Rainer:</b>	
<b>Asylpolitik: Was sich für Kommunen ändert</b>	<b>3</b>
Krankenhausreform: Bayern setzt Änderungen durch	3
Frühstücksangebot an Schulen: Guter Start in den Tag	4
<b>GZ-Fachthemen:</b>	
Weiterbildung	5
Kommunale Finanzthemen	5-9
Wasser · Abwasser	10-12
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

# Alkoholprävention bei Kindern und Jugendlichen

Deutscher Städtetag: Neue Handreichung für die kommunale Praxis

Alkoholkonsum gefährdet in hohem Maße die Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und ist ein drängendes gesundheits- und sozialpolitisches Problem in den Städten. Je früher der Alkoholkonsum beginnt, desto höher ist das Risiko gesundheitlicher Schäden und einer dauerhaften Abhängigkeit. Ein vom Deutschen Städtetag als Handreichung für die Praxis erarbeitetes und kürzlich veröffentlichtes Positionspapier soll Anregungen für die kommunale Praxis im Umgang mit den Problemen des Alkoholmissbrauchs durch Kinder und Jugendliche geben.

Gleichzeitig wird aber auch darauf hingewiesen, dass die bestehenden Probleme durch Alkoholkonsum nicht nur Jugendliche betreffen, sondern auch in besonderem Maße junge Volljährige, die ebenfalls von den aktuellen Entwicklungen betroffen sind, aber nicht mehr durch das Jugendschutzgesetz geschützt werden.

Einmal im Monat: Rausch

Wie eine aktuelle Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ergeben hat, trinken sich 12,9 Prozent der Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren mindestens einmal im Monat in einen Rausch, bei den 18- bis 25-Jährigen sind es 35,4 Prozent. Zwar ist damit ein leichter Rückgang zu verzeichnen, allerdings sind die Zahlen nach wie vor sehr hoch.

Deshalb gilt es nach Auffassung des Deutschen Städtetags genauer hinzuschauen, bei welchen Gelegenheiten Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen besonders häufig vorkommt und hier konsequent gegenzusteuern. Dazu bedürfte es einer intensiven gemeinsamen Präventionsarbeit von Bund, Ländern und Kommunen, die sich mit den unterschiedlichen Erscheinungsformen des Alkoholmissbrauchs beschäftigen, zum Beispiel bei Volksfesten, Flatrate-Partys, Sportveranstaltungen, in der Familie, im Umfeld der Schule und des Berufes sowie im öffentlichen Raum.

„Es ist nur mit Hilfe gesetzlicher Regelungen möglich, die Abgabe von Alkohol an Jugendlichen in solchen Situationen zu

unterbinden oder einzugrenzen“, heißt es in dem Papier. Sinnvoll wäre zum Beispiel ein Verbot des nächtlichen Verkaufs von Alkohol an Tankstellen bezogen auf Jugendliche und ein Verbot von Flatrate-Angeboten für Jugendliche. Der vergleichsweise günstigere Preis und die Schaffung „günstiger Gelegenheiten“ zum

Regierungserklärung im Landtag:

## Zuwanderungsbegrenzung und Transitzentren

Opposition will Zusammenarbeit und Unterstützung der Kommunen

Vor dem Hintergrund des unvermindert anhaltenden Flüchtlingsstroms aus den Kriegsländern Afrikas und den inzwischen äußerst kritischen Verhältnissen vor allem in den bayerischen Grenzregionen hat Ministerpräsident und CSU-Parteichef Horst Seehofer im Landtag eine Regierungserklärung zur Flüchtlingsproblematik gegeben. Er forderte eindringlich eine Zuwanderungsbegrenzung schon im Interesse der Wiederherstellung der Rechtsordnung und zum Schutz der eigenen Bevölkerung. Der Ministerpräsident appellierte an die Bundesregierung, sich ihrer Verantwortung zu stellen und umgehend die erforderlichen Maßnahmen zur Zuwanderungsbegrenzung zu ergreifen. Darüber hinaus müsse in Europa das „Dublin-Verfahren“ wieder in Kraft gesetzt werden.

In seiner 45-minütigen Rede verwies Seehofer u.a. darauf, dass alleine vom 1. September bis Mitte Oktober ca. 300.000 Flüchtlinge in Bayern angekommen seien. Er bezog sich auf die Eindrücke und Gespräche mit den Landräten und Bürgermeistern aus den Grenzgebieten am Vortag in Deggendorf. Vor allem in den Regionen um Passau, Freilassing und Berchtesgaden stünden die Kommunalpolitiker an der Grenze der Belastbarkeit. Deren Signale müssten endlich auch in Berlin wahrgenommen werden. Ohne Begrenzung der Zuwanderung würde man massive Probleme bekommen und den notwendigen Schutz der Bevölkerung nicht erreichen.

Königsteiner Schlüssel

Der CSU-Fraktionsvorsitzende Thomas Kreuzer schloss sich den Ausführungen des Ministerpräsidenten an. Mit der Regierungserklärung setze Bayern ein Zeichen für Recht, Sicherheit und Ordnung. Es gehe jetzt vor allem um die Begrenzung der Flüchtlingszahlen, die auf keinen Fall durch die Schleuser bestimmt werden dürfen. Den Rot-Grünen Landesregierungen warf er eine Blockadepolitik vor, die wesentlich zur Verschärfung der Situation beigetragen habe. Diese müssten endlich ihrer Verpflichtung nach dem „Königsteiner Schlüssel“ nachkommen.

Beispiel München

Als erster Redner der Opposition warf SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher dem Ministerpräsidenten Hilfs- und Machtlosigkeit vor. Er habe Tatkraft simuliert und keine konkreten Lösungen aufgezeigt. Im Umgang mit ankommenden Flüchtlingen stehe München exemplarisch für ganz Bayern. Zu den geplanten Transitzentren an den Grenzen äußerte sich Rinderspacher kritisch. Diese würden zu zusätzlichen Belastungen führen. Hingegen begrüßte er das Integrationspaket der Staatsregierung

Werbung für Alkohol müsse eingeschränkt werden, da sie erwiesenermaßen Jugendliche stark in ihrem Verhalten beeinflusst.

Die Selbststeuerungsmöglichkeiten sind bei einigen Jugendlichen noch nicht so stark ausgeprägt, dass sie scheinbar „günstigen Gelegenheiten“ widerstehen könnten. Aus diesem Grund müsse der Gesetzgeber in Bund und Ländern zum Schutz der Jugendlichen stärkere Begrenzungen einführen als bisher. Dies könne sich sowohl auf die gesetzliche Steuerung bei der Preisgestaltung als auch auf Verkaufsverbote beziehen.

Jugendliche seien aufgrund ihrer in der Regel beschränkten finanziellen Spielräume sehr preissensibel beim Kauf von alkoholischen Produkten. Eine mindestens partielle Abgabenerhöhung wie beim Verkauf von alkoholischen Produkten in den Abend- und Nachtstunden oder an Tankstellen könnte bereits für Jugendliche eine „abschreckende“ Wirkung entfalten. **DK**

Nachtragsetat 2015/16:

## 3,25 Milliarden Euro für Flüchtlingspolitik

Kommunaler Finanzausgleich steigt auf 8,45 Milliarden

Nach ausführlichen Beratungen hat die Staatsregierung den Nachtragshaushalt 2015/16 in Erster Lesung im Landtag eingebracht. Das 520 Seiten umfassende Zahlenwerk sieht im nächsten Jahr Gesamtausgaben des Freistaates von 55,24 Milliarden Euro vor, was einer Steigerung von 7,6% gegenüber 2015 entspricht. Der Kommunale Finanzausgleich erhöht sich dabei auf Rekordniveau von 8,45 Milliarden Euro.

Finanzminister Markus Söder erläuterte den Gesetzentwurf im Landtag, der trotz steigender Herausforderungen weiterhin einen ausgeglichenen Haushalt beinhaltet. Vor allem die Ausgaben für Asyl- und Flüchtlingspolitik steigen im nächsten Jahr auf 3,25 Milliarden Euro. Davon werden 632 Millionen Euro den Bezirken überwiesen. Als Basis für die Zusammenarbeit von Staat und Kommunen bezeichnete Söder den kommunalen Finanzausgleich, der sich auf 8,45 Milliarden Euro erhöhe. Der Freistaat wolle jetzt verstärkt schwächere Gemeinden unterstützen. Darüber hinaus stabilisiere man mit 1,25 Milliarden Euro den ländlichen Raum.

Neue Stellen

Das kürzlich vom Kabinett beschlossene Integrationspaket von knapp 500 Millionen Euro beinhaltet über 5.500 neue staatliche Stellen für Polizei, Gerichte und innere Verwaltung. Wichtig sei dabei, dass insbesondere die Sicherheitskräfte ihre Aufgaben weiterhin erfüllen könnten. Im Bereich sozialer, staatlicher und kommunaler Wohnungsbau kämen 28.000 neue Objekte hinzu. Schließlich werde die Asylsozialpolitik massiv gestärkt. Der Finanzminister betonte, dass die Staatsregierung auch weiterhin für den Erhalt eines ausgeglichenen Haushalts eintrete und Steuer-

höhungen ablehne. Auch werde es keine Leistungskürzungen geben. Die Schuldentilgung betrage für 2016 ca. 550 Millionen Euro.

Die Opposition übte verhaltene Kritik. Der SPD-Haushaltsexperte Volkmar Halbleib sieht in dem Nachtragsetat mit Blick auf die Mehrausgaben in Bildung, Wohnungsbau und Sozialleistungen einen Paradigmenwechsel von CSU und Staatsregierung. Er stelle einen Haushalt für das Einwanderungsland Bayern dar, in dem notwendige Schritte zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik enthalten seien. Halbleib begrüßte hierbei die Unterstützung der Kommunen durch Bund und Freistaat. Alexander Muthmann (FW) hält die verstärkten Ausgaben für die Integration von Flüchtlingen für richtig. Auch seien weitere Anstrengungen im Bereich der Asylpolitik wichtig. Die haushaltspolitische Sprecherin der Grünen Claudia Stamm warf der Staatsregierung unsolidare Haushaltspolitik vor, was die Steigerung des Staats- etats in der Ära Seehofer um 35% dokumentiere. Seit Monaten werde Geld für bedürftige Menschen gegen Geld für andere Bedürftige gegeneinander ausgespielt.

Der Haushaltsentwurf mit seinen Einzelplänen wird in den nächsten Wochen im Haushaltsausschuss beraten und voraussichtlich Ende des Jahres verabschiedet. **rm**

## 289 Millionen Euro für Ausbau kommunaler Infrastruktur

Herrmann startet Investitionsprogramm für finanzschwache Kommunen

Basierend auf dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz des Bundes stehen dem Freistaat bis 2018 289 Millionen Euro zur Förderung finanzschwacher Gemeinden und Gemeindeverbände zur Verfügung. Auf dieser Grundlage hat Innen- und Bauminister Joachim Herrmann Mitte Oktober das „Kommunalinvestitionsprogramm KIP“ für infrastrukturelle Ausbaumaßnahmen gestartet.

Hierbei geht es vor allem um Maßnahmen zur energetischen Sanierung oder den Abbau von baulichen Barrieren bei kommunalen Einrichtungen wie Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten und sozialen Einrichtungen. Laut Herrmann seien auch städtebauliche Vorhaben zur Barrierefreiheit förderfähig.

Bis zum 15. Februar 2016 können sich finanzschwache Gemeinden bei den jeweiligen Bezirksregierungen um eine Aufnahme in das Förderprogramm bewerben. Der Bauminister erklärte, man habe in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden objektive Kriterien für die Antragstellung erarbeitet. Dies erleichtere die Abwicklung für die Kommunen und Bewilligungsstellen. **rm**

Beschluss des Bundeskabinetts zu Erdkabeln:

## „Bürgerfreundlicher Netzausbau“

Bayerns Energieministerin Ilse Aigner sieht in dem Beschluss des Bundeskabinetts für mehr Erdkabel eine entscheidende Grundlage für einen bürgerfreundlichen Netzausbau.

Aigner: „Dank der bayerischen Hartnäckigkeit werden die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen (HGÜ) nicht als Freileitungen, sondern vorrangig als Erdkabel bebaut. Damit werden sie für den Bürger deutlich leichter zu akzeptieren sein. Bayern hat verhindert, dass zwei neue Freileitungs-Trassen den Freistaat durchqueren.“

Die Energieministerin weiter: „Wir haben uns viel „geht nicht“ anhören müssen. Daran gemessen ist die Überraschung darüber, dass es nun möglich wird, im Vorrang Erd-

kabel zu verlegen, gering.“ Freileitungen würden nur dann gewählt, wenn es für die Natur besser ist oder es technisch keine andere Möglichkeit gibt. Und dann würden dafür bereits bestehende Stromtrassen genutzt, erklärte Aigner.

Die Ministerin geht davon aus, dass Netzbetreiber und Bundesnetzagentur die Planungen jetzt zügig vorantreiben. Aigner: „Diskussionen über vermeintliche Verzögerungen und Stellungnahmen gegen diese Richtungsentscheidung helfen nicht weiter.“ **□**

### Wir gratulieren

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Fritz Fuchs  
94357 Konzell  
am 22.10.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinrich Seißler  
86669 Königsmoos  
am 4.11.

Bürgermeister Werner Weindl  
83661 Lenggries  
am 25.10.

Bürgermeister Bert Horn  
95138 Bad Steben  
am 28.10.

Bürgermeister Jürgen Schweikart  
87648 Aitrang  
am 30.10.

Bürgermeister Bernd Hofmann  
95707 Thiersheim  
am 30.10.

Bürgermeister Gerd Kleinhenz  
97772 Wildflecken  
am 30.10.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Thomas Eichenseher  
93182 Duggendorf  
am 27.10.

Bürgermeisterin  
Gabriele Hofacker  
91583 Diebach  
am 31.10.

**Hinweis in eigener Sache**  
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Krankenhausreform 2016:

# Bayern setzt Änderungen durch

**Noch vor wenigen Wochen gingen tausende Klinikmitarbeiter aus Protest gegen die geplante Reform bundesweit auf die Straße (wir berichteten). Doch jetzt können die Krankenhäuser aufatmen: Die geplanten finanziellen Kürzungen sollen zurückgenommen werden. Darauf hat sich eine Arbeitsgruppe aus Koalitionsfraktionen und Bundesländern nunmehr geeinigt.**

Beim Treffen der zuständigen Bund-Länder-Arbeitsgruppe in Berlin erzielte Bayern nach den Worten von Gesundheitsministerin Melanie Huml, die an der Sitzung teilgenommen hatte, „wichtige Erfolge“. Sowohl für die Krankenhäuser im Freistaat als auch für deren Pflegekräfte und die Patienten sei dies eine gute Nachricht.

## Selbstverwaltung

Unter anderem war beschlossen worden, dass die Krankenhäuser bei der ambulanten Notfallversorgung noch stärker als bislang geplant finanziell entlastet werden. Hierzu soll der gegenwärtig von den Krankenhäusern bei ambulanten Leistungen zu entrichtende Abschlag in Höhe von 10 Prozent nicht nur halbiert, sondern komplett gestrichen werden. Zudem wird die Krankenhaussseite künftig auch einen Vertreter mit Sitz und Stimme in das Selbstverwaltungsgremium entsenden, das auf Bundesebene die Vergütungshöhe unter anderem für die ambulante Notfallversorgung festlegt.

Darüber hinaus wird der Versorgungszuschlag ab 2017 durch einen Pflegezuschlag ersetzt. Wie die Ministerin erläuterte, „wird dieser Pflegezuschlag gezielt nach den jeweiligen Pflegepersonalanteilen auf die Häuser verteilt. Damit bietet der Zuschlag einen Anreiz, in das Pflegepersonal im Krankenhaus zu investieren - und erleichtert es den Krankenhäusern, dauerhaft Pflegekräfte zu beschäftigen.“

Zudem gibt es Verbesserungen durch die Einführung der pflegerischen Übergangsvorsorge. Diese greift insbesondere in der Phase unmittelbar nach einem Krankenhausaufenthalt, in der Patienten, die (noch) nicht pflegebedürftig sind, derzeit häufig auf sich allein gestellt sind.

## Lücke wird geschlossen

Wie Huml feststellte, „müssen sich die Patienten gerade in dieser Zeit darauf verlassen können, dass sie die notwendige Unterstützung bekommen. Durch die jetzt geplante Erweiterung bestehender Leistungsansprüche und die gezielte Einführung neuer Leistungen wird eine bislang bestehende Lücke in der Patientenversorgung geschlossen. Ganz im Sinne der Patienten sind auch die beschlossenen Verbesserungen im Bereich des Infektionsschutzes und der Krankenhaushygiene, auf die sich die Arbeitsgruppe verständigt hat.“

Erleichtert reagierte auch der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKGG), Siegfried Hasenbein: „Das ist für die Krankenhäuser eine gute Nachricht, denn der bisherige Gesetzentwurf war für die Kliniken fatal.“ Wichtig sei für sie vor allem, dass die 500 Mio. Euro (Bayern: ca. 75 Mio.), die die Krankenhäuser bislang über einen sogenannten Versorgungszuschlag erhielten, nicht gestrichen, sondern in Form eines Pflegezuschlags erhalten bleiben.

Ausdrücklich begrüßte Hasenbein auch die „Tarifaussgleichsrate“. Damit will die Bund/Länder-Arbeitsgruppe einer Misere entgegenwirken, die die Krankenhäuser seit Jahren beklagen: dass ihre Personalkosten stärker an-

steigen als die gedeckelten Behandlungspreise. Diese Maßnahmen sowie die ebenfalls vorgesehene Förderung zusätzlicher Pflegekräfte und Hygienefachkräfte sieht Hasenbein als Voraussetzung für die von der Koalition ausgerichtete Qualitätsoffensive. „Eine weitere Steigerung der Qualität und Patientensicherheit geht nur, wenn wir ausreichend Personal haben, das Zeit für ihre Patienten hat“, betonte der Geschäftsführer.

## Ungelöste Probleme

Trotz der nun versprochenen Erleichterungen sieht die BKG in der Reform noch „ungelöste Probleme“. Vor allem die ambulante Notfallversorgung in den Kliniken bleibe ein Brennpunkt. Die Krankenhäuser leisteten in diesem Bereich den Hauptanteil der Versorgung, obwohl die niedergelassenen Ärzte dafür zuständig seien. Trotz der punktuellen Verbesserungen seien die Regeln und die Vergütung absolut unzureichend.

Begrüßt werden die Nachbesserungen beim Krankenhausstrukturgesetz auch vom Bayerischen Landkreistag. „Unser Einsatz hat sich gelohnt“, erklärte hierzu Präsident Christian Bernreiter. Der Verband hatte den Gesetzentwurf in seiner ursprünglichen Form vehement kritisiert. Die Kreise sind

## DStGB-Positionspapier:

# Plädoyer für Infrastrukturoffensive

**„Deutschland lebt immer mehr von seiner Substanz. Besonders dramatisch ist der rapide Verfall der kommunalen Infrastruktur“, beklagt der Deutsche Städte- und Gemeindebund in einem aktuellen Statement zur Wirtschafts- und Finanzpolitik. „Wie in den vergangenen zehn Jahren lagen die kommunalen Investitionen zumeist bei rund 20 Milliarden Euro und nur aufgrund der Konjunkturpakete zwischenzeitlich merklich darüber. Die kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen stiegen in diesem Zeitraum hingegen kontinuierlich von über 30 auf knapp über 50 Milliarden Euro“, heißt es darin.**

Gleichzeitig schieben die Kommunen laut DStGB einen immensen Investitionsstau vor sich her, der sich nach Berechnungen der KfW-Bankengruppe mittlerweile auf insgesamt 132 Milliarden Euro beläuft. Vor allem in den Bereichen Straßen- und Verkehrsinfrastruktur besteht weiterhin ein hoher Investitionsrückstand in Höhe von 34,3 Milliarden Euro (26 Prozent). Die in diesem Bereich getätigten Investitionen reichen wegen fehlender Finanzmittel weder für die Erhaltungsmaßnahmen noch für die Zukunftsprojekte.

## Sondervermögen

Die Kommunen benötigten zusätzliche Mittel, um die notwendige Infrastrukturoffensive vor Ort einzuleiten. Das Sondervermögen für Investitionen in strukturschwachen Gemeinden sei ein erster Schritt, aber keine dauerhafte Lösung. „Das werden auch die Länder, die ab 2020 aufgrund der Schuldenbremse so gut wie keine neuen Schulden mehr aufnehmen dürfen, aus eigener Kraft kaum organisieren können. Notwendig ist eine grundlegende Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.“

als Träger kommunaler Krankenhäuser unmittelbar von der Reform betroffen. Sie hätte gerade kleinere Häuser im ländlichen Raum stark benachteiligt.

## Enge Zusammenarbeit

Bernreiter dankte Staatsministerin Huml und der Bayerischen Staatsregierung für die erfolgreichen Nachverhandlungen: „Das ist auch das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit von Staatsregierung, kommunalen Spitzenverbänden und der Bayerischen Krankenhausgesellschaft.“ Doch auch wenn wichtige Punkte jetzt zugunsten der Krankenhäuser – und damit im Sinne hunderttausender Patienten im Jahr – geändert wurden, „enthält das neue Krankenhausstrukturgesetz doch noch genügend Regelungen, die die Finanzlage der Krankenhäuser nicht verbessern werden“, erklärte Bernreiter.

Ein Knackpunkt bleibe etwa die ambulante Notfallversorgung, die die Krankenhausbudgets stark belastet. Einen wichtigen Erfolg könne der Freistaat hierbei aber verbuchen: Der bisherige Investitionsabschlag für ambulante Leistungen wird gestrichen. Dies reicht Bernreiter zufolge jedoch nicht aus für eine Kostendeckung. Auch der Versorgungszuschlag, der im ersten Entwurf hätte weggelassen werden sollen, bleibe als Pflegezuschlag in Höhe von 500 Mio. Euro im Jahr erhalten. „Das macht es den Krankenhäusern leichter, die stetig steigenden Pflegekosten abzudecken“, so der Landkreistagspräsident. **DK**

## Liebe Leserinnen und Leser,

angesichts der hohen Zahl ankommender Flüchtlinge wird die Prognose des Bundesinnenministeriums von rund 800.000 Flüchtlingen in diesem Jahr weit nach oben korrigiert werden müssen. Damit steht die Bundesrepublik Deutschland vor einer großen Herausforderung, wenn nicht vor der Herausforderung des nächsten Jahrzehnts. Ähnlich dem Flüchtlingsstrom der neunziger Jahre aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens sind es erneut die Kommunen, die mit der Problematik direkt konfrontiert werden und nun die volle Unterstützung der Bundes- und Landespolitik benötigen. Städte, Gemeinden und Land-



## Kolumne Alois Rainer

seinen Kommunen zugesichert hat, geht den richtigen Weg. Andere Bundesländer sollten sich daran orientieren und Bundesgelder wie vereinbart an die Kommunen weiterleiten.

Das bereits ausgearbeitete Asylpaket, welches zum 1. 11. 2015 in Kraft treten soll, enthält weitreichende Änderungen des geltenden Asylrechts und soll Missbrauch vorbeugen. Vielen Forderungen des deutschen Städte- und Gemeindebundes wurde dabei Rechnung getragen:

Mit der Ergänzung Albanien, Kosovos und Montenegros befinden sich alle Länder des Westbalkans auf der Liste der sicheren Herkunftsländer. Asylbewerber aus diesen Staaten werden bis zum Ende ihres Verfahrens in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht und nicht auf die Kommunen oder staatliche Gemeinschaftsunterkünfte verteilt.

Zudem erhöht sich die Aufenthaltsdauer für alle Antragsteller in den Erstaufnahmeeinrichtungen von drei auf sechs Monate und Sachleistungen erhalten gegenüber Bargeld Vorrang. Damit werden wir den Anreiz für Wirtschaftsflichtlinge merklich und stellen sicher, dass unsere Hilfen jenen Menschen zukommen, die eine wirkliche Bleibeperspektive haben, die aus Angst um Leib und Leben vor Krieg und Verfolgung geflohen sind.

Bei all den zusätzlichen Ausgaben dürfen wir nicht vergessen, dass diese zugesicherte finanzielle Unterstützung der Kommunen erst durch eine solide Haushaltsführung, einer entspannten Situation am Arbeitsmarkt und einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes möglich ist. Die gute Ausgangsposition haben wir uns in den letzten Jahren erarbeitet. Der dauerhafte Verzicht auf neue Schulden ohne Steuererhöhungen ist angesichts der aktuellen Herausforderungen der Flüchtlingskrise kein Selbstläufer, sondern bedarf kluger Entscheidungen, die von allen mitgetragen werden müssen.

## Ihr Alois Rainer

Mitglied des Deutschen Bundestags  
Stellvertretender KPV-Landesvorsitzender

## Asylpolitik: Was sich für die Kommunen ändert

kreise kommen an die Grenze der Aufnahme-fähigkeit oder haben diese bereits überschritten. Gerade der Freistaat Bayern wird im Vergleich zu den restlichen 15 Bundesländern überdurchschnittlich hoch belastet.

Der Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt am 24. September brachte ein Maßnahmenpaket hervor, welches – bei korrekter Umsetzung – spürbare finanzielle Entlastung für die Kommunen bringt. Demnach unterstützt der Bund die Länder künftig mit 670 Euro pro Monat je Asylbewerber. Hinzu kommen 350 Millionen Euro für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sowie jährlich 500 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau. Die Landesregierungen stehen jetzt in der Pflicht, dieses Geld in vollem Umfang an die Kommunen weiter zu reichen und nicht zur eigenen Haushaltskonsolidierung zu verwenden. Nicht immer ist das in der Vergangenheit passiert. Der Freistaat Bayern, der bereits vor dem Flüchtlingsgipfel eine Vollkostenerstattung gegenüber

Maut auf Autobahnen und Bundesfernstraßen (ca. 16.000 km), während das kommunale Straßennetz mit einer Gesamtlänge von über 600.000 km davon nicht profitiert. Mit einer strecken- und zeitabhängigen Maut auf allen Bundesstraßen und einer Vignette für das nachgeordnete Straßennetz würden den Kommunen die dringend benötigten Investitionsmittel zweckgebunden zufließen. Sie hätte zudem den Vorteil, dass damit auch eine Lenkungs-funktion verbunden wäre.

## Betreibermodelle

In der Abwasserentsorgung hätten sich zudem sog. Betreibermodelle bewährt, die auch dazu geführt haben, dass privates Vermögen in die Infrastruktur der Daseinsvorsorge fließt. Diese Ansätze ließen sich weiter ausbauen. Die Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene sollten hier die Voraussetzungen schaffen und z. B. durch die Ermöglichung der sogenannten Beleihung von Privatpersonen oder privaten Unternehmen weiteres Potential erschließen.

Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ruf der DStGB dazu auf, dass auch Städte und Gemeinden Infrastrukturmaßnahmen durch Kooperationen verstärkt angehen. So könne es durchaus Sinn ergeben, dass zwei sanierungsbedürftige Schwimmbäder durch eines ersetzt werden, dafür aber ein Pendelbus unentgeltlich die Bürger in das sanierte Schwimmbad der Nachbargemeinde fährt.

Bei der dringend notwendigen weiteren Erschließung des Landes mit einem leistungsfähigen Breitbandnetz sollte sowohl auf die Kooperation zwischen Kommunen und privaten Unternehmen, als auch die öffentliche Förderung des Breitbandausbaus gesetzt werden. Wenn diese Maß-

nahmen nicht binnen kurzer Zeit eine deutlich verbesserte Versorgungslage im ländlichen Raum bewirken, müsse der flächen-deckende Ausbau des Breitbandnetzes über eine Universaldienstverpflichtung realisiert werden.

Große Investitionen, aber auch kleinere Vorhaben verzögerten sich, weil Bürger Widerstand organisieren. Eine große Mehrheit sei z. B. für Windenergie und für einen Ausbau der Leitungsnetze, möchte aber davon möglichst nicht selbst betroffen sein. „Hier brauchen wir neue Kommunikationsstrukturen“, so der Verband. „Dazu gehören Transparenz, Aufklärungs- und Informationsarbeit sowie Mitwirkungsmöglichkeiten - und zwar bevor die Bagger zum Einsatz kommen. Dem trägt unser Planungsrecht bisher noch nicht ausreichend Rechnung.“

So müssten beispielsweise die Informations- und Aufklärungskosten umfassend und von vornherein in die Planungskosten einkalkuliert werden. Gleichzeitig seien die Planungs- und Umsetzungsvorschriften zu straffen. Dazu könnte etwa gehören, bei wichtigen Infrastrukturmaßnahmen die Zuständigkeiten bei besonders spezialisierten Verwaltungsgerichten zu konzentrieren und den Instanzenzug zu verkürzen.

## Regionale Vielfalt

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnt allerdings davor, die notwendige Infrastrukturoffensive mit einem Ruf nach einem Masterplan zu verbinden. Ein großer Standortvorteil in Deutschland sei gerade die Vielfalt, die den örtlichen Besonderheiten Rechnung trägt. „Deswegen müssen wir uns darauf konzentrieren, die politischen und finanziellen Voraussetzungen für eine Infrastrukturoffensive zu schaffen, sollten aber die Umsetzung den Akteuren vor Ort überlassen.“ **DK**

# Guter Start in den Tag

## Betreutes Frühstücksangebot an Grund- und Förderschulen

Bayerns Familienministerin Emilia Müller besuchte jüngst zusammen mit der Präsidentin des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes (BLV) Simone Fleischmann das betreute Frühstücksangebot in der Grundschule am Sallerer Berg in Regensburg. Es ist Teil eines Modellprojekts, das die Bayerische Staatsregierung seit dem Schuljahr 2014/2015 u.a. mit der BLV Kinderhilfe e.V. als Träger von „denkbarR Schulfrühstück“ an bayerischen Grund- und Förderschulen umsetzt.

Familienministerin Müller betonte die große Bedeutung des Projekts für die Schülerinnen und Schüler: „Gerade für Kinder im Grundschulalter ist das Frühstück eine wichtige Voraussetzung, um optimal in den Schultag zu starten. Lehrkräfte berichten aber vielfach, dass Kinder ohne Frühstück zur Schule kommen. Dahinter stehen oft finanzielle Gründe oder hohe soziale Belastungen der Eltern. Mit unserer Förderung greifen wir Grund- und Förderschulen unter die Arme und ermöglichen den Kindern ein Frühstücksangebot.“

### Wichtige Ansprache

Dabei gehe es um mehr als eine gesunde Ernährung. „Kinder, die im Elternhaus morgens kaum Ansprache erleben, brauchen diese umso mehr vor Unterrichtsbeginn. Das gemeinsame Frühstück wird daher durch Ehrenamtliche – beispielsweise Senioren oder Eltern – betreut. Sie sind wichtige Ansprechpartner, die ein offenes Ohr für die Anliegen der Kinder haben“, so Müller weiter.

### Teilhabe

Präsidentin Fleischmann unterstrich die Bedeutung und Notwendigkeit des Projekts: „Eine zunehmende Armut und das Auseinanderdriften unserer Gesellschaft stellt die Schule vor immer neue Herausforderungen. Eine

Schule, die junge Menschen dazu befähigen soll eigenverantwortlich an gesellschaftlichen Leben teilzuhaben muss Kinder so fördern, damit sie unabhängig von Familieneinkommen und sozialer Situation, mit Freude in der Schule lernen können. Kinder, die Hunger haben, können sich nicht fürs Lernen begeistern. Alle Kinder sollen eine reale Chance auf Bildung bekommen und die fängt mit der nötigen Energiezufuhr des Frühstücks, aber auch dem gemeinschaftlichen Zusammensein und dem kommunikativen Austausch vor dem Unterricht an.

Durch das Modellprojekt DenkbarR Schulfrühstück, das aus den Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration gefördert wird, schaffen wir sowohl für die Kinder, als auch für die Lehrkräfte unserer Lehrerinnen und Lehrer angemessene Rahmenbedingungen für einen optimalen Start in den Schultag.“

### Positives Echo

Familienministerin Müller zeigte sich mit dem bisherigen Verlauf des Modellprojekts sehr zufrieden: „Das Echo der beteiligten Schulen ist sehr positiv. Das Angebot wird von den Kindern gerne angenommen. Das Frühstück und das Gemeinschaftserlebnis in entspannter Atmosphäre lässt die Kinder gut in den Schultag starten. Auch

# Zufriedenes...

(Fortsetzung von Seite 1)

wie der Kongress des Bayerischen Gemeindetags, bei dem sich nicht zuletzt alles um die Bewältigung der Flüchtlingskrise, um Fortschritte bei der Energie- und Digitalisierung in den Gemeinden drehte, der IT-Talk der Kommunen sowie die Ausstellerforen gaben darüber hinaus Gelegenheit für fachlichen Austausch während der Kommunale.

### Balance finden zwischen Land und Ballungsräumen

Bei der Eröffnung der Kommunale 2015 hatte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl darauf hingewiesen, „dass die aktuelle Flüchtlingskrise unser Land verändern wird“. Sie stelle die bayerischen Gemeinden, Märkte und Städte vor enorme Herausforderungen. Ihnen obliege es, die große Anzahl der Flüchtlinge in der Gesellschaft zu integrieren. Brandl: „Wir wollen kein Bayern der zwei Geschwindigkeiten in Stadt und Land, sondern ein Gleichgewicht zwischen dem ländlichen Raum und den Ballungsgebieten. Der ländliche Raum, der ausreichend Wohnraum und Unterbringungsmöglichkeiten sowie vielfältige Chancen bereithält, scheint für die Flüchtlinge nicht attraktiv zu sein. Fast alle drängen in die Ballungsräume und Großstädte. Alle staatlichen und kommunalen Ebenen müssen zusammenarbeiten, um dieses Problem zu lösen.“

Zudem machte der Präsident

darauf aufmerksam, dass die Landratsämter derzeit massiv das Personal in ihren Jugendämtern aufstocken. Dies habe Auswirkungen auf die Kreisumlage, die die Gemeinden, Märkte und Städte zu bezahlen haben. Hier müsse der Staat eine faire Kostenerstattung sicherstellen. Außerdem forderte Brandl eine Übernahme der kommunalen Ausgaben im Hinblick auf die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, deren Betreuung von den Bezirken finanziert wird.

### Verabschiedung

Im Rahmen einer launigen Abendveranstaltung verabschiedete sich das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags Dr. Jürgen Busse von zahlreichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. „Es war eine wunderbare Zeit beim Bayerischen Gemeindetag. Ich danke allen Rathaushäuptern der Mitgliedsgemeinden des Verbands für das große Vertrauen, das Sie mir über 16 Jahre lang als Geschäftsführer entgegengebracht haben“, betonte Busse, der am 31. Oktober 2015 in den Ruhestand tritt.

Präsident Brandl würdigte in seiner Rede die Verdienste des langjährigen Geschäftsführers ebenso wie Innenstaatssekretär Gerhard Eck, der anstelle des verhinderten Kommunalministers Joachim Hermann die Laudatio hielt.

Ein ausführlicher Bericht über die Kommunale 2015 erscheint in Ausgabe 21 der Bayerischen Gemeindezeitung. DK

die Betreuung durch die ehrenamtlich Engagierten wird sehr gelobt. Das Frühstück trägt zu einem guten Schulklima bei. Allen, die zum Gelingen des Projekts beitragen, gilt mein herzlicher Dank.“

### Modellphase

Das betreute Frühstück wird in einer dreijährigen Modellphase an bis zu 120 Grund- und Förderschulen in Bayern erprobt. Derzeit wird an 36 Schulen in der Oberpfalz und Oberfranken das Frühstück von „denkbarR schulfrühstück“ angeboten. BLV Kinderhilfe e.V. und brotZeit e.V. unterstützen Schulen, die einen entsprechenden Bedarf haben, bei der Organisation und Umsetzung des Frühstücksangebotes konzeptionell, organisatorisch und personell. Die Erfahrungen in der Modellphase werden wissenschaftlich evaluiert werden. □



Eines der vielen Beispiele kommunalen Engagements rund um die aktuelle Flüchtlingsproblematik: Neu-Ulm's OB Gerold Norenberg, Innenminister Joachim Herrmann, Günzburg's OB Gerhard Jaurnig und der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, MdB Dr. Georg Nüßlein gemeinsam mit Peter Altmaier, Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung und Kanzleramtsminister beim „Kommunalforum Asyl und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin. □

# Langfristige...

(Fortsetzung von Seite 1)

reichen komme es immer wieder zu Unfällen, berichtete Ulrike Scharf. Angesprochen wurde auch der Ökogasgleich. Die Bayerische Kompensationsverordnung erlaubt eine höhere Flexibilität. Diese gelte es jetzt bei den Fachkräften für Naturschutz noch besser bekannt zu machen.

### Aktives Biber-Management

Zu umfangreichen Beschwerden führen auch immer wieder die stark gewachsenen Biber-, Fischotter- und Kormoran-Populationen. Die Tiere sind streng geschützt, aber sie richten viel Schaden an. Mit dem Biodiversitätsprogramm soll die Artenvielfalt erhalten werden. Ein aktives Biber-Management und ein Entschädigungsfonds sollen mögliche Schäden begrenzen. Wichtig, so Ministerin Scharf, ist auch die Sensibilisierung der Landratsämter für mögliche Entnahmen und eine Kartierung in den Landkreisen für Gebiete, in denen großer Schaden zugefügt wird.

### Keine Neubebauung in Hochwassergebieten

Immer wieder zu schwierigen Diskussionen kommt es bei Bauwünschen in Überschwemmungsgebieten. Hier verlangt die Politikerin eine klare Abwägung von Chancen und Risiken, wobei eine Bebauung in Hochwassergebieten restriktiv gehandhabt werden sollte.

Stefan Rößle dankte der Umweltministerin letztlich für die vielfältige Unterstützung der bayerischen Kommunen durch ihr Haus. Dieses Engagement sei nicht zuletzt den eigenen kommunalpolitischen Erfahrungen von Ulrike Scharf geschuldet. Die Kommunalpolitiker wüssten, dass sie die Sorgen der Kommu-

(Fortsetzung von Seite 1)

Nach Malys Worten verfolgen die Vorstellungen der Staatsregierung die richtigen Ansätze, „jedoch stehen und fallen solche Konzepte mit der Finanzierung“. Über die aktuellen Flüchtlingszahlen hinaus müsse ein Szenario entwickelt werden, das Grenzen und Perspektiven für die weiteren Herausforderungen von Städten, Gemeinden und Landkreisen zeigt. Die von der Staatsregierung angestellten Überlegungen seien wichtig, jedoch seien zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen verlässliche Finanzierungszusagen nötig.

Die langfristigen Kosten für die Kommunen zur Integration von Flüchtlingen sind Maly zufolge vielfältig. Aus den Mitteln für die Familienpolitik müssten die Kommunen zur Schaffung und

Finanzierung der zusätzlichen Kindertagesplätze Geld erhalten; bei den Schulen sei der Freistaat zusammen mit den Kommunen gefordert. „Kitas und Schulen sind die erste Integrationsinstanz für Kinder und Jugendliche.“

Darüber hinaus entstünden Kosten für Jugend- und Schulsozialarbeit, für Sprachkurse und Integrationsangebote und für Berufsbildung. Alle diese Beispiele kosteten Geld für die Kommunen und zögen einen hohen Personalaufwand in Kindertagesstätten, Schulen, Jugend- und Sozialämtern nach sich. Auch die Kosten für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge summierten sich bei kreisfreien Städten und Landkreisen.

### Krise bei der Aufnahme von Flüchtlingen

Die Krise bei der Aufnahme von Flüchtlingen zeigt sich laut Maly derzeit besonders in grenznahen Regionen, etwa in Städten wie Passau, Freilassing, Rosenheim oder München: „Aktuell drängen die Schwierigkeiten bei der Erstunterbringung. Mit der ersten Verpflegung von Schutzsuchenden in Bahnhöfen oder der Unterbringung in Hallen ist es noch lange nicht getan: Der aktuelle Krisenmodus lässt leicht aus dem Blick geraten, dass die weiteren Herausforderungen von Dauer sind. Die Kommunen werden auf Jahre hinaus intensiv mit Integration beschäftigt sein. So befassen sich zum Beispiel aktuell die Städte, Gemeinden und Landkreise mit der Aufstellung der kommunalen Haushalte für 2016 und sie planen die Schaffung zusätzlicher Personalstellen. Kommunen brauchen mehr Personal, um die soziale Betreuung sicherzustellen, Integration zu schaffen und die ordnungsgemäße Verwaltung zu gewährleisten.“

### Koordination

Ein weiteres Beispiel sei die Koordination von Ehrenamtlichen, fuhr der Städtetagsvorsitzende fort. „Ohne das ehrenamtliche Engagement hätte das Land die Herausforderungen in den letzten Wochen und Monaten nicht meistern können. Ehrenamtliches Engagement benötigt Anleitung und Koordination, hier sind die Kommunen in Vorleistung getreten. Um die ehrenamtlichen Angebote aufrecht zu erhalten, ist die Unterstützung der Kommunen durch den Freistaat und die Weiterleitung der Bundesmittel geboten.“

Die Integration der Menschen, die mittelfristig und langfristig bleiben werden, müssen nach Malys Überzeugung rasch angepackt werden. Vor allem gelte es, die Mittel für den Wohnungsbau über die von Bund und Ländern kürzlich vereinbarte Summe von zusätzlich 500 Millionen Euro hinaus weiter deutlich zu erhöhen. Maly: „Als erstes brauchen die Menschen ein sicheres Dach über dem Kopf, sie brauchen eine warme und trockene Unterkunft. Integration beginnt mit der ausreichenden Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum – dies gilt für Zuwanderer ebenso wie für Einheimische. Die von Bund und Freistaat angekündigte Erhöhung der Wohnungsbauförderung ist

Asylgipfels, des Koalitionsausschusses auf Bundesebene und des aktuellen Maßnahmenpakets der Bayerischen Staatsregierung über knapp 500 Mio. Euro.

Rößle schloss: „Wenn wir diese Herausforderungen nicht in den Griff bekommen, dann wird sich unsere Gesellschaft nachhaltig verändern. Wir bleiben weiter tagesaktuell an dem Thema dran und haben dazu mit unserer Landesversammlung mit Horst Seehofer als Gast die nächste Gelegenheit politisch etwas zu bewegen.“ □

# Sonderprogramm des...

ein positives Signal. Die Erhöhung muss aber in stärkerem Umfang erfolgen.“

Inzwischen hat auch der Bund die bayerische Initiative aufgegriffen und ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das deutlich die Handschrift der CSU trägt. Im Einzelnen treten zum 1. 11. 2015 folgende Maßnahmen in Kraft:

### Die Maßnahmen im Einzelnen:

1. Albanien, Kosovo und Montenegro werden zu sicheren Herkunftsländern. Dadurch können Anträge von Asylbewerbern aus diesen Ländern schneller bearbeitet werden. Bayern hatte dazu bereits im Februar dieses Jahres einen Antrag in den Bundesrat eingebracht.
2. In Erstaufnahmeeinrichtungen haben künftig Sachleistungen Vorrang vor Geldleistungen. Außerdem wird dort die Residenzpflicht wieder eingeführt.
3. Leistungen für vollziehbar Ausreisepflichtige werden auf das Existenzminimum reduziert. Zudem werden Leistungen künftig höchstens einen Monat im Voraus gezahlt.
4. Die Rückführung wird vereinfacht: Wer aus wirtschaftlichen Gründen, aber nicht wegen politischer Verfolgung oder Krieg einreist, kann künftig schneller abgeschoben werden.
5. Mehr Wohnraum: Der Bau von Unterkünften wird künftig schneller ermöglicht und die Bürokratie reduziert.
6. Künftig wird eine Umverteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge innerhalb Deutschlands möglich sein. Vorher sind die Jugendlichen in der Regel im Ankunftsland geblieben, jetzt dürfen sie endlich auf andere Länder verteilt werden.
7. Härtere Strafen für Schleuser: Künftig gilt für sie eine Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten.
8. Menschen mit Bleibeperspektive können besser integriert werden, beispielsweise durch einen schnelleren Zugang zu Integrationskursen.
9. Die strukturelle finanzielle Beteiligung des Bundes ist gesichert. 2015 verdoppelt er seine Hilfe auf zwei Milliarden Euro. Ab 2016 übernimmt der Bund für jeden Flüchtling eine Pauschale von 670 Euro pro Monat. Zusammen mit weiteren finanziellen Zusagen etwa für den sozialen Wohnungsbau und die Betreuung unbegleiteter Minderjähriger sollen die Länder 2016 mit mehr als vier Milliarden Euro entlastet werden.

### Keine neuen Schulden

Trotz erwarteter Mehrausgaben im Bereich Zuwanderung und Integration hält der Freistaat Bayern im Übrigen auch für 2016 an einem Haushalt ohne neue Schulden fest. „Die vorausschauende Haushaltspolitik der vergangenen Jahre versetzt uns – anders als andere Länder – in die Lage, die Mehrausgaben ohne die Aufnahme neuer Kredite zu schultern“, betonte hierzu Finanzminister Dr. Markus Söder. Der Freistaat verfüge noch über Haushaltsreserven aus den vergangenen Jahren, weswegen künftige Generationen durch den Asylbewerberzustrom nicht mit neuen Schulden belastet würden.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat seine Zugangsprognose für 2015 kürzlich von 450.000 auf 800.000 Flüchtlinge erhöht. „Die bisherigen Ansätze müssen angesichts dieses unerwartet starken Anstiegs drastisch erhöht werden“, erklärte Söder. Die Gesamtkosten zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms steigen im Jahr 2016 damit auf 3,25 Milliarden Euro. Auf das bayerische Sonderprogramm „Zusammenhalt fördern, Integration stärken“ entfallen rund 489 Millionen Euro. DK

## Öffentliche Verwaltung:

## Moderne Personalarbeit geht uns alle an

Zweites Symposium an der Technischen Hochschule Deggendorf

Das Weiterbildungszentrum der Technischen Hochschule Deggendorf (THD) hat die Notwendigkeit einer modernen Personalarbeit in der öffentlichen Verwaltung erkannt. Deshalb veranstaltet das Weiterbildungszentrum an der THD am Freitag, 6. November 2015 ein Symposium zum Thema: „Moderne Personalarbeit in der öffentlichen Verwaltung“.

Bereits zum zweiten Mal treffen sich Mitarbeiter aus der öffentlichen Verwaltung an der Technischen Hochschule Deggendorf, um gemeinsam zu aktuellen Themen in der Personalarbeit zu diskutieren.

In verschiedenen Vorträgen

möchten wir uns dem Thema Personalarbeit in der öffentlichen Verwaltung widmen. Was gibt es neues im Dienstrecht des Freistaats Bayern? Welche Herausforderungen müssen sich Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung stellen und wie können Sie

sich weiterbilden? Wie kann der Dienstherr dem anstehenden Fachkräftemangel in der öffentlichen Verwaltung entgegenwirken? Wie hat sich die Personalarbeit in der öffentlichen Verwaltung gewandelt? All diese Fragen möchten wir in spannenden Vorträgen mit anschließender Diskussion widmen.

### Namhafte Referenten

Zu diesem Symposium an der

Technischen Hochschule Deggendorf konnte das Weiterbildungszentrum der THD namhafte Referenten gewinnen. Neben Herrn Dr. Alexander Voitl, Ministerialdirigent des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, konnte unter anderem auch Frau Dr. Sigrid Meierhofer, Bürgermeisterin des Marktes Garmisch-Partenkirchen und Dipl.-Verwaltungswirt Andreas Koneberg von der Technischen Hochschule Deggendorf als Referent für dieses Symposium gewonnen werden.

Auch der Studiengangsleiter des Masterstudiengangs Public Management, Prof. Dr. Konrad Schindlbeck wird über den Masterstudiengang Public Management an der THD referieren.

Profitieren Sie von hochkarätigen Referenten zum Thema moderne Personalarbeit in der öffentlichen Verwaltung und einem bayernweiten Netzwerk von Mit-



Unser Bild zeigt Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs Public Management, die nach zwei Jahren berufsbegleitendem Studium den „Master of Arts“ als akademischen Titel erworben haben.

arbeitern aus der öffentlichen Verwaltung.

Das Symposium findet von 13:30 Uhr bis ca. 18:00 Uhr statt. Die Teilnahmegebühr beträgt 25 Euro.

Die Teilnahme am Symposium „Moderne Personalarbeit in der öffentlichen Verwaltung“ ist begrenzt. Anmeldungen werden gerne unter: josef.pritzl@th-deg.de entgegengenommen.

## Ernst &amp; Young-Kommunenstudie:

## Kernergebnisse für Bayern

Um ihre Finanzlage in den Griff zu bekommen, erhöhen Städte und Gemeinden bundesweit auf breiter Front Steuern und Gebühren. Vier von fünf Kommunen (79 Prozent) wollen in diesem und im kommenden Jahr kommunale Steuern und Gebühren erhöhen, jede dritte Kommune (32 Prozent) will Leistungen streichen. Dies hat eine aktuelle Studie der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft EY (Ernst & Young) ergeben, die auf einer Umfrage unter 300 deutschen Kommunen sowie einer Analyse der Verschuldungssituation von Kommunen mit mindestens 20.000 Einwohnern beruht.

In diesem Jahr schließt voraussichtlich mehr als die Hälfte der Kommunen (55 Prozent) das Haushaltsjahr mit einem Defizit ab – im Vorjahr lag der Anteil noch bei knapp unter der Hälfte (49 Prozent). Ein Haushaltsüberschuss gelingt deutlich weniger Kommunen: Nur noch jede dritte kann in diesem Jahr voraussichtlich schwarze Zahlen vorweisen, 2014 waren es noch 41 Prozent.

Die Gesamtschulden der Kommunen dürften in den kommenden Jahren weiter zunehmen: 58 Prozent der Kämmerer rechnen mit einem Anstieg in den nächsten drei Jahren – 33 Prozent der Kommunen werden höhere Kassenkredite aufnehmen müssen, um ihre Haushalte auszugleichen. An einen Abbau ihrer Gesamtschulden glauben nur 31 Prozent der Kommunen.

### Investitionsstau

Angesichts der anhaltenden Finanznot vieler Städte und Gemeinden droht der Investitionsstau immer größer zu werden: Aktuell sehen 84 Prozent der Kämmerer Nachholbedarf bei Verkehrsinfrastruktur in ihrer Kommune, in 57 Prozent der Städte besteht Investitionsbedarf bei Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Insgesamt summiert sich der aktuelle Investitionsstau in Deutschland bei Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern auf ca. 30 Milliarden Euro.

### Positive Ausnahme Bayern

Unter den westdeutschen Bundesländern sind vor allem Baden-Württemberg und Bayern positive Ausnahmen: Von den baden-württembergischen Kommunen rechnen 69 Prozent mit einem Haushaltsüberschuss, allerdings schrieben im vergangenen Jahr noch 87 Prozent schwarze Zahlen. Immerhin noch mehr als die Hälfte der Kommunen in Bayern (56 Prozent, Vorjahr: 62 Prozent) erwartet einen Überschuss.

Nur 16 Prozent der bayerischen Kommunen wiesen 2014 ein Haushaltsdefizit auf, 81 Prozent setzen auf Schuldentilgung aus eigener Kraft (Bund: 70 Prozent). Der Anteil der bayerischen Kommunen mit Haushaltsdefizit stieg von 16 Prozent im vergangenen Jahr auf 25 Prozent in 2015. Der Anteil der Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept verdoppelt sich von 19 Prozent in den vergangenen drei Jahren auf 40 Prozent in den kommenden drei Jahren.

75 Prozent der bayerischen Kommunen wollen 2015/16 ihre Gebühren erhöhen. Besonders häufig wurden höhere Gebühren für Kitas/Ganztagsschulen (38 Prozent) und höhere Friedhofsgebühren (34 Prozent) genannt. Allerdings wollen nur 22 Prozent der bayerischen Kommunen 2015/16 ihre Leistungen reduzieren.

### Gesunkene Pro-Kopf-Verschuldung

Bayerische Kommunen verzeichneten 2014 eine unterdurchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung und den mit Abstand höchsten Finanzierungüberschuss. Drei von vier Kommunen warteten 2013 mit einer gesunkenen Pro-Kopf-Verschuldung auf. Zudem sollen 2015 im Freistaat die Ausgaben deutlich stärker steigen als die Einnahmen. Aus den Prognosen der Kämmerer in Bayern ergibt sich ein Wachstum der Gesamtausgaben von 3,4 Prozent gegenüber einem Wachstum der Gesamteinnahmen von nur 0,6 Prozent. Bundesweit liegt das erwartete Ausgabenwachstum weniger stark über dem erwarteten Einnahmewachstum.

### Hohe Sozialausgaben

Haupttreiber des erwarteten Ausgabenanstiegs bleiben in Bayern und in Deutschland die Sozialausgaben mit plus 4,5 Prozent in Bayern und 5,0 Prozent im Bund. Gut drei von fünf bayerischen Kommunen wiesen 2014 einen Haushaltsüberschuss auf, das sind deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt. Allerdings wird laut Umfrage der Anteil der bayerischen Kommunen mit Haushaltsüberschuss 2015 voraussichtlich sinken, während der Anteil der Kommunen mit Haushaltsdefizit voraussichtlich deutlich steigen wird – von 16 auf 25 Prozent.

Im Zeitraum 2013 – 2015 hat nur jede fünfte bayerische Kommune (19 Prozent) ein Haushaltssicherungskonzept oder Haushaltssanierungspläne aufstellen müssen – gegenüber 35 Prozent der Kommunen bundesweit. Allerdings wird sich dieser Anteil in Bayern nach den Erwartungen der befragten bayerischen Kämmerer innerhalb der kommenden drei Jahre voraussichtlich auf 40 Prozent mehr als verdoppeln.

Vier von fünf bayerischen Kommunen (81 Prozent) gehen derzeit davon aus, ihre Schulden aus ei-

gener Kraft tilgen zu können – nur die Kommunen in Sachsen und Baden-Württemberg sind noch optimistischer. Bundesweit rechnen hingegen immerhin drei von zehn Kommunen damit, ihre Schulden nicht mehr aus eigener Kraft tilgen zu können.

### Gebührenerhöhung

Drei von vier bayerischen Kommunen planen, 2015/16 ihre Steuern und/oder Gebühren zu erhöhen: Das sind zwar weniger als im Bundesdurchschnitt, aber deutlich mehr als 2014. Ein Ende der Steuer- bzw. Gebührenerhöhungen ist damit weiterhin nicht in Sicht. Mehr als jede fünf-

## Die Bundesregierung muss handeln

Mittelstand bei Pensionsverpflichtungen entlasten

Die Niedrigzinsphase schlägt zunehmend auch auf die mittelständische Wirtschaft durch. Davor warnt Alexander Büchel, Vorstandmitglied des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), anlässlich der Beratungen im Bundestag zur Umsetzung der EU-Mobilitätsrichtlinie.

Ursache dafür sind Pensionsverpflichtungen in Höhe von rund 24 Milliarden Euro, die kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) eingegangen sind. Sinken die Zinsen, bedeutet das für die Unternehmen steigende Kosten. Denn je geringer der erzielbare Zinsertrag, desto höhere Beträge müssen die Betriebe zur Seite legen, um ihre Pensionsverpflichtungen in Zukunft erfüllen zu können.

### Enorme Tragweite

„Für die Unternehmen ist diese Entwicklung von großer Tragweite“, gibt Büchel zu bedenken. Sie müssen gemäß Handelsrecht mit einem Durchschnittszins der vergangenen sieben Jahre kalkulieren. Dieser lag zum Jahresabschluss 2014 bei rund 4,5 Prozent. Nun fallen jedoch Jahre mit einem hohen Zinsniveau aus dem Siebenjahres-Durchschnitt heraus. Bei anhaltender Niedrigzinsphase ist ein Rückgang auf unter 3 Prozent zu erwarten.

### Fehlender Spielraum

„Das wird den gesamten deutschen Mittelstand belasten“, so Büchel angesichts einer vom DIHK vorhergesagten Deckungslücke von 4 Milliarden Euro. „Muss dieser Betrag aus dem laufenden Geschäft erwirtschaftet werden, fehlt den Unternehmen Spielraum für Investitionen.“

te bayerische Kommune will 2015/16 ihre Leistungen reduzieren. Das ist deutlich mehr als vor einem Jahr, aber weiterhin weniger als im Bundesdurchschnitt.

### Schwerpunkte

Bereits umgesetzte oder geplante Reduzierungen von Leistungen beschränken sich insbesondere auf die Bereiche Straßenbeleuchtung, Hallen- bzw. Freibäder, Jugendbetreuung/Seniorenarbeit, Veranstaltungshallen/Bürgerhäuser sowie Kitas. Dagegen konzentriert sich die bereits umgesetzte oder geplante Erhöhung von Steuern oder Gebühren vor allem auf Kitas/Ganztagsschulen, Friedhof, Grundsteuer, Eintrittspreise (für Bäder, Konzerte etc.) und Parkgebühren. **DK**

## „Wirtschaftstag 2015“ der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Ein „Plädoyer für Vernunft in Europa“ hat Jürgen Gros, Mitglied des Vorstands beim Genossenschaftsverband Bayern (GVB), beim „Wirtschaftstag“ der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken in Straubing gehalten. Anlass dafür sind die Pläne der EU-Kommission, die mehr Wachstum und Beschäftigung schaffen will, indem sie die Unternehmensfinanzierung stärker auf die Kapitalmärkte verlagert. Gleichzeitig werden von den Regulierungsbehörden aber Hürden errichtet, die die bewährte Kreditvergabe durch Banken einschränken.

„Deutschland ist nicht England und nicht die USA. Der Kapitalmarkt löst längst nicht alle Finanzierungsbedürfnisse von Unternehmen“, sagte Gros vor rund 600 Vertretern mittelständischer Unternehmen sowie von bayerischen Kreditgenossenschaften in der Joseph-von-Fraunhofer-Halle. Es sei nicht anzunehmen, dass mittelständische Unternehmen künftig in Scharen an der Börse ihren Finanzierungsbedarf decken würden. Sie bevorzugen traditionell Bankkredite. Denn die Finanzierung durch Kapitalmarktinstrumente ist nur für große Kreditvolumina in Millionenhöhe geeignet, im Vergleich zum Bankkredit unflexibel und mit umfassenden Transparenzanforderungen verbunden.

Kredite sind das populärste Instrument der Fremdfinanzierung für den deutschen Mittelstand. Zwei von drei Unternehmen setzen sie laut einer Studie der Universität Bamberg bevorzugt ein. Allein die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken haben derzeit mehr als 40 Mrd. Euro an Firmenkrediten ausgereicht; plus 10 Mrd. Euro, die über Partner vermittelt wurden. Damit erreichen die Kreditgenossenschaften einen Marktanteil von 20 Prozent im Freistaat. „Wer für Beschäftigung und Wachstum ist,

darf Mittelstandskredite nicht durch Regulierungsmaßnahmen verteuern“, betonte Gros.

Der GVB-Vorstand wies auf mehrere aktuelle Vorhaben der Regulierungsbehörden hin, die Darlehen an den Mittelstand verteuern und verknappen würden. Dazu gehört beispielsweise die im Raum stehende Abschaffung des Mittelstandsfaktors, der dafür sorgt, dass Firmenkredite im Vergleich zu risikoreicheren Geschäften günstiger vergeben werden können. „Die EU-Kommission muss endlich ihr selbstdefiniertes Ziel, Wachstum und Beschäftigung in Europa zu fördern, ernst nehmen. Dazu gehört es, den Bankregulatoren, die neue Hürden für die Unternehmensfinanzierung aufbauen wollen, mutig entgegenzutreten“, forderte Gros.

Wer die Innovationskraft mittelständischer Unternehmen stärken wolle, dürfe nicht gleichzeitig über Maßnahmen nachdenken, die die Kreditvergabe erschweren. Der GVB-Vorstand begrüßte deshalb die jüngste Ankündigung aus der EU-Kommission, zu prüfen, ob die zahlreichen in den vergangenen Jahren verabschiedeten Maßnahmen der Bankenregulierung im Sinne der Realwirtschaft sind. Gros: „Hier keimt ein Pflänzchen der Hoffnung.“



Technische Hochschule THD Deggendorf

Berufsbegleitend studieren

Einladung zum Symposium: „Moderne Personalarbeit in der öffentlichen Verwaltung“ am Freitag, 6. November 2015 von 13:30 bis ca. 18:00 Uhr an der TH Deggendorf

► REFERENTEN:

- Ministerialdirigent Dr. Alexander Voitl  
Aktuelle Entwicklung des Dienstrechts des Freistaats Bayern
- Dr. Sigrid Meierhofer  
G7 Gipfel im Schloss Elmau – Herausforderungen aus Sicht des Marktes Garmisch-Partenkirchen
- Andreas Koneberg  
Personalmanagement im Wandel der Zeit
- Prof. Dr. Konrad Schindlbeck  
Masterstudiengang Public Management an der THD

► ANMELDUNG UNTER: josef.pritzl@th-deg.de

► TEILNAHMEKOSTEN: 25,00€ pro Teilnehmer



WEITERBILDUNGSZENTRUM der THD | www.th-deg.de/weiterbildung | Tel. 0991/3615-426 | weiterbildung@th-deg.de

► Vereinbarkeit mit dem Job ► Hochqualifizierte Dozenten mit Praxiserfahrung ► Kleine Studiengruppen

Europäische Kapitalmarktunion:

## Sparkassen für fairen Wettbewerb

**Bis 2019 will die EU-Kommission die Grundlagen für einen gemeinsamen europäischen Kapitalmarkt schaffen. Damit sollen Finanzmittel grenzüberschreitend besser verfügbar sein und Investitionen gefördert werden.**

Mit dem Vorstoß treibt die Kommission die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion nun auch im Kapitalmarktbereich voran. Ein „Aktionsplan“ sieht ein ganzes Bündel von Schritten vor, die bis 2019 verwirklicht werden sollen. Ein Vorschlag zielt darauf, die Finanzierung von Infrastrukturprojekten wie Straßen oder Energienetze einfacher zu gestalten.

Wesentlicher Bestandteil der Kommissionspläne ist außerdem ein breiter gefächertes Angebot von Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen, um Alternativen zum traditionellen Bankkredit zu schaffen. Dazu machte Brüssel auch einen Vorschlag für die Neuregelung der Verbriefung, d. h. für die Schaffung von Bündelungen von an den Finanzmärkten handelbaren Wertpapieren.

Der vorgelegte zweite Konkretisierungsvorschlag erkennt auch weiterhin die Rolle der bankbasierten Finanzierung für die Wirtschaft an. Wie Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, hierzu feststellte, „sehen wir eine Kapitalmarktunion positiv, wenn sie auch dem deutschen Mittelstand mehr Nutzen als Risiken bietet, wenn sie als „Mittelstandsoffensive“ gestaltet ist. Das aber muss gewährleistet sein, damit diese Union auch erfolgreich sein kann.“

In Deutschland finanzieren sich kleine und mittlere Unternehmen vornehmlich über Kre-

ditfinanzierung durch Banken und Sparkassen die zentrale Säule der Außenfinanzierung. Laut Netzer „muss eine europäische Kapitalmarktunion die klassische Kreditvergabe bewahren und so die bewährte Unternehmensfinanzierung und das Wachstum der Kredit- und Kapitalmärkte weiterführen“. Die Mittelstandskunden könnten sich dann auch künftig auf ihre über Jahrzehnte gewachsene, belastbare Vertrauensbeziehung zu ihrer Hausbank, ihrer Sparkasse, verlassen. „Unsere Kunden müssen sich nicht teure Mittelstandsanleihen nach angloamerikanischem System am Kapitalmarkt besorgen, sondern können weiter auf die Zusammenarbeit mit ihrer örtlichen Sparkasse vertrauen.“

### Gutachten bestätigt bayerische Haltung

Die Haltung der bayerischen Sparkassen bestätigt sieht Dr. Netzer durch ein soeben von TUM-Professor Christoph Kaserer vorgelegtes Gutachten zur europäischen Kapitalmarktunion. Demzufolge sind Kredit- und Kapitalmärkte komplementär zueinander, so dass das Wachstum in dem einen Sektor durch das Wachstum des anderen Sektors begünstigt wird. Für kleine und mittelständische Unternehmen ist dabei die Banken-

finanzierung nach wie vor die zentrale Säule der Außenfinanzierung.

„Jeder Vorschlag, das Finanzierungssystem in Europa zu ändern, muss an den Bedürfnissen der Unternehmen gemessen werden“, heißt es weiter. Jede Regulierungsmaßnahme sollte daher auch darauf abzielen, die Realwirtschaft zu unterstützen und Wachstum zu fördern. Ob Unternehmen tatsächlich einen Bedarf an kapitalmarktnahen Finanzierungsinstrumenten haben, sollte daher zunächst Gegenstand einer umfassenden Analyse durch die EU-Kommission sein. Dabei müssten konkrete und ursächliche Hindernisse für eine Kapitalmarktfinanzierung identifiziert werden.

### DSGV-Positionen

In einem kürzlich vorgelegten Positionspapier hat der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) darauf hingewiesen, dass die Finanzierung von Unternehmen und Projekten nur mit einem System aus leistungsfähigen Banken und Sparkassen gelingen könne, ergänzt durch einen leistungsfähigen Kapitalmarkt.

Maßnahmen im Rahmen der Kapitalmarktunion dürften die Kreditfinanzierung durch Banken und Sparkassen daher keinesfalls beeinträchtigen. Im Gegenteil: „Die Bankfinanzierung muss kurzfristig gestärkt werden. Denn ein EU-Kapitalmarkt kann nur in Verbindung mit der in Europa traditionell veranker-

ten Kreditfinanzierung durch Banken und Sparkassen die Finanzierungsbedingungen der europäischen Wirtschaft nachhaltig verbessern.“

Die Kapitalmarktunion sollte laut DSGV überdies zum Anlass genommen werden, spezifische mitgliedstaatliche Finanzmarktstrukturen zu stärken. Es gelte, die Wettbewerbsfähigkeit regionaler und lokaler Banken durch die strikte Anwendung des Proportionalitätsgrundsatzes zu stärken. Ebenso sollten Strukturen lokal und regional ausgerichteter Kreditinstitute europaweit verankert und gefördert werden. Der Fortbestand vorhandener Strukturen dürfe nicht z. B. durch überzogene Reporting- und Aufsichts-anforderungen gefährdet werden.

„Jeder Vorschlag, das Finanzierungssystem in Europa zu ändern, muss an den Bedürfnissen der Unternehmen gemessen werden“, heißt es weiter. Jede Regulierungsmaßnahme sollte daher auch darauf abzielen, die Realwirtschaft zu unterstützen und Wachstum zu fördern. Ob Unternehmen tatsächlich einen Bedarf an kapitalmarktnahen Finanzierungsinstrumenten haben, sollte daher zunächst Gegenstand einer umfassenden Analyse durch die EU-Kommission sein. Dabei müssten konkrete und ursächliche Hindernisse für eine Kapitalmarktfinanzierung identifiziert werden.

Um das Investitionsniveau in Europa langfristig zu steigern, seien Impulse zur Stärkung der öffentlichen und privaten Nachfrage unabdingbar. Die Nachfrageseite wird aus Sicht des DSGV noch zu wenig in der Diskussion berücksichtigt. Die alleinige Verbesserung des Zugangs zu Kapital reiche nicht aus, um den Investitionsstau in Europa zu beheben.

Bei der konkreten gesetzlichen Ausgestaltung der Kapitalmarktunion sei darauf zu achten, dass alle Banken und Sparkassen in der Lage sind, ihre Intermediationsfunktion zwischen Sparen und Kapitalmarkt wahrzunehmen. „Die Kapitalmarktunion wäre nicht effizient, wenn daran nur große, grenzüberschreitend tätige Kreditinstitute partizipierten.“ **DK**

Stellen verfügen wir über ein nach wie vor enges Standortnetz in der Region. In allen Orten, in denen wir Geschäftsstellen umwandeln, bleibt die Kreissparkasse mit mindestens einer SB-Stelle präsent.

Die von den Veränderungen betroffenen Mitarbeiter setzen wir künftig zur Stärkung der Filialen ein. Gewachsene Beziehungen zwischen Berater und Kunde werden wir soweit wie möglich erhalten. Attraktive Stellen schaffen wir darüber hinaus in unserer neuen „Kreissparkasse-Online“. Wir wollen unsere Qualität erhalten und die Erreichbarkeit erhöhen, dazu benötigen wir unsere erfahrenen und engagierten Mitarbeiter.

Langfristig gehen wir aufgrund des veränderten Kundenverhaltens und der sicher noch weiter fortschreitenden digitalen Entwicklung dennoch davon aus, dass wir bis voraussichtlich 2020 rund 225 Stellen abbauen. 160 davon kommen aus dem Vertrieb, 65 aus der Verwaltung. Dieser Abbau erfolgt absolut sozialverträglich. Der größte Teil dieser notwendigen Anpassungen ergibt sich durch natürliche Fluktuation und durch altersbedingtes Ausscheiden. Betriebsbedingte Kündigungen wird es nicht geben.

Mit diesen Maßnahmen bleibt unsere Kreissparkasse auch in der anhaltenden Niedrigzinsphase, in Zeiten extremer regulatorischer Anforderungen sowie härtestem Wettbewerb – gerade durch das Internet – marktgerecht und zukunftssicher aufgestellt. Wir werden so unsere marktführende Stellung im Privatkundengeschäft weiter ausbauen, aber auch

## Klassische Zinssicherung durch LBS-Bausparen

Realisierung von kommunalen Projekten mit Unterstützung von LBS und Sparkasse

**Langfristige Zinssicherung bei Bauspardarlehen. Dies gibt den Kommunen die notwendige Planungssicherheit zur Umsetzung umfassender Projekte und sichert den flexiblen Handlungsspielraum. Die LBS – die Bausparkasse der Sparkassen in Bayern – ist für die Kommunen gemeinsam mit den Sparkassen ein verlässlicher Partner für eine langfristige Zusammenarbeit.**

Auch in kleineren und mittleren Kommunen besteht ein hoher Bedarf an detaillierter Liquiditäts- und Finanzrisikosteuerung. Das hat die „kommunale Verschuldungsdiagnose“ ergeben, mit der die Sparkassen jährlich hunderten Städten und Gemeinden eine qualitativ hochwertige und nützliche Analyse ihrer Verschuldungssituation ermöglichen. Angesichts erheblicher Zinsänderungsrisiken kommen Kommunen nicht an einem systematischen Finanzrisikomanagement vorbei. Neben den verbreiteten Instrumenten, wie Forward-Darlehen oder Derivaten, lässt sich dazu auch das kommunale Bausparen ideal einsetzen.

In Bayern hat das kommunale Bausparen Tradition und fungiert vielerorts bereits als ein zentrales

ist. Auch für künftige Investitionen kann per Bausparvertrag Zinssicherung betrieben werden. Kein anderes Finanzierungsinstrument bietet diesen Vorteil. Mit Blick auf das aktuelle Zinsniveau ist der Zinsnachteil während der Ansparphase gegenüber alternativen Geldanlagen nahezu nicht mehr vorhanden. Zugleich erscheint es hochattraktiv, das historisch niedrige Zinsniveau möglichst lange in die Zukunft fortzuschreiben. Da mit dem Abschluss eines kommunalen Bausparvertrages keine festgelegte Darlehensabnahmeverpflichtung einhergeht, kann die Kommune über einen längeren Zeitraum entscheiden, wann sie das zinsgünstige Bauspardarlehen einsetzt und damit in ihrem Handlungsspielraum flexibel bleibt.

„Die teils angespannte Haushaltslage der Kommunen erfordert es, Belastungen durch Zins- und Tilgungsleistungen für Kredite auf mehrere Jahre hinaus möglichst genau zu planen. Dafür ist ein Bausparvertrag ein ideales Instrument, das es zudem erlaubt, das derzeit historisch niedrige Zinsniveau auf viele Jahre zu sichern“, erklärt Dieter Ebeling, Regionaldirektor der LBS Bayern.

### Beispiel: Sparkasse Bayreuth

Als aktuelles Beispiel kann man dabei die Sparkasse Bayreuth nennen. Hier konnte der Betreuer für Kommunen und Institutionen, Matthias Böhner, bei der Finanzierung eines kommunalen Windparks die Zinssicherung mit Einbindung eines LBS-Bausparvertrages gewährleisten. So bleibt die Zinsentwicklung für die Kommune kalkulierbar und bietet darüber hinaus attraktive Konditionen. „Vom Start eines Investitionsvorhabens bis zu seiner Umsetzung sind wir in enger Abstimmung mit unseren Verbundpartnern wie beispielsweise der LBS. Der zusätzliche Aufwand, diese Gelder in die Finanzierung einzubinden, lohnt sich“, so Böhner.

Dieter Ebeling, der künftige Koordinator der LBS Bayern für das Bausparen mit Kommunen ergänzt: „Die LBS unterstützt die Sparkassen hierbei mit Sonderkonditionen für Städte, Gemeinden und Landkreise. Als Bausparkasse der Sparkassen verfügen wir über eine natürlich gegebene Verbindung zu den öffentlichen Haushalten und den Kommunalbetreuern der Sparkassen. Wir sehen es als eine wichtige Aufgabe an, nicht nur die Bevölkerung bei privaten Neubau- und Modernisierungsprojekten zu unterstützen, sondern auch den Kommunen als zuverlässiger Finanzierungspartner zur Seite zu stehen.“

Mit LBS-Bausparen können vielfältige Maßnahmen realisiert werden. Von Wasser- und Stromerzeugung über Abwasser- und Kläranlagen bis zum Bau von kommunalen Einrichtungen wie Kindergärten oder Verwaltungsgebäuden. Der große Vorteil für die Kommunen besteht darin, dass die Sparkasse und LBS gemeinsam vor Ort sind. Als erste Ansprechpartner fungieren in den Regionen, neben den Kommunalkundenberatern der Sparkassen, die LBS-Betreuer in den Regionaldirektionen. Hier können auf kurzem Weg erste allgemeine Fragen zur anstehenden Finanzierung bereits frühzeitig geklärt werden. **Kunigunda Haas**



**Dieter Ebeling, künftiger Koordinator der LBS Bayern für das Bausparen mit Kommunen.**

Instrument zur Zinssicherung. Während die Bausparsumme der neu abgeschlossenen Verträge im kommunalen Geschäft der LBS Bayern 2001 noch bei rund 12 Millionen Euro lag, stieg sie bis 2005 auf fast 100 Millionen Euro und hat sich bis heute mehr als versechzehnfacht. Seit 2001 sind so insgesamt über 1,2 Milliarden Euro von Kommunen investiert worden. Fast die Hälfte der Kommunen, die in Bayern an der kommunalen Verschuldungsdiagnose teilnehmen, setzen bereits auf das Bausparen als Zinssicherungsinstrument.

Für die Kommunen ist insbesondere die feste Kalkulationsbasis, die das Bausparen gewährt, ein wichtiges Argument. So lässt sich Zinssicherheit für die gesamte Laufzeit einer Finanzierung herstellen. Und das mit einem einfachen Produkt, das keiner komplexen Strukturen bedarf. Gleichzeitig bleibt Flexibilität gewahrt: Sondertilgungen sind bei Bauspardarlehen kostenfrei und uneingeschränkt jederzeit möglich. So kann zum Beispiel auch auf sinkende Zinsen reagiert werden. Zudem lässt sich das Bausparen mit anderen Zinssicherungsinstrumenten, etwa Derivaten, kombinieren. Diese Vorteile lassen sich nicht nur nutzen, wenn eine Anschlussfinanzierung für ein Projekt fällig

für mittlere und kleine Unternehmen noch mehr Service bieten.

Wir sind davon überzeugt, dass wir mit unserer Neuausrichtung und vor allem dem Ausbau unseres digitalen Serviceangebots zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Signale senden und für unsere Kunden eine noch bessere Kreissparkasse werden.“ **DK**

Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg:

## Neue Zukunftsstrategie

Digitalisierung verändert Kundenverhalten

**Die rasante technische Entwicklung der vergangenen Jahre und der Siegeszug des Smartphones haben das Kundenverhalten verändert. Die Menschen buchen heute Reisen und kaufen alle Arten von Produkten über das Internet. Anliegen mit Hilfe von ein paar Klicks zu erledigen, wann und wo man will, erleichtert den komplexen Alltag spürbar.**

„Auch unsere Kunden nutzen alle Kanäle, um Kontakt zur Kreissparkasse aufzunehmen“, heißt es in einer Mitteilung. „Einfache Bankgeschäfte erledigen sie online. Und das nicht nur rund um die Uhr, sondern auch von jedem Ort über unsere Sparkassen-Apps auf mobilen Endgeräten. Eine aktuelle Statistik des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands zeigt den deutlichen Wandel: Auf einen Besuch in einer Sparkassen-Geschäftsstelle kommen 108 Besuche in der Internetfiliale und 192 Kontakte über die Sparkassen-Apps für mobile Endgeräte.“

Wir sehen die Digitalisierung als Chance für ein noch engeres Verhältnis zu unseren Kunden. Wir wollen jederzeit und an jedem Ort ihr wichtigster persönlicher Ansprechpartner in Finanzfragen sein. Deshalb richten wir unseren Service, unsere Beratung und unsere Produkte an den gewandelten Kundenanforderungen aus. Hierzu haben wir gemeinsam mit unserem Verwaltungsrat vor kurzem einstimmig die Zukunftsstrategie der Kreissparkasse beschlossen.

### Kreissparkasse erweitert Onlinekanäle

Nähe lässt sich in Zeiten zunehmender Digitalisierung nicht mehr ausschließlich in Metern messen. Ergänzend zu den bisher gewohnten Beratungsmöglichkeiten in unseren Geschäftsstellen bauen wir daher ein Online-Finanzberater-Team auf. Unsere Kunden können künftig wählen, ob sie weiter in einer unserer Geschäftsstellen beraten werden möchten oder alterna-

tiv von einem persönlichen Berater in unserer „Kreissparkasse-Online“. Der Weg in die Geschäftsstelle steht in jedem Fall allen Kunden weiterhin offen.

Den Rahmen für diese Veränderungen schaffen wir mit dem Aufbau eines neuen Kundenbereichs. Wir werden darüber hinaus unsere digitalen Servicekanäle – zum Beispiel durch die Einführung eines Beraterchats – ausweiten und alle Zugangswege eng miteinander vernetzen.

### Investitionen in Beratung vor Ort

Die Anforderungen der Kunden ändern sich nicht nur bei Service und Zahlungsverkehr, sondern auch hinsichtlich ihrer Erwartungen an die persönliche Beratung. Kunden kommen im Schnitt nur noch ein- bis zweimal im Jahr zum Beratungsgespräch in die Geschäftsstelle. Bei diesen Gesprächen sind ihre Anliegen anspruchsvoller und ihre Erwartungen an Ausstattung und Service wesentlich höher als früher. Auch die regulatorischen Anforderungen erfordern eine zunehmende Bündelung von Fachkompetenz bei Spezialisten. Deshalb investieren wir noch stärker in die personelle, räumliche und technische Aufwertung unserer 28 wichtigsten Standorte.

Diese Filialen gestalten wir moderner und großzügiger und besetzen sie mit mehr qualifizierten Finanzberatern. Unsere Kunden werden dort in diskreter Atmosphäre umfassend beraten. Spezialisten haben bei Bedarf per Vi-

deoberatung zugeschaltet werden können. Wir intensivieren darüber hinaus in die qualifizierte Beratung von Existenzgründern und Gewerbetunden.

Die Öffnungszeiten in den Filialen erweitern wir von Montag bis Freitag auf 7:30 bis 19:00 Uhr. So ermöglichen wir es unseren Kunden, vor bzw. nach der Arbeit oder in der Mittagspause ihre Bankgeschäfte zu erledigen.

### Anpassung des Geschäftsstellennetzes

Um unsere Kräfte richtig bündeln zu können, passen wir unser Geschäftsstellennetz den veränderten Anforderungen an: 18 kleine bzw. kleinste Geschäftsstellen mit wenig Kundenverkehr wandeln wir zu SB-Centern um. Neun weitere Geschäftsstellen, die sich in Gemeinden mit derzeit mehreren Standorten befinden, führen wir zu vier Filialen und zwei SB-Standorten zusammen. Diese Zusammenschlüsse finden in den Gemeinden Oberschleißheim, Otterbrunn, Unterhaching und Taufkirchen statt.

Bei der Auswahl der Standorte haben wir uns an der Geschäftsstellennutzung durch unsere Kunden und der erwarteten demographischen Entwicklung für die kommenden Jahre orientiert. Auch die Lauf- und Fahrtwege der Kunden, beispielsweise die Entfernung zur nächstgelegenen Geschäftsstelle, haben wir beachtet. Die Fahrtwege können sich um durchschnittlich drei Kilometer verlängern – das halten wir für vertretbar. Den Großteil der Standortveränderungen setzen wir zur Jahresmitte 2016 um.

Die Präsenz in unseren drei Landkreisen ist uns auch zukünftig sehr wichtig. Mit 52 Filialen und Geschäftsstellen sowie 43 SB-



Von links: Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, Dr. Jürgen Busse, Bayerischer Gemeindeförderung, Alexander Schroth, Vorstandsvorsitzender der AKDB, Ilse Aigner, Bayerische Wirtschaftsministerin, Rudolf Schleyer, AKDB-Vorstandsmitglied, Jürgen Wittmann, Vorstandsmitglied Sparkasse Ingolstadt sowie Helmut Chase, Rechtsreferent Stadt Ingolstadt auf der Kommunale in Nürnberg, Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, zum bevorstehenden Pilot-Start: „Als Sparkassen sind wir verlässlicher und vertrauensvoller Partner von Bürgern, Wirtschaft und Kommunen. Mit den ePayment-Möglichkeiten der Sparkassen-Finanzgruppe bieten wir schon jetzt attraktive Lösungen zur sicheren Abwicklung von Online-Diensten der Kommunen. Wir freuen uns, jetzt diesen weiteren Ausbau-Schritt der eGovernment-Strategie zu begleiten. Nach der erfolgreichen Pilotierung tragen wir diese Lösung gerne gemeinsam weiter in die Fläche.“

Bayerische Sparkassenstiftung:

## Förderpreis „Vermittlung im Museum“ erstmals vergeben

Gemeinsam mit der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern hat die Bayerische Sparkassenstiftung erstmals den Förderpreis „Vermittlung im Museum“ vergeben. Mit Hilfe des Preisgeldes können methodisch und/oder technisch innovative Vermittlungsansätze umgesetzt werden. Ziel ist es, die Vermittlungsbemühungen in den bayerischen nichtstaatlichen Museen und Ausstellungshäusern zu würdigen und nachhaltig zu fördern.

Mit rund 40 eingereichten Vorschlägen erfuhr der Wettbewerb auf Anhieb große Resonanz. Dazu Dr. Ingo Krüger, Geschäftsführender Vorstand der Bayerischen Sparkassenstiftung: „Nicht nur die hohe Anzahl der eingereichten Konzepte beeindruckt mich sehr, sondern vielmehr noch der große Ideenreichtum. Es ist klar erkennbar, dass die Museen dem Kulturstaat Bayern eine Spitzenposition in der Kulturvermittlung sichern wollen.“ Seit vielen Jahren fördert die Bayerische Sparkassenstiftung innovative Konzepte der Vermittlung musealer Inhalte. Sie stärkt damit das große Engagement bayerischer Sammlungen und Ausstellungshäuser. Der Vermittlungspreis ist für die Stiftung ein weiterer wichtiger Schritt in dieser Richtung.

Die Leiterin der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern, Dr. Astrid Pellengahr, ist sehr erfreut, dass die Bayerische Sparkassenstiftung die Museumsberatungsstelle bei ihrem Bemühen um die Verbesserung der Qualität in der Vermittlungsarbeit in Museen mit der Auslobung des Preises so maßgeblich unterstützt. „Kulturelle Bildung ist ein immer wichtigeres Aufgabenfeld für die

Museen in Bayern. Der Förderpreis animiert zu kreativen Ideen und unterstützt die Museen bei deren Realisierung.“

### Hauptpreis für Stadtmuseum Abensberg

Mit dem Hauptpreis ehrte die Jury den Herzogskasten – Stadtmuseum Abensberg. Dr. Tobias Hammerl will dort mit einem Stadtbaukasten die Entwicklung von Städten und Stadtgesellschaften vom hohen Mittelalter bis in die Gegenwart vermitteln. Dabei setzt er stark auf virtuelle Komponenten in der Wissensvermittlung.

Die Jury würdigte insbesondere den Ansatz, immaterielles Kulturerbe – die Struktur und den Wandel von Städten – in den Mittelpunkt zu stellen. Das Vermittlungsangebot ist nicht nur pflüffig, sondern auch generationenübergreifend und hat besonderen Charme durch die Einbeziehung von Studenten und P-Seminaren in die Konzeption. Ganz besonders wertvoll ist das hohe Transferpotenzial dieses Projektes. Mit wenigen Handgriffen könnte es sich die Vielzahl der bayerischen Stadtmuseen zu eigen machen. Für die

## BayernLB finanziert zukünftigen Sitz der Ottobock HealthCare in Berlin

Die BayernLB finanziert die Entwicklung des neuen Berliner Firmensitzes der Ottobock HealthCare. Die neue Firmenzentrale an der Prenzlauer Allee in Berlin Mitte wird insgesamt über 11.000 qm moderne Büroräume für bis zu 200 Mitarbeiter inklusive der Orthotics & Prosthetics Labs sowie eines Human Mobility Service Centers umfassen.

Die in einem ersten Schritt denkmalgerecht instand zu setzenden Gebäude sind Bestandteil des historischen Gebäudeensembles der ehemaligen Böttzow Brauerei, die 2010 von Ottobock Inhaber und CEO Prof. Hans Georg Näder erworben wurde.

In einem vom britischen Star-Architekten David Chipperfield gestalteten „Masterplan 2020“ soll schrittweise die zusätzlich noch vorhandene Gebäudesubstanz weiterentwickelt und neue Gebäude erbaut werden.

Prof. Hans Georg Näder entwickelt das Projekt mit großem Respekt vor dem Denkmal und Begeisterung für nachhaltige Nut-

zung. So werden neben Büros auch Freizeit- und Kulturangebote geschaffen. In diesem Frühjahr hat Prof. Hans Georg Näder auf dem Böttzow Areal das Open Innovation Space eröffnet. Unter dem Schlüsselthema „Digitale Zukunft“ soll in der Tech-Garage als Co-Working Space ein spannender interdisziplinärer Mix aus Hochtechnologie und Kreativität entstehen, mit dem Ziel die Innovationsgeschwindigkeit in der technischen Orthopädie massiv zu erhöhen.

Fertigstellung des ersten Bauabschnittes soll pünktlich zum geplanten Börsengang der Ottobock HealthCare im Jahr 2017 sein. □

Pilotprojekt:

## Bürgerterminals der Kommunen auch in bayerischen Sparkassen

Nach der Bargeldabhebung noch schnell die Formalitäten für den Umzug erledigen, ein Führungszeugnis beantragen oder ein Wunschkennzeichen reservieren: Jetzt halten eGovernment-Online-Services auch Einzug in die bayerischen Sparkassen. Damit wird der Zugang für Bürger zu digitalen Verwaltungsdienstleistungen künftig noch einfacher.

Gemeinsam mit der AKDB (Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern) koordiniert der Sparkassenverband Bayern ein Pilotprojekt, das ab November ein kommunales Bürgerterminal im SB-Bereich der Hauptstelle der Sparkasse Ingolstadt vorsieht. Eine entsprechende Vereinbarung gaben auf der Messe „Kommunale 2015“ in Nürnberg Vertreter des Sparkassenverbandes Bayern, der Stadt Ingolstadt sowie der Vorstand der AKDB bekannt.

Über die Bürgerterminal-Lösung der AKDB können Bürger zunächst im SB-Bereich der Hauptstelle der Sparkasse Ingolstadt einfach und bequem auf ein breites kommunales Online-Dienstangebot zugreifen. Ein separater Gang zum Rathaus oder der Zulassungsstelle kann damit häufig entfallen. Abgesehen von der freigeschalteten eID-Funktion des neuen Personalausweises gibt es keine weiteren Zugangsvoraussetzungen, da das Terminal die erforderliche Technik bereits integriert hat und den Benutzer durch die einzelnen Bedienschritte führt.

Dahinter steht die bereits erprobte Technologie des AKDB-Bürgerservice-Portals, der zentralen Plattformlösung für eGovernment. Sie erlaubt die Nutzung von Verwaltungsdienstleistungen auch außerhalb der Öffnungszeiten von Ämtern und Behörden. Das Bürgerservice-Portal umfasst über 70 Online-Dienste und wird bundesweit von inzwischen mehr als

400 Kommunen eingesetzt. Dazu gehören fast alle bayerischen Landkreise. Im Rahmen des Projekts „i Kfz“ ermöglichen sie die Kfz-Abmeldung ohne Medienbruch.

Umsetzung stellt die Bayerische Sparkassenstiftung dem Herzogskasten 10.000 Euro in Form eines Preisgeldes zur Verfügung. Neben diesem Hauptpreis gab es zwei weitere gleichwertige Preise, jeweils mit 5.000 Euro dotiert. Einer dieser beiden Preise ging an die Kunsthalle Schweinfurt, die einen „Bildhauerblock“ konzipiert hat und nun umsetzen will. Hierbei handelt es sich um ein einmaliges Format, das besonders methodisch innovativ ist. Auf verschiedenen Ebenen werden Informationen und praktische Eindrücke des Materials vermittelt. Es entsteht dabei ein „begreifbares“ Vermittlungsobjekt - etwas ganz Besonderes in unserer immer stärker digitalisierten und virtualisierten Welt.

Den zweiten Nebenpreis gewann das Museum im Kulturspeicher (Würzburg). Hier soll ein besonders pflüffiges inklusives Vermittlungsangebot entstehen. Entwickler sind die Schülern und Schüler einer Klasse der Blindeninstitutstiftung Würzburg. Ihr Ziel ist es, Hands-on- und Kreativstationen zu entwickeln, die insbesondere den Tast-, Geruchs- und Gehörsinn ansprechen.

In unserer stark visuell ausgerichteten Welt sollen optische Eindrücke bewusst zurückgestellt werden, damit sich die Museumsbesucher auf ihre weiteren Sinne einlassen können. Ganz besonders würdigte die Jury den Ansatz, dass Schüler von Regelschulen durch Schüler der Blindeninstitutstiftung geführt werden sollen. Hierbei profitieren Ersterer von den Menschen mit besonderer Herausforderung. Sie gewinnen dadurch, so merkwürdig es klingt, einen „anderen Blick“ auf die Ausstellung, aber sicherlich auch weit darüber hinaus auf ihre Welt. □



Expo Real in München: Auch die BayernLB präsentierte sich als Partner deutscher Immobilienunternehmen. □

BayernLB:

## Wachstumskurs in der Immobilienfinanzierung

Die BayernLB präsentierte sich einmal mehr auf der internationalen Gewerbeimmobilienmesse Expo Real in der Neuen Messe München. Die Bank verfügt im Immobilienbereich über ein leistungsfähiges Netzwerk mit starken Töchtern, die ebenfalls mit ihrem Beratungs-Know-how am Stand der BayernLB vor Ort waren.

Die BayernLB wird ihren Kunden als starke bayerische Bank für die deutsche Wirtschaft auch im laufenden und kommenden Jahr verstärkt Beratungsleistungen und Finanzierungen zur Verfügung stellen. Mit einem strategischen Wachstumskurs in der Immobilienfinanzierung wird die BayernLB als Partner deutscher Immobilienunternehmen 2015 auch an weiteren Standorten in Deutschland zur Verfügung stehen.

Auslandsstützpunkte

Einen Fokus legt die BayernLB in Zukunft weiter auf die Begleitung internationaler Investoren nach Deutschland. Neben der Zentrale in München wird der Zugang zum deutschen

Markt über die Niederlassungen in London, Paris und Mailand immer wichtiger und verstärkt nachgefragt. Auf der Messe standen die Ansprechpartner der Auslandsstützpunkte der Bank für Gespräche und einen Austausch zur Verfügung.

Breit aufgestelltes Institut

Die BayernLB bedient als breit aufgestelltes Kreditinstitut alle Bereiche der Immobilienwirtschaft - von der klassischen Kreditfinanzierung über Immobilienberatungsleistungen bis hin zur Immobilienbewertung. Konzerntöchter der BayernLB auf der Expo Real waren BayernFM, BayernImmo, DKB, LBImmoWert und Real I.S. AG. □



## Intelligente Lösungen für bayerische Kommunkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen.

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen und kommunalen Unternehmen ein lückenloses Leistungsspektrum an. Dazu gehört insbesondere die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten. Außerdem begleiten wir Sie bei Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder der Analyse und Optimierung von Kreditportfolios. Unsere Förderbank, die BayernLabo, ergänzt diese Leistungen durch ihr Angebot zinsgünstiger Kommunalkredite und spezieller kommunaler Förderprogramme. Sie möchten uns und unser Angebot persönlich kennenlernen? Dann wenden Sie sich für weitere Informationen an ▶ Telefon +49 89 2171-22013

Finanzgruppe

BayernLB

Pflege-Symposium der Versicherungskammer Bayern in München:

## Kommunen und Landkreise noch stärker gefordert

Vor einem Paradigmen-Wechsel in der Pflegeversicherung

Mit dem zweiten Pflegestärkungsgesetz, das zum 1. Januar 2016 in Kraft treten und zum 1. Januar 2017 umgesetzt werden soll, wird nach Darstellung von Wolfgang Zöller, ehemaliger CSU-Bundestagsabgeordneter und derzeit Vorsitzender der Expertenkommission zur Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, die Pflegeversicherung auf eine neue Grundlage gestellt. Bei einem Pflege-Symposium der Versicherungskammer Bayern in München stellte er in Aussicht, dass durch die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und eines neuen Begutachtungsverfahrens die individuelle Unterstützung jedes Einzelnen im Zentrum der Pflege stehen werde. Man wolle wegkommen von der Minutenpflege. Diese Systemänderung wird auch in erheblichem Maße die Kommunen und Landkreise tangieren, denn ihnen kommt in Sachen Pflege, so Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe jüngst in Berlin, eine Schlüsselrolle zu.

Zu einem Pflegefall zu werden, ist eines der am meisten unterschätzten Risiken in unserer Gesellschaft, obwohl schon heute 2,6 Mio. Menschen in Deutschland pflegebedürftig sind. In 35 Jahren, also 2050, werden es 4,7 Mio. sein. Nach heutigem Stand beträgt die Wahrscheinlichkeit, pflegebedürftig zu werden, bei Männern 57 und bei Frauen 74 %. Je älter man wird, umso wahrscheinlicher ist es, ein Pflegefall zu werden, bei 85-jährigen Frauen mehr als 40 % pflegebedürftig. Aber was noch mehr überrascht: Heute ist ein Fünftel der Pflegebedürftigen jünger als 60 Jahre.

Das erste Pflegestärkungsgesetz ist zum 1. Januar 2015 in Kraft getreten. Es brachte gewissen Leistungsverbesserungen, ist aber zu sehr an somatischen, d.h. körperbedingten Einschränkungen orientiert, und hat einen zu engen Zeitbezug (Stichwort: Minutenpflege). Dies hat zum Beispiel dazu geführt, dass Pflegebedürftige aus Zeitgründen nicht zur Toilette geführt, sondern „gewandelt“ werden, was dann als „pflegerleichternde Maßnahme“ abgerechnet wird.

Das zweite Gesetz definiert die Pflegebedürftigkeit neu und schafft ein neues Begutachtungs-

verfahren. Die bisherige Unterscheidung zwischen Pflegebedürftigen mit körperlichen Einschränkungen einerseits und kognitiven sowie psychischen Einschränkungen (insbesondere Demenz) andererseits soll dadurch wegfallen. Beim künftigen individuellen Unterstützungsbedarf soll die Frage „Welche Maßnahmen sind erforderlich?“ im Vordergrund stehen. Die Politik erhofft sich von dem neuen System, dass mit dem neuen Begriffsverständnis und dem neuen problemadäquaten Begutachtungsverfahren alle wesentlichen Aspekte der Pflegebedürftigkeit berücksichtigt werden. Künftig soll der Verlust an Selbständigkeit der Maßstab für die fünf Pflegegrade sein, die alle körperlichen, geistigen und psychischen Einschränkungen gleichermaßen erfassen sollen.

### Neue Begutachtung

Die neue Begutachtung wird den Grad der Selbständigkeit in sechs Bereichen erfassen: Mobilität, kognitive und kommunikative Fähigkeiten, Verhaltensweisen und psychischen Problemlagen,

Selbstversorgung, Bewältigung von und selbständiger Umgang mit krankheits- oder therapiebedingten Anforderungen und Belastungen sowie Gestaltung des Alltagslebens und sozialer Kontakte. Maßstab der Begutachtung ist also die Selbständigkeit und nicht mehr der pauschale Zeitaufwand. Die neue Begutachtung wird den alltäglichen Problemen der Betroffenen besser gerecht, ermöglicht eine individuelle Pflege – und Versorgungsplanung und berücksichtigt alle Aspekte der Pflegebedürftigkeit. Nach Zöller eröffnet das neue System die Chance für einen Paradigmenwechsel in der Pflegeversicherung durch die Gleichbehandlung der Betroffenen, eine ganzheitliche Sicht, mehr Selbstbestimmung und Teilhabe sowie durch eine höhere Bedarfsgerechtigkeit. Individuelle Pflege- und Vorsorgemaßnahmen werden möglich.

### Pflege braucht Vielfalt

Im Zusammenhang mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, so Zöller, benötige man eine wirkungsvolle Prävention und Rehabilitation, verbindliche Beratung, die Entwicklung neuer Versorgungsstrukturen, den Ausbau der Palliativmedizin, die Förderung bürgerschaftlichen, ehrenamtlichen Engagements, die Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs und die kommunale Verantwortung für die Strukturen. Reha müsse vor Pflege gehen. Pflege, so der Titel des Symposiums, brauche Vielfalt. In manchen Regionen sei all dies schon recht gut gewährleistet, in anderen weniger gut.

Zwar werde das geplante zweite Pflegebedürftigkeitsgesetz mehr Gerechtigkeit und passgenaue Leistungen bringen, allerdings kämen diese Verbesserungen in erster Linie den Patienten und Bewohnern zugute. Das sei zwar gut so, aber darüber dürfe man die Pflegekräfte nicht vergessen. Deshalb wolle die Bundesregierung den Pflegeberuf attraktiver machen und im aktuell beratenen Pflegeberufgesetz die Ausbildung in der Gesundheits- und Krankenpflege, in der Kinderkranken- und Altenpflege vereinheitlichen. Außerdem soll die Ausbildung in jedem Bundesland kostenlos sein, was bisher nicht überall der Fall ist.

### Mehr Fachkräfte nötig

Zöller und ebenso Harald Benzing, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer, betonten, dass mehr und gut ausgebildete Fachkräfte nötig seien und diese fair bezahlt werden müssten. Eine gut ausgebildete Fachkraft, die Menschen pflegt, sollte „genauso viel bekommen wie eine gut ausgebildete Fachkraft, die komplizierte Maschinen am Laufen hält“.

Weil es bei der Pflege zu viel bürokratischen Aufwand gibt, unterstützt die Bundesregierung, so Zöller, die Einführung eines neuen Dokumentationssystems, damit die Pflegekräfte wieder mehr Zeit für die Menschen haben. Davon erhofft man sich bis zu 30 % Kostenersparnis.

Was hat das alles nun mit den Kommunen und Landkreisen zu tun? Laut Bundesgesundheitsminister Gröhe findet gute Pflege vor Ort, in den Kommunen statt. Ihnen komme eine Schlüsselrolle zu, wenn es darum gehe, den oftmals mühevollen Alltag der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen einfacher zu bewältigen. Dazu gehörten u. a. eine gute Beratung über örtliche Betreuungs- und Hilfsangebote, altersgerechte Wohnungen und ein ausgebauter öffentlicher Nahverkehr.

Die Bundesländer sind dabei zu diskutieren, wie die Planungs- und Steuerungskompetenz der Kommunen in der Pflege gestärkt werden kann. Außerdem wollen sie prüfen, wie die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen vor Ort optimiert und die Strukturen entspre-

chend verändert werden können.

Auch der Augsburger Diözesan-Caritasdirektor Domkapitular Andreas Magg sieht, so seine Pressemeldung, die Kommunen in einer besonderen Pflicht. „Auf kommunaler Ebene wird man immer stärker gefordert sein, die örtlichen Akteure in der Altenhilfe und Altenpflege, die Kostenträger, die Leistungserbringer und die Zivilgesellschaft sowie die Dienstleistungs- und Beratungsstruktur zu koordinieren und zu einem eng aufeinander abgestimmten Netzwerk zu gestalten.“ Magg empfiehlt eine „Sozialkümmerin“ bzw. einen „Sozialkümmerer“ vor Ort, denn nicht nur professionelle Hilfe und Pflege würden benötigt, sondern auch privates Engagement des sozialen und räumlichen Umfeldes. Aus der vorsorgenden Gesellschaft müsse eine „sorgende Gemeinschaft“ werden.

### Beratungsstellen

Was die Beratung angeht, verweist Zöller auf die Kommunen und die unabhängige Beratungsstelle unter der Telefonnummer 08000117722. Benzing nannte das Beratungsunternehmen „Compass Private Pflegeberatung“, das vom Verband der privaten Krankenversicherer e.V. als neutraler und unabhängiger Service betrieben werde und unter der Telefonnummer 08001018800 allen Pflegebedürftigen, ob privat oder gesetzlich versichert, sowie ihren Angehörigen und Betreuern zur Verfügung stehe. Schließlich gibt es noch das Bürgertelefon des Bundesministeriums für Gesundheit, zu erreichen unter der Telefonnummer 030-34060602 oder unter [www.bmg.bund.de/themen/pflege.html](http://www.bmg.bund.de/themen/pflege.html).

Sehr oft kommt es vor, dass Angehörige gar nicht wissen, was auf sie zukommt, wenn dem Pflegebedürftigen die Mittel für die Pflege fehlen. Der Verband der privaten Krankenversicherer hat im März im diesen Jahres bundesweit die Kosten von Pflegeheimen ermittelt. Im Durchschnitt haben sich ergeben bei der Pflegestufe I rund 2490 Euro, bei der Stufe II schon 2980 und bei der Stufe III sogar 3437, was sich im Jahr auf 41000 Euro summiert. Dies, so Benzing, muss man vor der Tatsache sehen, dass die gesetzliche Pflegeversicherung nur als „Teil-Kasko“ konzipiert ist, also weniger als die Hälfte der Ko-

sten für die Pflege im Monat zahlt. In der dritten Pflegestufe wären das 1612 Euro im Monat.

Viele Menschen können sich diese Kosten nicht leisten. Deshalb sind etwa 40 % der in Heimen lebenden Menschen auf Sozialhilfe angewiesen, die das Sozialamt aber nur „vorfinanziert“ und zurückzuholen versucht. Denn direkt Verwandte, Ehegatten, Eltern, Kinder, auch Schwiegerkinder sind gesetzlich verpflichtet, einander Unterhalt zu gewähren. Zuerst werden die Ersparnisse des Pflegebedürftigen aufgebraucht. Dann geht es, falls vorhanden, an die selbst genutzte Immobilie. Dann steht der Umzug des Partners in eine kleinere Mietwohnung an. Danach prüft das Sozialamt, ob die Kinder die Pflegekosten mitfinanzieren müssen. Dabei werden die Einkommens- und Vermögensverhältnisse jedes Kindes vom Sozialamt überprüft, und das unterhaltspflichtige Kind kann gehalten sein, sein Vermögen für den Unterhalt der Eltern einzusetzen. Ihm wird lediglich ein Schonvermögen, das u.a. die Zahl der eigenen Kinder berücksichtigt, belassen.

Daraus folgt, dass es unumgänglich ist, eigenverantwortlich privat vorzusorgen, u.a. mit der staatlich geförderten Pflegeversicherung, die aber auch die Lücke zwischen Kosten und Eigenmitteln nicht ganz schließt. Für diese Lücke stehen die Angebote der Versicherungswirtschaft bereit, über die man sich vielfältig informieren kann. Benzing, der von weiter steigenden Pflegekosten ausgeht, ist der Meinung, dass man möglichst früh mit der Eigenvorsorge beginnen sollte, sie aber spätestens mit 60 Jahren abgeschlossen habe sollte. Je früher der Beginn, desto günstiger die Prämie.

Schließlich gab Axel Listle, Fachanwalt für Familienrecht bei der Kanzlei Everscheds Deutschland LLP, einen Überblick darüber, was man rechtzeitig rechtlich regeln sollte. Um in guten Zeiten in Würde und Selbstbestimmung für schlechte Zeiten vorzusorgen, rät er außer zu einem Testament zu Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht, Betreuungsvorsorge und Generalvollmacht. Der Anwalt empfiehlt, bei der Erstellung dieser Dokumente juristischen Rat, am besten beim Notar, in Anspruch zu nehmen, um Fehler zu vermeiden. **dhg.**

## Kommunalforum der Sparkasse Mittelfranken-Süd

Die Sparkassen Mittelfranken-Süd und Gunzenhausen hatten die Landräte, Bürgermeister, Kämmerer und sonstige Verantwortliche der Städte und Gemeinden aus der Stadt Schwabach, dem Landkreis Roth und dem Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen zum 10. Kommunalforum in das Museum „HopfenBierGut“ im historischen Kornhaus in Spalt eingeladen. Thema der diesjährigen Veranstaltung war E-Government – E-Payment die Bezahlösungen für Kommunen.

Jürgen Rohmer Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Mittelfranken-Süd begrüßte die anwesenden Bürgermeister und weiteren kommunalen Vertreter, stellte kurz die Sparkassenverbundpartner, die eigenen Spezialisten sowie den Referenten Hermann Stengele von der Firma GiroSolution AG vor. Er bedankte sich bei Bürgermeister Udo Weingart für die Gastfreundschaft. Bürgermeister Weingart ging in seinem Grußwort auf die Geschichte des Museums ein.

Anschließend referierte Hermann Stengele von der Firma GiroSolution AG über die Bezahlösungen für Kommunen. GiroSolution ist ein Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe mit Sitz in Meersburg. Das Unternehmen ist im bargeldlosen Zahlungsverkehr vorrangig im Bereich des E-Commerce aktiv. Die Digitalisierung macht auch vor Kommunen nicht halt. Durch das E-Government Gesetz sind Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen künftig in der Lage, ihre Behördengänge auch elektronisch abzuwickeln. Für die Bezahlung dieser Dienste sind Online-Bezahlverfahren ge-

fragt. Die E-Payment-Lösung „GiroCheckout“ der GiroSolution AG hat hierfür ein maßgeschneidertes Angebot an Bezahlverfahren und hilft dabei diese schnell, unkompliziert und sicher in die Bürgerportale und Online-Verwaltungsprozesse zu integrieren. GiroCheckout ermöglicht es Bürger anfallende Kosten für Antrags- und Verwaltungsgebühren komfortabel und sicher online zu bezahlen: per Online-Überweisung giropay, per Kreditkarte (MasterCard oder VISA) oder per Lastschrift. Kommunen werden in die Lage versetzt, ihren Verwaltungsaufwand deutlich zu reduzieren. Bürger sparen sich dadurch Wege und Wartezeiten.

Nach dem Schlusswort des Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Gunzenhausen Burkhard Druschel erhielten die Teilnehmer in vier Gruppen eine exklusive Führung durch das Museum. Im Anschluss daran hatten die Gäste bei einem gemeinsamen Mittagssimbiss Gelegenheit zum Informationsaustausch mit den Referenten und den weiteren Experten der Sparkassenverbundpartner. **□**

## Die Kommune im Zeitalter der Digitalisierung

Einsatz elektronischer Bezahlfverfahren in der öffentlichen Verwaltung

Im Zuge der Umsetzung des E-Government-Gesetzes soll die digitale Infrastruktur in den Verwaltungsorganen von Bund, Ländern und Kommunen weiter ausgebaut werden. Dadurch sollen Ressourcen gespart und die Effizienz bei Verwaltungsvorgängen gesteigert werden. Auch eine zunehmende Vertrautheit mit technologischen Innovationen, die mittlerweile kaum mehr aus unserem Alltag wegzudenken sind, fördert und fordert die Digitalisierung der Kommune - die Anforderungen der Bürger an Staat und Verwaltung, die Prozesse und Strukturen zu modernisieren, steigen. Ein logischer Schritt also, dass auch die Auswahl an Bezahlfverfahren in der Kommune sukzessive um elektronische Angebote erweitert wird.

Aktuelle Studien\* belegen: Geht es um E-Payment, also elektronische Bezahlung, und bargeldlose Bezahlmethoden, sind viele Kommunen in Deutschland schon jetzt gut aufgestellt. Rund zwei Drittel setzen bargeldloses Bezahlen um. So verwundert es auch nicht, dass mehr als ein Drittel der Deutschen bei kommunalen Behörden - am Schreibtisch des Sachbearbeiters oder an einem zentralen Kassengerät - bereits bargeldlos mit Karte bezahlt hat.

Neben der klassischen Barzahlung ist das Entrichten von Gebühren per girocard laut Kommunalverantwortlichen mittlerweile die meistgenutzte Zahlungsmethode in kommunalen Institutionen. Angebote zur bargeldlosen Zahlung sind in Großstädten deutlich häufiger verbreitet: Über die Hälfte der Bewohner von Städten mit 500.000 Einwohnern und mehr hat eine Dienstleistung ihrer kommunalen Behörde schon bargeldlos bezahlt. Während die Bürger unter anderem den Komfortfaktor an einer kartenbasierten Bezahlung schätzen, werden die Vorteile von E-Geld auf Seiten der Kommunen insbesondere in dessen Wirtschaftlichkeit, der Vereinfachung von Abläufen und Vorgängen sowie in einem Imagegewinn durch einen moderneren Auftritt gesehen.

Deutsche Kommunen stehen jeden Tag vor vielseitigen Aufgaben. Ob bei der Parkraumbewirtschaftung, in der Schulverpflegung oder bei der Subventionierung von sozial schwachen Familien - effiziente Prozesse müssen geschaffen und eine bequeme Abwicklung muss gewährleistet werden. Die bargeldlosen Bezahlverfahren der

Deutschen Kreditwirtschaft können in vielen Bereichen in der Kommune Unterstützung bieten.

Im Zuge des Ausbaus der Ganztagesbetreuung an Schulen nimmt die Schulverpflegung eine immer wichtigere Rolle ein. In zahlreichen Schulkantinen und -mensen in Deutschland kommen die girocard und/oder ihre Prepaid-Bezahlungsfunktionen GeldKarte und girogo bereits zum Einsatz.

### Einsatzfelder im Überblick

Sozialgutscheine in der Schulverpflegung, für Bildungsangebote oder als City- oder Familien-card: Für bedürftige Familien kann ein niedrigeres Preisniveau oder eine vollständige Kostenübernahme auf der Chipkarte gespeichert werden, ohne dass dies für Außenstehende ersichtlich ist.

Die Jugend soll geschützt werden, beispielsweise vor unerlaubtem Tabak- und Alkoholkonsum. Mit dem integrierten Jugendschutzmerkmal kann das sichergestellt werden.

Gefragt ist die bargeldlose Alternative auch im öffentlichen Fahrradkartenautomaten kann entweder über das gespeicherte (Geld Karte girogo) bezahlt werden oder direkt vom Konto mit der girocard.

Auch das bargeldlose Zahlen an Parkscheinautomaten ist ein beliebtes Einsatzgebiet. Besonders fair ist das Echtzeit-Parken. Dabei zahlen die Nutzer die Gebühren erst am Ende der Parkdauer - und zwar taktgenau.

Will man während des Parkens gleich Strom tanken und beides ganz ohne Scheine und Münzen bezahlen, ist auch das möglich.

Ganz ohne Anmeldung der Kunden und unabhängig von Betreibern, Kundenkarten und Öffnungszeiten.

Auch Zeiten können via Chip erfasst oder der Zugang zu Arealen und Räumen kann gewährt werden. Zum Einsatz kommt die automatisierte Zeiterfassung und Zugangskontrolle beispielsweise in Event- und Sportarenen oder in Parkhäusern.

Viele Städte und Kommunen betreiben eigene Veranstaltungshallen oder Sportstätten, bei denen der Einsatz eines fairen, weil offenen, Bezahlsystems sinnvoll ist. Schlangen an Essens- und Getränkeständen können dadurch nachweislich halbiert werden, da der Bezahlvorgang doppelt so schnell erfolgt wie das Akzeptieren von Bargeld. Auf der einen Seite spart das den Besuchern Zeit und auf der anderen Seite steigt der Umsatz auf Betreiberseite.

Zwar wird elektronisches Bezahlen in den deutschen Kommunen noch nicht flächendeckend angeboten. Doch in vielen Bereichen bieten sich der Kommune effizienzsteigernde Lösungen, die es zu nutzen und weiter auszubauen gilt. Denn innovative Bezahltechnologien bieten vielfältige Vorteile für Verwaltung und Bürger und erleichtern den bürokratischen Alltag für beide Parteien gleichermaßen.

Weitere Informationen unter: [www.initiative-deutsche-zahlungssysteme.de](http://www.initiative-deutsche-zahlungssysteme.de)

\* Die angegebenen Daten basieren auf zwei repräsentativen Studien im Auftrag der Initiative Deutsche Zahlungssysteme. Für die Studie 11 Elektronisches Bezahlen in der Verwaltung“ wurden im Oktober und November 2014 in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund 71 Kommunalverantwortliche befragt. Die Studie „Bargeldloses Bezahlen - Nutzung, Bewertung und Potenziale“ basiert auf einer Befragung von 1.402 Bürgern ab 16 Jahren, die im September 2015 durchgeführt wurde. **□**



Tag der Stiftungen:

## Transparenz und Kooperationen

Wie Stiftungen sich engagieren und Probleme lösen, davon konnten sich Bürger am „Tag der Stiftungen“ bundesweit überzeugen. Am 1. Oktober fanden 101 Veranstaltungen von rund 140 Stiftungen statt. Was Stiftungen regional und überregional bewegen, wurde mehrfach auch in Bayern demonstriert.

So präsentierten sich zum Beispiel auf dem Markt der Stiftungshauptstadt Würzburg, der Stadt mit der höchsten Stiftungsdichte Deutschlands, die fünf Würzburger Stiftungen Bürgerspital zum Hl. Geist, Blindenstützstiftung, Julius-spital, SOS Familie und die Dirk Nowitzki Stiftung. Zum Mitmachen luden Aktionen wie Dunkelcontainer, Fußball und Tischball für Blinde, Bewegungsparcours mit Alterssimulationsanzug, Sinneswagen, Ge-

schicklichkeitstests, Mähdrösch, Basketball, Sportgeräte für Kinder, Musik und eine Abschlussdiskussion ein.

### Workshops

Zum „Tag der Stiftungen“ kooperierten zudem die Versicherungskammer Stiftung und die Stiftung Gute-Tat.de. Gemeinsam boten sie in den Räumlichkeiten der Versicherungskammer Bayern eine Reihe von Workshops auf Spendenbasis

für ehrenamtlich Engagierte und Vertreter von sozialen Einrichtungen an. Organisiert wurden diese von der Stiftung Gute-Tat.de.

Das 15-jährige Bestehen der Eberhard von Kuenheim Stiftung der BMW AG Stiftung war wiederum Anlass, eine Bilanz über die bisher geleistete Arbeit der Stiftung sowie die Vielfalt und die Wirksamkeit der unterstützten Initiativen und Projekte zu ziehen. Sie zeigte gewissermaßen die Highlights der vergangenen 15 Jahre – ebenso wurde die Philosophie, nach der die Stiftung handelt, nicht nur in Worten erklärt, sondern auch visuell erfahrbar gemacht.

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly (SPD) darauf hin, dass die eigentliche Integrationsarbeit für ihn beginne, wenn die rechtlichen Hürden des Asylantrages gemeistert seien. Denn dann benötige man unter anderem Sprach- und Integrationskurse, den Zugang zu Arbeitsmärkten und Wohnungen. Auch die Seelenlage der aufnehmenden Gesellschaft dürfe nicht außer Acht gelassen werden. Hier nähmen auch die Stifterinnen und Stifter eine ganz besondere Position ein, könnten sie doch dabei helfen, dass Fehler früherer Integrationspolitik sich nicht wiederholten.

Mathias Kreitinger, Sachgebietsleiter Kommunale Angelegenheiten der Regierung von Mittelfranken, riet dazu, eine Klausel in die Stiftungssatzung aufzunehmen, die Verbrauchervermögen zulässig mache. Vorteile hiervon seien die Unabhängigkeit von den Finanzmärkten, eine nachhaltige Zweckverwirklichung bei relativ geringem Kapital, die Kontrolle des Stifters während der gesamten Zeit und eine mögliche Auflösung.

### Zustifter gewinnen

„Wer sich überlegt, ob er sich für eine Zustiftung zu einer bestehenden Stiftung entscheiden soll, muss sich darüber klarwerden, wie er gesehen werden will, welchen Anteil er einbringen möchte und was seine Motive dazu sind“, unterstrich Pfarrer und Fundraisingmanager Armin Langmann (Ökumenische Stiftungsinitiative). Wer Zustifter gewinnen wolle, sollte nicht nach dem Geldbeutel oder der Brieftasche seiner Mitmenschen schießen, sondern mit Herz und Verstand Auskunft über seine Stiftung geben. „Die Menschen werden es spüren und daraufhin ihre freiwillige Entscheidung treffen, denn was ‚Zustifter gewinnen‘, ist weit mehr als man mit Zahlen ausdrücken kann“, betonte Langmann.

### Repräsentative Umfrage

Laut einer bisher unveröffentlichten, repräsentativen Bevölkerungsumfrage meinen 47 Prozent aller Befragten, Stiftungen können manche Probleme besser lösen als der Staat. 91 Prozent finden es insgesamt gut, wenn jemand stiftet. Diese ersten Ergebnisse hat der Bundesverband Deutscher Stiftungen nun vorgelegt. Die Umfrage ist Teil einer Studie über Stifterinnen und Stifter, die der Verband vollständig im Dezember veröffentlichten wird. DK



Die Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg freut sich über ein neues Mitglied.

## Neugründung der „Stiftung Fritz-Felsenstein-Haus“

Inklusion ist eine Herausforderung, der sich unsere Gesellschaft immer wieder neu stellen muss. Um Menschen mit Behinderung an allen Teilen des öffentlichen Lebens teilhaben zu lassen, bedarf es der Anstrengung vieler. Mit der Gründung der „Stiftung Fritz-Felsenstein-Haus“ geht das Königsbrunner Kompetenzzentrum für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderungen einen neuen Weg, um möglichst viele Förderer für das große Ziel einer inklusiven und barrierefreien Gesellschaft zu gewinnen.

Die neue Stiftung wird unter dem Dach der „HAUS DER STIFTER - Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg“ errichtet. Privatpersonen, aber auch Körperschaften und Unternehmen können Beiträge zu einem geschützten Vermögensstock leisten. Es besteht zudem die Möglichkeit, zu Gunsten der Stiftung Fritz-Felsenstein-Haus eine eigene Namensstiftung einzurichten. Die Beratung hierfür übernimmt gerne die Stadtparkasse Augsburg.

Die „HAUS DER STIFTER - Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg“ ist als Gemeinschaftsstiftung konzipiert und verwaltet die „Stiftung Fritz-Felsenstein-Haus“ treuhänderisch. „Diese Verwaltung ist für Stiftungsgründer wie auch Zustifter extrem einfach und kostengünstig – sie können sich auf die Verwirklichung des Stiftungszwecks konzentrieren. Immer mehr Privatpersonen und gemeinnützige Organisationen kommen zu uns ins HAUS DER STIFTER, das geht auch mit kleineren Beträgen“, so Susanne Stippler, Stiftungsberaterin bei der Stadtparkasse.

Zweck der „Stiftung Fritz-Felsenstein-Haus“ ist die Förderung von Menschen mit Behinderung und deren Angehörige. Im Mittelpunkt steht deren Selbst- und Mitbestimmung in allen Belangen ihrer Lebensorganisation. Die Erträge der Stiftung dienen in erster Linie der Verwirklichung und Förderung der Projekte des Fritz-Felsenstein-Hauses. „Jeder Spender kann

mit seinem Beitrag seiner Solidarität und Freundschaft zu Menschen mit Behinderung Ausdruck verleihen und so zu einem langjährigen Begleiter dieser Menschen werden, die über viele Jahre vom Stiftungszweck profitieren werden“, so Gregor Beck, Vorstand des Fritz-Felsenstein-Hauses.

Ein erstes nachhaltiges Projekt, das durch die Stiftung gefördert wird, ist ein neues Wohnmodell für Erwachsene, das in Augsburg geplant ist. Eine „Hausgemeinschaft“ bietet Menschen mit Behinderung die Möglichkeit, sich in angemessenen Schritten vom stationären Wohnen über Trainingswohnangebote, intensiv betreuten ambulanten Wohnformen hin zu einem möglichst selbständigen Wohnen innerhalb einer Hausgemeinschaft zu entwickeln. Ziel ist der Auszug in eine eigene Wohnung mit Betreuung durch Assistenten. Damit leistet die Stiftung einen nachhaltigen Beitrag zum Gemeinwohl in der Region Augsburg.

Das liegt auch der Stadtparkasse Augsburg am Herzen, die die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung in ihrer Unternehmensphilosophie fest verankert hat. Mit ihren vielfältigen Spenden und Sponsoringengagements in Kultur, Bildung, Sport und im sozialen Bereich macht die Sparkasse viele Dinge erst möglich. Auch das HAUS DER STIFTER der Stadtparkasse Augsburg steht für dieses Engagement in vielen Bereichen. □

## Stiftung Wertebündnis Bayern gegründet

Die Arbeit des Wertebündnisses Bayern ist jetzt für die Zukunft abgesichert. Bei einem Festakt anlässlich der Gründung der Stiftung Wertebündnis Bayern in München sprach Ministerpräsident Seehofer von einem „Erfolgsmodell“: Die Idee ist lebendig geworden. Vor fünf Jahren der Auftakt, jetzt die Stiftungsgründung. Das Wertebündnis ist erwachsen geworden. Eine einmalige Gemeinschaftsleistung. Das ist echte bayerische Wertarbeit!

Der Ministerpräsident unterstrich die Wichtigkeit eines gemeinsamen Wertegerüsts als Voraussetzung für Solidarität: „Angesichts der Generationenaufgabe, vor die uns die Flüchtlingskrise heute stellt, gilt mehr denn je: Zusammenhalt braucht gemeinsam gelebte Werte, Solidarität braucht ein Wir-Gefühl. Mit den Wertebündnisprojekten schaffen wir für junge Menschen Erfahrungsräume, in denen sie über Werte nachdenken, diskutieren und vor allem ganz praktisch Werte erleben können.“

Nach der Ansprache des Ministerpräsidenten präsentierten sich Partner und Projekte im Wertebündnis Bayern. Beim Projekt „Bayern schmeckt“ entwickeln Kinder und Jugendliche ein gemeinsames Bewusstsein für den Wert gesunder Ernährung und regionaler Lebensmittel. Beim Projekt „MundART WERTvoll“ setzen sich Kinder und Jugendliche mit ihren regionalen Heimatdialekten auseinander und erleben so die verbindende Kraft von Traditionen und gemeinsamer Identität. Der Rockmusiker und Komponist Peter Maffay sprach als Partner des Wertebündnisses und Gründer der Peter Maffay Stiftung über die Erfahrungen aus seiner Arbeit mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen.

Die Stiftung verfügt über ein Vermögen von rund 2,5 Mio. Euro. Sie wird von einem Stiftungsvorstand gesetzlich vertreten und zusammen mit einem Kuratorium verwaltet. DK

Kreissparkasse Augsburg:

## Kunden vergeben Bestnoten für Service und Beratung

Prädikat „ausgezeichnet“, „sehr gut“ und „gut“: So bewerteten die Kunden ihre Kreissparkasse Augsburg fast durchgängig. In einer Kundenzufriedenheitsumfrage konnten die Nutzer des Online-Banking ihre Meinung zu allgemeinen Leistungen von Service bis Beratung abgeben.

Mehr als 1.200 Kunden beteiligten sich an der Befragung. Das Ergebnis ist eindeutig: Die Mehrheit fühlt sich gut aufgehoben bei der Kreissparkasse Augsburg. 95 Prozent der befragten Kunden sind sehr zufrieden. Dies bestätigt sich bei genauerer Nachfrage: Service und Beratung erhielten beste Bewertungen in punkto Zufriedenheit (95 bzw. 93 Prozent). Kaum etwas zu wünschen übrig ließ auch das Online-Banking, das 95 Prozent als sehr positiv beurteilten.

„Das hohe Maß an Vertrauen, das unsere Kunden uns entgegenbringen, freut uns – und bestätigt, dass wir in Sachen Service- und Beratungsqualität zu den Besten gehören“, so Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg. Bereits im Vorjahr hatte die Bank sehr gut in der Zufriedenheitsumfrage abgeschnitten. Damit dies so bleibt, investiert die Kreissparkasse konsequent in ihre Belegschaft. „Kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind unser Erfolgsfaktor Nummer 1. Wir unterstützen sie mit einem breiten Spektrum an

Qualifizierungsmaßnahmen, sich fachlich und persönlich weiterzuentwickeln. So können wir dem Anspruch als Qualitätsführer in der Beratung auch weiterhin gerecht werden.“ □

### Zukunft des Welterbes

Erstmals als Kooperation der Stiftung Weltkulturerbe Stadt Bamberg und der Stiftung Zirkus Giovanni startete das Projekt „Welterbe erhalten – Zukunft mit Jugend gestalten“. Ziel des Projekts ist es, sich gemeinsam für die Zukunft des Welterbes und die Jugend der Stadt Bamberg stark zu machen. Dafür bündeln beide Stiftungen ihre jeweiligen Kernkompetenzen um gemeinsame Lösungswege zu finden und durch eine sinnvolle Arbeitsteilung effizienter auf neue Herausforderungen reagieren und so einen höheren Wirkungsgrad und mehr Akzeptanz in der Öffentlichkeit erzielen zu können.

### Bürgerstiftung

Die Bürgerstiftung „Unser Schwabach“ feiert in diesem Jahr ihr 10-jähriges Bestehen. Zum „Tag der Stiftungen“ wurde im Stadtpark eine Bürgerlinde zur Erholung der Bevölkerung gepflanzt. Alle Stifter und Spender seit Gründung der Bürgerstiftung im Jahre 2005 sowie alle Bürgerengagierten in Schwabach waren zu diesem Fest herzlich eingeladen.

### Nürnberger Stiftertag

Eine exzellente Plattform für Information, Vernetzung und Austausch hatte bereits der 5. Nürnberger Stiftertag Ende September mit den Schwerpunkten Unternehmensstiftungen und Flüchtlingshilfe geliefert. Vor gut 250 Teilnehmern im historischen Rathaussaal wies



Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

\* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: [www.tvbayernlive.de](http://www.tvbayernlive.de)

# Werte erhalten, Zukunft gestalten

**Gütesicherung Kanalbau  
zwischen technischen Erfordernissen und wirtschaftlichen Möglichkeiten**

**Zu den großen kommunalen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte gehört ganz sicher die Instandhaltung der unterirdischen Infrastruktur: Rohrleitungen für die Fernwärme, die Gasversorgung, die Trink- und Löschwasserbereitstellung sowie für den Regen- und Schmutzwassertransport. Jährlich produzieren private Haushalte, Gewerbebetriebe und die Industrie viele Millionen Kubikmeter Abwasser, die geordnet abgeführt und behandelt werden müssen. Auch das anfallende Regenwasser wird in der Regel über die Kanalisation abgeleitet.**

Das öffentliche Kanalnetz umfasst 561.581 km (Stand: 2010) und stellt mit den zugehörigen Kläranlagen, Abwasserpumpwerken und anderen abwassertechnischen Anlagen ein enormes Anlagevermögen dar. Laut einer Untersuchung der TU Dresden (2002) übertreffen die Wiederbeschaffungskosten der Einrichtungen der Abwasserentsorgung (576 Mrd. Euro) den Wiederbeschaffungswert aller Verkehrsanlagen (489 Mrd. Euro) um fast 90 Milliarden Euro! Das alleine macht den hohen Stellenwert deutlich, den die Instandhaltung dieser Vermögenswerte einnehmen müsste.

## Altersstruktur des Kanalnetzes

Erkenntnisse des Statistischen Bundesamtes zeigen folgende Altersstruktur des Kanalnetzes

## Verband kommunaler Unternehmen:

## Nitrat und Fracking beunruhigen kommunale Wasserversorger

**Die Versorgung der Bürger mit frischem Trinkwasser ist eine wichtige Leistung der kommunalen Daseinsvorsorge - und eine erfolgreiche. Nicht umsonst ist Trinkwasser das Lebensmittel Nummer eins und wird von den Verbrauchern mit Bestnoten bei seiner Qualität bedacht. „Damit aber auch zukünftige Generationen auf die sichere und nachhaltige Versorgung mit der Ressource Wasser vertrauen können, ist die Politik gefordert. Wir und künftige Generationen brauchen wirksame Regelungen, um das Trinkwasser zu schützen“, forderte VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche in einem Pressegespräch.**

Aktuell gebe es vor allem zwei aktuelle und drängende politische Handlungsfelder: beim Fracking und gegen steigende Nitratbelastungen.

Zum Fracking sagt Reiche: „Wir brauchen dringend ein Wasserschutzgesetz. Der bestehende Rechtsrahmen gewährleistet diesen Schutz nicht.“ Regierung und Regierungsfractionen seien bei der Erarbeitung eines solchen Wasserschutzgesetzes schon weit gekommen. Reiche: „Wir stehen mit den bisher vereinbarten Regelungen, zum Beispiel zu den Verbotszonen, kurz vor dem Ziel. Jetzt müssen die Fraktionen auch noch den letzten Schritt gehen. Das ist die dringende Bitte der kommunalen Wasserwirtschaft!“

## Nitratbelastungen

Zu den steigenden Nitratbelastungen, die durch intensive Viehhaltung beziehungsweise das Ausbringen von Gülle auf die Felder verursacht wird, sagt Reiche: „Während wir auf allen anderen Feldern Welt- oder Europameister sind, liegen wir in Bezug auf Nitratkonzentrationen im Grundwasser auf einem traurigen vorletzten Platz im EU-Vergleich.“ Deshalb verweist bereits der Koalitionsvertrag der CDU/CSU- und SPD-Fraktionen auf den dringenden Handlungsbedarf, unsere Gewässer vor weiteren Nährstoffeinträgen zu schützen. Auch die Europäische Kommission fordert hier Verbesserungen, da das Ziel der europäischen Nitratrichtlinie mit der aktuell geltenden Düngeverordnung in Deutschland nicht erreicht werden kann.

in Deutschland 2010: 14 % des Kanalnetzes waren nicht älter als 10 Jahre, 19 % zwischen 10 und 20 Jahre alt, 11 % waren zwischen 20 und 30 Jahre alt, 13 % 30 bis 40 Jahre alt. Zwischen 40 und 50 Jahre alt waren 12 %, weitere 13 % waren älter als 50 Jahre. 18 % des Kanalnetzes konnten altersmäßig nicht bestimmt werden.

## Bauliche Substanz erhalten

Laut der DWA-Umfrage aus dem Jahr 2009 zum Zustand der Kanalisation in Deutschland sind rund 20 % des Netzes schadhaft und müssen kurz- bis mittelfristig saniert werden. Diese Zahl macht klar, dass künftige Anstrengungen und Aufwendungen der Netzbetreiber vorausschauend geplant sein müssen, um den bestehenden Sanierungsbedarf signifi-

kant abbauen zu können und somit einen Beitrag zum Erhalt der baulichen Substanz zu leisten. Laut Statistischem Bundesamt kümmern sich darum 6.618 Betreiber unterschiedlicher Größe (Stand: 2010), angefangen bei kleinen Gemeinden und Kommunen bis hin zu Abwasserzweckverbänden und großen Stadtwerken. Können diese der gewaltigen Aufgabe unter den gegebenen Umständen überhaupt gerecht werden?

## Der nächste Schritt

Insbesondere in den letzten beiden Jahrzehnten wurden einerseits der Zustand der Infrastruktur umfassend dokumentiert und bewertet und andererseits technische Lösungen entwickelt und verfeinert, um erkannte Schäden zu beheben. Heute existieren für die allermeisten Problemstellungen passende Verfahren und Materialien. Anders gesagt: Es ist grundsätzlich klar, was getan werden müsste und welche Möglichkeiten im konkreten Einzelfall zur Verfügung stehen, um unsere Netze fitzumachen. Gerade weil die finanziellen Mittel aber begrenzt sind, muss jetzt ein nächster Entwicklungsschritt folgen, der sich aus der Zustandserfassung sowie der Entwicklung von Sanierungstechniken und -materialien logisch ableitet: eine langfristig ausgerichtete Netzbewirtschaftung, die zwischen technischen Erfordernissen einerseits und wirtschaftlichen Möglichkeiten andererseits abwägt.

Dass Investitionen in die Kanalinfrastruktur erforderlich sind, ist unstrittig. Doch welcher Mitteleinsatz ist darstellbar und mit Blick auf die Gebühren vermittelbar – und wie lassen sich die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effizient einsetzen?

## Gemeinsames Handeln gefragt

Anlagen der Abwasserentsorgung stellen langlebige Wirtschaftsgüter dar, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten über die gesamte Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Lange Zeit war das Bewusstsein für den Wert dieses Teils der Infrastruktur nicht sonderlich ausgeprägt, doch hier ist zum Glück ein Wandel zu verzeichnen. Der Themenkomplex „Wertermittlung und Werterhalt von Entwässerungssystemen“ gewinnt zunehmend an Bedeutung. In der zugehörigen Diskussion um die erforderliche Höhe der einzusetzenden Mittel und die Bedeutung des Investitionszeitpunktes wird allerdings auch deutlich, dass es oft genug noch an Erfahrung und geeigneten Werkzeugen fehlt, um langfristige Szenarien und Visionen für die Bewirtschaftung der Netze zu erarbeiten und abzustimmen.

## Sachverstand

Allzu häufig empfinden Techniker und Kaufleute die Ziele ihrer jeweiligen Arbeit noch als diametral entgegengesetzt, zumindest aber als schwer vereinbar. Doch lassen sich technisches Sachverständnis und wirtschaftliche Belange überhaupt voneinander trennen? Erfordert die Frage nach dem erforderlichen Aufwand für die langfristige Bewahrung der Netzstruktur nicht gerade gemeinsames Han-

deln? Und vor allem: Auf welcher Grundlage und mit welchen Werkzeugen wäre eine solche Abstimmung möglich und erfolgversprechend?

## Es tut sich was

Mit Blick auf die nachfolgenden Generationen arbeiten Politik, Wirtschaft, Institutionen und Fachverbände an Konzepten für einen effizienten und nachhaltigen Umgang mit Energie und Rohstoffen ebenso, wie mit vorhandenem Anlagevermögen wie etwa den infrastrukturellen Einrichtungen. Große deutsche Kommunen ziehen nach. Sie verstehen sich als Teil der Gesellschaft und sehen sich in der Verantwortung für ihre Beschäftigten und die Umwelt. Konsequenz beschreiten sie den Weg zu einer zukunftsorientierten Nachhaltigkeitsstrategie, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Gesichtspunkte umfasst, und welche Techniker und Kaufleute im Schulterschluss entwickeln.

## Fachkongress „Kanalgipfel“

Konkrete Umsetzungsbeispiele in Bezug auf die Bewirtschaftung von Abwassernetzen – vorgestellt von den Beteiligten – und verfügbare Werkzeuge wurden beispielsweise beim Fachkongress „Kanalgipfel“ vorgestellt (www.kanalgipfel.de). Bei der diesjährigen Veranstaltung auf Schloss Berge in Gelsenkirchen standen Strategien für die detaillierte und konsistente Wertermittlung von Entwässerungssystemen sowie deren Werterhalt im Fokus.

Untereinander abgestimmte Vorgehensweisen, beispielsweise auch in Form von Mehrspartenstrategien, sind vielversprechend – übrigens dürften das nicht nur Fachleute so empfinden, sondern auch die von Sanierungsmaßnahmen betroffenen Anwohner.

## Komplexes Fachwissen

Für eine nachhaltige Gestaltung der Abwasserentsorgungssysteme ist komplexes Fachwissen erforderlich, das sowohl wasserwirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt als auch materialtechnische oder auch bautechnische Aspekte. Bereits die Planung ist entscheidend dafür verantwortlich, dass eine Maßnahme bei möglichst geringem Mitteleinsatz den optimalen Nutzen bringt. Darüber hinaus führen Investitionen nur dann zu den gewünschten Resultaten, wenn bei der Umsetzung die notwendige Qualität erreicht wird. Denn schließlich ist der größte Prozentsatz der in der DWA-Umfrage zum Zustand der Kanalisation ermittelten Schadensquote auf Ausführungsfehler zurückzuführen.

## Auftragsvergabe

Voraussetzung für eine hohe Ausführungsqualität ist die Vergabe von Aufträgen zur Sanierung von Abwasserleitungen und -kanälen an fachlich geeignete Unternehmen. Hier bietet sich den Auftraggebern mit der Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 eine unabhängige Eignungsprüfung von Bietern. Diese weisen mit Erfüllung der Anforderungen der Güte- und Prüfbestimmungen RAL-GZ 961 ihre fachtechnische Qualifikation (Fachkunde, technische Leistungsfähigkeit und vertragliche Zuverlässigkeit) im Sinne § 6 (3) der VOB/A nach. Durch die Vergabe von Aufträgen ausschließlich an geeignete Firmen werden Kommunen bzw. Abwasserbeseitigungsunternehmen ihrer haushaltsrechtlichen Verantwortung gerecht, entsprechend dem Slogan: Qualität fordern – Werte schaffen. □



**Unterwegs in Sachen Qualität: Die vom Güteausschuss der Gütegemeinschaft Kanalbau beauftragten Prüflingenieure führen derzeit etwa 4.000 Baustellenbesuche pro Jahr durch.**  
Bild: Güteschutz Kanalbau

## Wasserversorgung:

## Effizienz und Transparenz sichern und weiterentwickeln

**Gemeinsame Erklärung von BDEW, DVGW und VKU**

**Sicherheit, Qualität, Nachhaltigkeit, Kundenservice und Wirtschaftlichkeit der Trinkwasserversorgung sind dauerhaft nur durch effiziente Versorgungsunternehmen zu gewährleisten. Effizientes Handeln in der Wasserwirtschaft berücksichtigt auch die Belange des vorsorgenden Gesundheits- und Gewässerschutzes. Freiwillige Leistungsvergleiche (Benchmarking) sind das zentrale Instrument der Wasserversorgungsunternehmen, die betriebseigenen Strukturen und Prozesse zu verbessern.**

Benchmarking funktioniert am besten, wenn sich Wasserversorger freiwillig und vertraulich vergleichen. Dies trägt maßgeblich zu einer kostenbewussten und nachhaltigen Wasserversorgung sowie zur hohen Kundenzufriedenheit und einem dauerhaften Unternehmenserfolg bei.

In allen Bundesländern haben sich Länderbenchmarking-Projekte in der Wasserversorgung mit hohen Beteiligungsquoten etabliert. Dies macht deutlich, dass die Wasserversorger von dem Instrument Benchmarking überzeugt sind und daraus Verbesserungspotenziale für ihr Unternehmen ableiten. Die jeweiligen Projekte haben sich in den letzten Jahren erfolgreich weiterentwickelt, z. B. durch die Aufnahme von Kundenbefragungen oder durch Erfahrungsaustauschrunden.

## Weiterentwicklung der erfolgreichen Länder Benchmarking-Projekte

Bei der zukünftigen Fortentwicklung kann auch das DVGW-Hauptkennzahlensystem, das die Definitionen von Kennzahlen vereinheitlicht, positive Effekte haben. Einheitlich definierte Hauptkennzahlen sorgen dafür, dass sich die bestehenden Benchmarkingsysteme konvergent weiterentwickeln können. Dazu sollten die bisherigen Systeme vor Ort geprüft und – wo jeweils für notwendig erkannt – angepasst werden. Die jeweiligen Partner der Länderbenchmarking-Projekte wählen – wie bislang auch – dazu selber ihr Kennzahlenset aus. Diese länder-spezifische Herangehensweise sichert einerseits die bisherigen Erfolge und verfolgt andererseits den konsequenten Kurs der stetigen Weiterentwicklung.

Aktuelle und umfassende Informationen über das Versorgungsge-

biet mit seinen Strukturmerkmalen, die Trinkwasserqualität, die Unternehmensorganisation und die Erläuterung der jeweiligen Entgelte für die Wasserversorgung sind wesentlich für einen transparenten und vertrauensvollen Umgang mit den Kunden. Dazu haben BDEW und VKU konkrete Arbeitshilfen für diesen lokalen Dialog mit den Verbrauchern sowie der örtlichen Politik und Öffentlichkeit entwickelt. Die Branche möchte auch auf der Bundesebene Politik und Öffentlichkeit transparent und umfassend informieren. Einheitlich definierte Branchen-kennzahlen für Qualität, Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit, Kundenservice und Wirtschaftlichkeit können diese fünf Leistungsbereiche einer lokal bis regional geprägten Wasserversorgung auf Bundesebene aggregiert darstellen. Die regelmäßige Veröffentlichung dieser aggregierten Branchen-kennzahlen in dem „Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft“ trägt dem Informationsbedarf und der gewünschten Transparenz von Politik und Öffentlichkeit somit Rechnung.

BDEW, DVGW und VKU werben dafür, dass sich Wasserversorgungsunternehmen regelmäßig an Benchmarkingprojekten beteiligen. Ziel ist es, die derzeitige Beteiligungsquote in Bezug auf die versorgten Einwohner in den nächsten Jahren kontinuierlich zu steigern. Die Landesbenchmarking-Projekte und deren Weiterentwicklung bieten hierfür eine sehr gute Grundlage. BDEW, DVGW und VKU werben bei ihren Mitgliedern dafür, den lokalen Dialog mit den Verbrauchern sowie der örtlichen Politik und Öffentlichkeit weiter auszubauen und setzen sich auf Bundesebene für eine höhere Transparenz der Branche insgesamt ein. □

## Neues GET-Kompakt-Info Nr. 5 ist online

**Mehr Sicherheit durch Schachtabdeckungen  
mit RAL Gütezeichen**

Im neuen GET Kompakt-Info Nr. 5 stellt die RAL-Gütegemeinschaft Entwässerungstechnik (GET) kurz und knapp wichtige Aspekte zum Thema 'Dämpfende Einlagen bei Schachtabdeckungen' dar. Dämpfende Einlagen in Schachtabdeckungen puffern die Stöße beim Überfahren der Deckel auf der Straße. Funktionierende dämpfende Einlagen bedeuten deshalb für Kommunen und Autofahrer mehr Sicherheit und für Anwohner befahrener Straßen mehr Ruhe - statt ständigem „klack-klack“.

GET plädiert dafür, nur Schachtabdeckungen und Aufsätze nach RAL GZ 692 mit qualitätsgeprüften dämpfenden Einlagen zu verwenden. Denn: Nicht alles was gleich aussieht, ist auch gleich gut. Die Gründe dafür erläutert GET in der neuen Kompakt-Info Nr. 5, zu finden unter [www.fv-get.de/GET-News](http://www.fv-get.de/GET-News) und bei GET-Downloads. □

Gütesicherte Ausschreibung und Bauüberwachung:

## Qualität durch Qualifikation

Es liegt im Interesse von Städten und Kommunen, dass Abwasserleitungen und -kanäle von erfahrenen und zuverlässigen Fachleuten geplant, gebaut oder saniert werden. Ein Anspruch, der vom Regelwerk untermauert wird: Laut DIN EN 752:2008-04 (Abschnitt 1 5.1.10, Baulicher Zustand und Nutzungsdauer) müssen „Abwasserleitungen, Kanäle sowie andere Bauteile ... so geplant, gebaut, unterhalten und betrieben werden, dass der bauliche Zustand über die Nutzungsdauer aufrechterhalten wird.“

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, bedarf es Organisationen mit besonderer Erfahrung und Zuverlässigkeit hinsichtlich Ausschreibung und Bauüberwachung der Bauverfahren und Bauabläufe. Und zwar konkret in Bezug auf das Thema Kanalbau und die zur Anwendung kommende Verfahrenstechnik. Daher ist es sinnvoll, bereits ab der Planungs- und Ausschreibungsphase geeignete Rahmenbedingungen zu definieren.

### Qualität wird in der Planung erzeugt

Unter anderem hat der Ausschreibende dafür zu sorgen, dass geeignete Bauverfahren nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik eingesetzt werden. Planer und Ingenieurbüros sollten deshalb eine entsprechende Eignung nachweisen können. Das heißt: Sie müssen für Planung, Ausschreibung und Bauüberwachung von Bauleistungen qualifiziert sein und über umfassende, dem Stand der Technik entsprechende Kenntnisse, Fähigkeiten und die Berufserfahrungen verfügen, die erforderlich sind, um die jeweiligen Bauprojekte fachgerecht vorzubereiten und in der Ausführung zu überwachen. Deshalb ist es sinnvoll, auch die Eignung des Planers bereits bei der Beauftragung zu prüfen. Hierzu gibt die Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) folgende Möglichkeiten der Prüfung für den Planer vor: § 5 VOF – Nachweis der Eignung: (1) Zum Nachweis der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit (Eignung) dürfen nur Unterlagen und An-

gaben gefordert werden, die durch den Gegenstand des Auftrages gerechtfertigt sind.

Quelle: Vergabeordnung für freiberufliche Dienstleistungen - VOF - Ausgabe 2009

### Baustein RAL-Gütesicherung Kanalbau

Vor diesem Hintergrund wurde auf Initiative der Mitglieder-versammlung der Gütegemeinschaft Kanalbau mit „Ausschreibung und Bauüberwachung“ ein zusätzlicher Baustein zur Qualitätssicherung geschaffen und Anforderungen für Ingenieurleistung im Bereich Ausschreibung und Bauüberwachung im offenen Kanalbau (Gruppe ABAK), bei grabenlosem Einbau (Gruppe ABV) und der grabenlosen Sanierung (Gruppe ABS) von Abwasserleitungen und -kanälen in die Güte- und Prüfbestimmungen aufgenommen.

### Erfahrungen sprechen für sich

Was bedeutet das? Was bringt das Gütezeichen und rechnet sich das überhaupt? So lauten die Fragen, die von Organisationen gestellt werden, die sich für ein Gütezeichen interessieren. Antworten hierauf gibt wie so oft die Praxis. Eine zuverlässige Ausschreibung und Bauausführung bei der Verlegung dichter und dauerhafter Abwasserleitungen und -kanäle verbessert die Wirtschaftlichkeit der Baumaßnahme und sorgt für eine längere Nutzungsdauer der Abwassernetze. Auftraggeber können über das Gütezeichen prüfen, ob ihr künftiger Partner Erfahrung und Zuverlässigkeit

im Umgang mit der bei dieser Maßnahme zum Einsatz kommenden Verfahrenstechnik gegenüber dem Güteausschuss nachgewiesen hat.

Doch wie sieht das in der Praxis aus? Die RAL-Gütesicherung Kanalbau bietet Beurteilungsgruppen an, um die Eignung der Organisation für Leistungen der Ausschreibung und Bauüberwachung nachzuweisen.

Wichtig ist: Vor Vergabe von Leistungen bei Planung, Ausschreibung und Bauüberwachung sollte der Auftraggeber prüfen, ob die entsprechenden Organisationen die erforderlichen Eignungskriterien erfüllen. Die Organisation kann diesen Nachweis auf Grundlage der Gütesicherung RAL-GZ 961, Beurteilungsgruppen ABAK, ABV und ABS führen. Wie funktioniert das?

### Mit dem Prüffingenieur zum Ziel

Der Weg zur Erlangung eines RAL-Gütezeichens Kanalbau aus einer der genannten Beurteilungsgruppen wird durch die vom Güteausschuss beauftragten Prüffingenieure begleitet. Zu Beginn findet in der Regel eine telefonische Beratung statt durch den beauftragten Prüffingenieur aus der jeweiligen Region oder ein persönliches Vorgespräch mit den zuständigen Verantwortlichen im Büro.

Gesprächsinhalte sind die Klärung von Fragen zum Prozedere oder Informationen zu den Anforderungen der RAL-Gütesicherung, z. B. in Bezug auf das System zur Fehlervermeidung. Danach erfolgt eine Betrachtung der internen Abläufe; hierzu zählen Sichtung von Unterlagen zur Ausschreibung, Bauüberwachung und Abnahme. Werden die Anforderungen der RAL-GZ 961 in Bezug auf die Qualifikation des Personals, die Referenzen aus den letzten drei Jahren sowie die Bauüberwachung von Projekten erfüllt, kann das gewünschte Gütezeichen beantragt werden.

Die folgende Erstprüfung setzt sich dann aus verschiedenen Bausteinen zusammen. Vorhandene Qualitätsmanagementsysteme werden geprüft, ebenso wie die Qualität von Ausschreibungen auf Basis der Leistungsverzeichnisse und Planunterlagen. Besondere Erfahrungen der Organisation bzw. des eingesetzten Personals werden durch Belege über entsprechende Tätigkeiten nachgewiesen. Zudem erfolgen schriftliche Referenzanfragen an Auftraggeber mit Bestätigung der Ausschreibungs- und Bauüberwachungsleistung.

Die Zuverlässigkeit des eingesetzten Personals wird durch Vorlage entsprechender Referenzen – zum Beispiel Zeugnisse – nachgewiesen. Regelmäßige Schulungen zur Aufrechterhaltung der Qualifikation gehören ebenso zum Profil der Gütezeicheninhaber. Entsprechend qualifizierte Organisationen führen nach der Gütezeichenverleihung aktiv ein zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem zur Fehlerminimierung.

### Verleihung des Gütezeichens

Abschließend werden die Ergebnisse der Firmenbesuche protokolliert. Die Beurteilung der Qualifikation erfolgt unter Berücksichtigung sämtlicher Erkenntnisse in einem zusammenfassenden Bericht. Ausfertigungen erhalten Antragsteller und der Güteausschuss der Gütegemeinschaft Kanalbau.

Fällt die Prüfung des Güteausschusses positiv aus, verleiht der Vorstand der Gütegemeinschaft dem Antragsteller auf Vorschlag des Güteausschusses das Gütezeichen. Die Verleihung wird beurkundet und in der Gütezeicheninhaber-Suche auf [www.kanalbau.com](http://www.kanalbau.com) veröffentlicht. Nach einer Gütezeichenverleihung erfolgen dann – entsprechend der Vorgaben der Güte- und Prüfbestimmungen RAL-GZ 961 – situationsabhängig, mindestens aber einmal pro Jahr Firmenbesuche in den Beurteilungsgruppen ABAK, ABV und ABS. Erneute Prüfungen in Bezug auf das System zur Fehlervermeidung und Sichtung von Unterlagen zur Ausschreibung werden jährlich durchgeführt.

Beim jährlichen Firmenbesuch prüft und bewertet der vom Güteausschuss beauftragte Prüffingenieur stichprobenweise die Einhaltung und Dokumentation der der jeweiligen Beurteilungsgruppe zugehörigen Anforderungen, einschließlich der Dokumentation der Eigenüberwachung und der Meldungen von Projekten. Die Unterlagen werden auf Vollständigkeit geprüft und bewertet.

### Qualifikation bzw. Eignung vorausgesetzt

Die nachhaltige Planung und Ausführung von Abwasserentsorgungssystemen erfordert komplexes Fachwissen, das sowohl wasserwirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt als auch material- und bautechnische Aspekte. Oft entscheidet sich erst nach der Gewährleistungsabnahme, ob die vorgesehene Nutzungsdauer erreicht werden kann. Und dieses Resultat lässt sich nur dann erzielen, wenn in allen Bereichen mit entsprechendem Qualitätsbewusstsein gearbeitet wird. Letztendlich entscheidet bei der Vergabe von Erneuerungs- bzw. Instandhaltungsmaßnahmen von Abwasserleitungen und -kanälen derjenige über die Nachhaltigkeit einer Maßnahme, der auch investiert.

Auftraggeber wollen ihre Maßnahmen in erfahrenen Händen wissen. Die Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 bietet Auftraggebern deshalb bei der Vergabe von Leistungen der Ausschreibung und Bauüberwachung im Kanalbau eine unabhängige Eignungsprüfung. Gütezeicheninhaber werden auf der Seite [www.kanalbau.com](http://www.kanalbau.com) veröffentlicht. Auftraggeber machen vor Vergabe entsprechender Leistungen hiervon zunehmend Gebrauch und prüfen über das RAL-Gütezeichen die spezifische Qualifikation der Büros. □



Ein vom Güteausschuss der Gütegemeinschaft beauftragter Prüffingenieur im persönlichen Gespräch mit den zuständigen Verantwortlichen im Büro. Bild: Güteschutz Kanalbau

### Innerstädtische Isar:

## Aufwertung wird vorangetrieben

Die Isar ist die Lebensader Münchens. Früher wurden wir über den Fluss versorgt, heute fließt er in der Stadt durch renaturierte Isarauen. Leider erkennt man die Isar gerade im innerstädtischen Bereich nicht richtig; die Stadt versteckt ihren Fluss ein bisschen. Dort kann man zu wenig verweilen oder beispielsweise einen Kaffee trinken. Die Aufenthaltsqualität sollte aufgewertet werden, ohne diesen Raum zu kommerzialisieren.

Das Baureferat hat eine umfangreiche Vorlage zur „Rahmenplanung innerstädtischer Isarraum“ vorgelegt und ist damit auf diverse Anträge der Stadträte eingegangen. Im Kern stehen die Fragen zur Nutzbarkeit, Verschönerung und Aufwertung. Doch die Vorlage war den Stadträten hinsichtlich Zeitplan und Maßnahmen zu wenig konkret. Deshalb hat der gemeinsame Planungs- und Bauausschuss der Verwaltung heute den Auftrag erteilt, bis 2016 einen „Isarplan II Innenstadt“ auszuarbeiten. Zwei entscheidende Forderungen der CSU Fraktion – die in einem Änderungsantrag eingebracht wurden – konnten sich durchsetzen: Die Prüfung der Machbarkeit eines Cafés über der Isar und das Isarflussbad.

### Aufwertung öffentlicher Räume

Bürgermeister Josef Schmid zu diesem Thema: „Die Aufwertung öffentlicher Räume ist ein zentrales Anliegen bürgernaher Politik. Deswegen freue ich mich sehr, dass der Stadtrat heute beschlossen hat, die Planungen zur innerstädtischen Isar voranzutreiben. Die Isar ist ein wichtiger Teil Münchner Lebensqualität. Von einer verantwortungsvollen und mutigen Aufwertung der Isar – z.B. mit einem Isarflussbad auf der westlichen Höhe des Deutschen Museums – profitiert die gesamte Stadt. Mit dem heuti-

gen Beschluss ist die Isar wieder ein Stück näher an München gerückt.“

### Café im Visier

Stadtrat Michael Kuffer, stellvertretender Vorsitzender der CSU Fraktion im Planungsausschuss, ist erfreut über die Zustimmung zu einem Café: „Wir stellen uns ein Café auf einer Plattform vor, die an der Westseite über die Isar ragt. Die Menschen schweben über dem Fluss und können ihn intensiv wahrnehmen. Funktioniert ein Café an einer Stelle, kann man sich Gedanken über weitere Standorte machen. Die Stadt muss jedoch immer darauf achten, die Nutzung genau zu überwachen. Schließlich soll dort keine Feier-Gastronomie entstehen. Die Anwohner dürfen nicht weiter belastet werden.“

### Isar erlebbarer machen

Wie Kuffer weiter ausführte, „muss auch bei den Verkehrsplanungen darauf geachtet werden, nicht unverhältnismäßig in den Verkehrsfluss auf der parallel zum Fluss verlaufenden Isartangente einzugreifen. Die CSU-Fraktion setzt sich bei den weiteren Beschlüssen dafür ein, die innerstädtische Isar erlebbarer und lebenswerter zu machen. Was jedoch immer in geordneten Bahnen geschehen muss.“ □

### Umweltministerin Ulrike Scharf:

## Hochwasserschutz Coburg kommt voran

Beim Hochwasserschutz für die Stadt Coburg greift ein Rad in das andere. Das betonte die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf in Coburg. „Hochwasserschutz ist Menschen-schutz. Für den Schutz der Coburger Bürger wurden bis heute schon mehr als 100 Millionen Euro investiert. Es geht auch in Zukunft mit Riesenschritten voran. Die nächsten Bauabschnitte sind bereits genehmigt und die Finanzierung ist gesichert. Das sind gute Nachrichten für die rund 700 Coburger, die entlang der Lauter leben“, so Scharf.

Der Hochwasserschutz für die Stadt Coburg besteht aus vielen Einzelprojekten und wird im Wesentlichen durch die großen Hochwasserrückhaltebecken Froschgrundsee und Goldbergssee mit Lauterüberleitung gewährleistet. Zusätzliche Maßnahmen sind jedoch auch innerorts notwendig. Bei dem aktuell fertiggestellten Bauabschnitt gehen technische und natürliche Maßnahmen Hand in Hand.

Scharf: „Durch die ökologische Umgestaltung der Lauter auf einer Länge von rund 150 Metern wird der Fluss wieder ein Stück natürlicher. Gleichzeitig profitieren die Menschen von der neuen Ufermauer. Die Mauer schützt rund 10 Anwesen vor Hochwasser wie im Jahr 2003, darunter auch eine Schule.“

Auf beiden Seiten der Lauter wurde auf einer Gesamtlänge von rund 290 Metern eine neue Hochwasserschutzmauer errichtet. Insgesamt haben die Maßnahmen rund 2,7 Millionen Euro

gekostet. Sie wurden EU-kofinanziert.

Ein vollständiger Hochwasserschutz für die Stadt Coburg vor einem hundertjährigen Hochwasser ist erst erreicht, wenn die Gesamtmaßnahme abgeschlossen ist. Deshalb unterstrich Scharf: „Der Hochwasserschutz hat in Zeiten des Klimawandels höchste Priorität. Wir müssen uns mit regionalen Maßnahmen auf die Änderung des Klimas vorbereiten. Die beiden letzten Bauabschnitte sollen zügig umgesetzt werden. Die erforderlichen rund 5 Millionen Euro stehen bereit.“

Das zuständige Wasserwirtschaftsamt Kronach bereitet derzeit die Ausschreibungsunterlagen für den dritten Abschnitt zwischen Raststraßenbrücke bis einschließlich der Straßenbrücke am Kanonenweg vor. Der letzte Abschnitt reicht bis zur Callenberger Straße. Bis zum Jahr 2020 sollen alle Maßnahmen abgeschlossen sein. □

# Qualität fordern, Werte schaffen



25 Jahre  
Auftraggeber  
und  
Auftragnehmer  
gemeinsam  
für Qualität

Gütesicherung  
Kanalbau  
RAL-GZ 961

[www.kanalbau.com](http://www.kanalbau.com)



Positionspapier des Deutschen Städtetages:

## Hochwasservorsorge und Hochwasserrisikomanagement

Nach Auffassung des Deutschen Städtetages ist es erforderlich, dass der Bund bei seiner Koordinierungsfunktion beim Hochwasserschutz nicht nur die Länder, sondern auch die Kommunen einbezieht. Dies geht aus einem aktuell veröffentlichten Positionspapier des Verbandes mit dem Titel „Hochwasservorsorge und Hochwasserrisikomanagement“ hervor.

Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Hochwasservorsorge sollten in enger Abstimmung mit den Städten durchgeführt werden und laut Städtetag vor allem folgende Punkte umfassen: Erhalt und Erhöhung der Retentionsvolumina und die Verbesserung der natürlichen Abflussbedingungen in Verbindung mit der Landesentwicklungsplanung; Ausbau der gesteuerten Flutpolder und der Deichrückverlegungen; finanzielle Unterstützung des Bundes und der Länder für den städtischen Hochwasserschutz, insbesondere

bei der Vorhaltung von technischen und mobilen Hochwasserschutzanlagen in den Städten; Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des Schutzstandards bei Eigenvorsorge und öffentlicher Infrastruktur (Objektschutz).

Wie der Städtetag darlegt, sind in vielen Fällen bei technischen Hochwasserschutzbauten in urbanen Gebieten aus städtebaulichen oder landschaftspflegerischen Gründen mobile Anlagenteile (z. B. Dammbalkensysteme) notwendig, um die Akzeptanz und die Genehmigungsfähigkeit zu errei-

chen. In diesem Kontext seien immer wieder Versuche der Länder festzustellen, Aufgaben auf die kommunale Ebene zu verlagern, etwa die Zuständigkeit für Lagerung, Unterhaltung und laufenden Betrieb der mobilen Elemente einer Hochwasserschutzanlage.

### Finanzielle Unterstützung

Die Gemeinden leisteten bereits einen großen Anteil durch den Aufbau der mobilen Elemente mit gemeindlichen Kräften im Hochwasserfall und die Sicherung der gesamten Hochwasserschutzanlagen, zum Beispiel durch kommunale Wasserwehren. Statt zusätzliche Aufgaben ohne Kostenübernahme „nach unten“ zu delegieren, seien die Länder und der Bund gefordert, zumindest einen Teil der zunehmend höheren Kosten für den vorsorgenden Hochwasserschutz, aber auch die Nachsorge zu übernehmen. Durch die Zunahme der regionalen Starkregenereignisse würden die Aufräum- und Reparaturkosten an den Gewässern in kommunaler Zuständigkeit immer höher; viele Städte seien deshalb nicht mehr in der Lage, diese Kosten zu tragen und benötigten finanzielle Unterstützung durch die Länder und den Bund.

Eine besondere Verantwortung in der Bewältigung von Hochwasserereignissen tragen laut Positionspapier die Institutionen der öffentlichen Infrastruktur (z. B. Verkehr, Energie, Wasser, Abwasser, Abfall und Telekommunikation). Deshalb würden diese auch intensiv in kommunale Planungen der Hochwasservorsorge und der Hochwasserabwehr einbezogen.

Zur Unterstützung der privaten Eigenvorsorge sollten diese Institutionen zudem verpflichtet werden, bereits vorsorgend vor Hochwasser möglichst konkrete Informationen bereitzustellen, unter welchen Bedingungen ihre jeweils verantworteten Infrastrukturen nicht oder nur noch eingeschränkt funktionieren. Nur dann könnten sich Betroffene darauf einstellen und eine entsprechende Eigenvorsorge vorbereiten. Darüber hinaus müsse die Eigenvorsorge in den betroffenen Wohn-, Gewerbe- und Industriegebieten deutlich ge- und verstärkt werden.

### Spielräume schaffen

Da es einen hundertprozentigen Überflutungsschutz auch nicht in Städten geben kann, sei auch der Objektschutz durch private und öffentliche Grundstückseigentümer im Rahmen ihrer Eigenvorsorge unverzichtbar, wie das Beispiel Starkregenereignis deutlich zeigt, so der Deutsche Städtetag. Das eigentlich relevante Potenzial, um Hochwasser von bebauten Flächen fernzuhalten, liege in den natürlichen Einzugsgebieten außerhalb der Siedlungen. Jedoch müsse Stadtpolitik die Frage beantworten, wie die Verpflichtung zum vorbeugenden Hochwasserschutz konkret aussieht und gelebt wird.

Die damit einhergehende Verantwortung für einen effektiven Hochwasserschutz erfordere aber auch, dass die Städte ausreichende Spielräume für die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen erhalten. Die damit verbundene Abwägungs- und Maßnahmenkaskade könne letztlich allerdings nur dann erfolgreich sein, wenn Bund und Länder die dafür notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

Dazu zählen:

- die optimale Berücksichtigung des Hochwasserschutzes im Rahmen der Raumordnung,
- die Ausweisung bzw. Schaffung von weiteren gesteuerten

Flutpoldern,

- klare und auskömmliche Entschädigungsregelungen für Landwirte bei Überflutung landwirtschaftlicher Nutzflächen zum Extremhochwasserschutz,

- die Umsetzung der vorhandenen Hochwasserschutzkonzepte und Hochwasserrisikomanagementpläne und die Finanzierung geeigneter Maßnahmen wie Deichrückverlegung, Deichertüchtigung, Bau von Rückhalteeinrichtungen usw.,

- die Entwicklung differenzierter Schutzziele für einen öffentlichen Hochwasserschutz für unterschiedliche Einrichtungen und Nutzungen (Industrieanlagen, Kläranlagen, Krankenhäuser, usw. auf der einen Seite; Sportanlagen, Kleingärten, usw. auf der anderen Seite) sowie für den räumlichen Umfang des öffentlichen Schutzanspruches,

- die (online-basierte) Bereitstellung ortskonkreter Informationen zur räumlichen und zeitlichen Entwicklung der Hochwasserrisiken, insbesondere die Verbesserung der Grundwasserüberwachung,

- die angemessene Ausstattung der Raumordnungs- und Wasserbehörden mit qualifiziertem Personal (technischer Sachverstand),

- die finanzielle Unterstützung der von Hochwasserereignissen betroffenen Städte im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs,

- den Kommunen den Zugriff auf notwendige Flächen zu ermöglichen sowie

- die Genehmigungsverfahren für wasserbauliche Maßnahmen und Hochwasserschutzmaßnahmen zu straffen und zu beschleunigen.

### Abstimmung mit kommunaler Ebene

Der Deutsche Städtetag begrüßt ausdrücklich die Absicht von Bund und Ländern, durch die Verabschiedung eines Nationalen Hochwasserschutzprogramms den vorbeugenden Hochwasserschutz in Deutschland weiter zu verbessern. Er hält es für zwingend erforderlich, dass die Identifikation und Priorisierung von Maßnahmen, die in das Nationale Hochwasserschutzprogramm aufgenommen werden sollen, mit der kommunalen Ebene abgestimmt werden.

Kommunale Hochwasserschutzprojekte, die eine deutliche Verbesserung des Überflutungsschutzes bringen würden, scheitern oftmals am Widerstand von Grundstückseigentümern und an der Finanzierung. Nach Ansicht des Deutschen Städtetages reichen die vorhandenen bundes- und landesrechtlichen Grundlagen vielfach nicht aus, um Duldungspflichten für Maßnahmen des Hochwasserschutzes gegenüber Grundstückseigentümern durchzusetzen, wenn Eigentumsverfahren sich als zu langwierig erweisen würden. Mittels einer entsprechenden Ausgestaltung der Duldungspflicht könnte man so z. B. den Bau einer niedrigen Hochwasserschutzmauer mit mobilen Spundwänden, die im Hochwasserfall aufgesteckt werden, durchsetzen.

### Präzisierungsbefehl

Zudem müsse die Möglichkeit verbessert werden, Unterhaltungskosten für Hochwasserschutzanlagen durch Satzung von den Städten zielgerichtet auf die Anlieger umlegen zu können. Hier bestehe im Hinblick auf Rechtssicherheit und Rechtsklarheit Präzisierungsbefehl. Zu diesem Zweck sollten die Länder in ihren Wassergesetzen einen Kostenmaßnahmenschlüssel und einen einfach zu ermittelnden Kostenverteilungsmaßstab vorgeben, der das Schadenpotenzial, bezogen auf die geschützten Grundstücke, indikativ widerspiegelt. **DK**

### DWA-Regelwerk / Neuerscheinung:

## Sanierung von Abwasserleitungen und -kanälen mit Lining- und Montageverfahren

Zur statischen Berechnung von Linern und Montageverfahren mit beliebigen Querschnitten hat die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) ein neues Arbeitsblatt DWA-A 143-2 mit dem Titel „Sanierung von Entwässerungssystemen außerhalb von Gebäuden - Teil 2: Statische Berechnung von Lining- und Montageverfahren“ herausgegeben. Es ersetzt das Merkblatt ATV-M 127-2 aus dem Jahr 2000.

Nach DIN EN 752 werden Sanierungsverfahren in Reparaturverfahren, Renovierungsverfahren und Erneuerungsverfahren unterteilt. Für durch Lining in Altrohren eingebaute Neurohre sind zurzeit die folgenden Renovierungsverfahren bekannt:

- Schlauchverfahren (Schlauch-Lining),
- Einzelrohrverfahren (Einzelrohr-Lining),
- Rohrstrangverfahren (Rohrstrang-Lining),
- Close-Fit-Verfahren (Close-Fit-Lining),
- Wickelrohrverfahren (Wickelrohr-Lining),
- Verfahren mit fest verankerter Kunststoffauskleidung (Lining mit fest verankerter Kunststoffauskleidung, z. B. Noppenbahnverfahren, Wickelrohrverfahren als Korrosionsschutz),
- Montageverfahren (Rohrsegment-Lining).

Die Neuaufgabe des Merkblatts enthält das Konzept der Teilsicherheitsfaktoren für die Einwirkungen (Lasten) und die Widerstände (Festigkeiten, Verformungskennwerte) nach Eurocode 1. Die Teilsicherheitsbeiwerte sind so gewählt, dass der bewährte Sicherheitsstandard näherungsweise beibehalten wird. Nun ist zwingend zwischen charakteristischen Werten (Gebrauchsgrößen) und mit Teilsicherheitsbeiwerten versehenen Bemessungswerten (Index d) zu unterscheiden. Ferner wurden neue Regelungen für den Schwerlastverkehr eingeführt. Jetzt wird die Doppelachse nach Lastmodell 1 nach DIN EN 1991-2 zugrunde gelegt.

Weitere praxisbezogene Erweiterungen und Präzisierungen sind:

- Erweiterte und präzisiertere Vorschriften für Imperfektionen,
- Ergänzung von Beiwerten für UP-GF-Liner,
- Ergänzung von Beiwerten für Eiquerschnitte,
- Hinweise auf Beanspruchungen in Längsrichtung des Liners,
- Hinweise zur Anwendung von eingeführten Berechnungsmethoden wie die Finite-Elemente-Methode,
- Hinweise zur Wahl der Exzentrizität der angenommenen Altrohrgehänge im Altrohrzustand III,
- Liner für Druckentwässerungen,
- Hilfestellungen für die Fälle: Althrore mit untypischem Bruchbild (z. B. erhebliche Scherbenbildung), deutlicher Korrosion, stark reduzierter Festigkeit und sehr großen Verformungen – die Althrore werden als „Kies“ betrachtet.

Das Arbeitsblatt richtet sich an Fachleute, die mit der Aufstellung und Bewertung von Standsicherheitsnachweisen für die erwähnten Sanierungsverfahren betraut sind. **□**

### DWA-Bundestagung in Berlin:

## Informativer Dialog

Der Dialog zwischen Wasserwirtschaft und Politik stand im Mittelpunkt der diesjährigen Bundestagung der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) in Berlin. An zwei Tagen erwartete die zahlreichen Teilnehmer ein vielfältiges Programm mit renommierten Referenten.

Die Bundestagung gilt als einer der bedeutendsten Treffpunkte der deutschen Wasserwirtschaft. Im Vorprogramm konnte der Workshop „Junge und Erfahrene im Dialog“ besucht werden, der sich dem Thema „Berufschancen in der Wasserwirtschaft“ widmete. Parallel zur Bundestagung präsentierten ausgewählte Firmen zudem ihre Produkte und Dienstleistungen für die Branche.

### Hauptprogramm

Das Hauptprogramm begann mit einem politischen Impulsvortrag von Dr. Helge Wendenburg (Bundesumweltministerium) zum Thema „Wasserpolitik in Deutschland - Eine Halbzehntbilanz der großen Koalition“. In einer anschließenden Diskussionsrunde tauschten die wasserpolitischen Sprecher der CDU/CSU (Karsten Möring), SPD (Hiltrud Lotze) und Bündnis 90/Die Grünen (Peter Meiwald) unter der Leitung von Dr. Frank Andreas Schendel, Leiter des Berliner DWA-Büros, über die wasserpolitischen Ziele und Positionen der Fraktionen ihre Argumente aus und diskutierten mit den Tagungsteilnehmern.

Als besonders aktuell kristallisierten sich die Themen Fracking und die lang erwartete Klärschlammverordnung, wozu kürzlich eine mündliche Anhörung im Bundesumweltministerium stattfand, heraus. **DK**

Am zweiten Tag des DWA-Bundestreffens wurde das 15-jährige Jubiläum der europäischen Wasserrahmenrichtlinie zum Anlass genommen, auch hier ein Resümee zu ziehen. Aus europäischer und nationaler Perspektive blickten u. a. Vertreter der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission, des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein sowie des regionalen Wasserwirtschaftsverbands Emschergenossenschaft und Lippeverband aus verschiedenen Blickwinkeln auf den aktuellen Stand der Entwicklung und Umsetzung.

### Weitere Sichtweisen

Weitere Themen, mit denen sich die Wasserwirtschaftler beschäftigten, waren außerdem: Personalmanagement unter den Bedingungen des demografischen Wandels, Cybersicherheit für kritische Infrastrukturen sowie Mikroplastik in Gewässern und Abwasser. Mit der Direktorin des Instituts für Beschäftigung und Employability, Professorin Dr. Jutta Rump und Martin Apel, Referat Schutz kritischer Infrastrukturen, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, Bonn, referierten auf der DWA-Bundestagung zwei Experten außerhalb des Wasserfachs und eröffneten damit andere Sichtweisen. **DK**

## Trinkwasserbrunnen am Marienhof

Wer im Sommer schon einmal als Tourist in Rom war, hat sicherlich an der einen oder anderen Stelle das frische Wasser aus den vielen öffentlichen Trinkwasserquellen genossen. Auch in München soll es ab 2016 am Marienhof eine Trinkwasserquelle geben. Dies hat der Bauausschuss des Münchner Stadtrats beschlossen. Aufgrund eines Änderungsantrages der CSU wird der Trinkwasserbrunnen nicht am Rindermarkt, sondern am Marienhof platziert.

„München hat eine hervorragende Wasserqualität. Doch leider gibt es sehr wenige öffentliche Trinkwasserquellen. An vielen Brunnen könnte man das Wasser trinken, doch es fehlt der Hinweis auf die hervorragende Qualität des Wassers. Wir sind sehr froh, dass München in seinem Zentrum nun auch einen für jedermann zugänglichen Trinkwasserbrunnen bekommen wird. Uns war als CSU wichtig, dass dieser an einem zentralen Platz, wo sich viele Menschen aufhalten und verweilen, errichtet wird. Denn nur so wird er angenommen werden. Der ideale Platz in München ist dafür der Marienhof“, so die stv. Fraktionsvorsitzende und Ausschussvorsprecherin Stadträtin Dr. Evelyne Menges. **□**

# Die Metropolregion München entdecken!

Neues Booklet stellt die Vielfalt der Region vor

Die Metropolregion München „Macht mehr Miteinander“ – nicht nur im Bereich der Mobilität und eines durchgängigen ÖPNV-Tarifs, sondern auch in der Darstellung der Region nach außen. Dies zeigen der Europäische Metropolregion München (EMM) e.V. und seine Mitglieder nun auch mit dem neuen Booklet „Die Metropolregion entdecken“, das in Form gebundener Postkarten die Highlights der 32 Landkreise und Städte der Region zusammenfasst und die große Vielfalt der Metropolregion aufzeigt.

Da heißt es auf einer der 32 Postkarten im Booklet „Macht mehr LA.“, eine andere verspricht „Macht mehr Bestnoten“, eine dritte „Macht mehr Gipfelstürmer.“ Mit jeder dieser Aussagen und einem typischen Bildmotiv präsentiert sich ein Landkreis oder eine Stadt der Metropolregion München. Auf der Rückseite der Karten finden sich interessante Informationen – von Sehenswerten über Bildungsangebote bis zu wirtschaftlichen oder geografischen Eckdaten – über jede Stadt,

jeden Landkreis der Metropolregion. In ihrer Summe ergeben sie, was die Metropolregion München ausmacht: „Mehr Region. Mehr Möglichkeiten.“

**In der Region kooperieren, sich gemeinsam präsentieren**

Das Booklet „Die Metropolregion entdecken“ entstand in enger Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsförderern und Regionalmanagern der Region. Sie kommen regelmäßig zu Workshops zusam-

men und sind wichtige Ansprechpartner in den Landkreisen und Städten der Metropolregion München.

**Landkreise und Städte zeigen ihre Besonderheiten**

Wer „Macht mehr LA.“? „Landshut zeigt sich als Einkaufsstadt mit spektakulärer Kulisse, das bringt das Statement zum Ausdruck“, sagt Petra Zweckl, Wirtschaftsförderin bei der Stadt Landshut. „Dadurch wird auch überregional für einen Besuch der Stadt Landshut erworben. Für die Stadt Landshut ist eines der wichtigsten Ziele und Projekte im EMM e.V., dass mit nur einem ÖPNV-Ticket die ganze Region mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden kann. Dies wird durch die Schaffung eines Dachtarifs, der aktuell erarbeitet wird und in den kommenden Jahren umgesetzt werden soll, möglich. Dieses gemeinsame Ticket wäre auch für die touristischen Aktivitäten von „LA“ von großem Vorteil!“

**Globale Strahlkraft**

Gleicher Meinung ist Christian Weber, zuständig für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung im Landkreis Dillingen an der Donau: „In zentralen Themen wie beispielsweise dem Breitbandausbau oder der Durchgängigkeit des ÖPNV sieht der Landkreis Dillingen an der Donau die Herausforderung der Metropolregion München. Das sind sehr wichtige Projekte. Die Metropolregion München ist der führende Wirtschaftsraum in Europa. Gerade die einzelnen Teilräume können von der globalen Strahlkraft der Landeshauptstadt München profitieren und ihre eigenen Stärken einbringen. Durch eine gemeinsame Identitätsbildung zwischen den Ballungszentren und den ländlichen Räumen entsteht eine Win-Win-Situation, von der alle Be-

teiligten profitieren. Durch eine gute Vernetzung stärkt der Landkreis Dillingen an der Donau dabei seine Position innerhalb und außerhalb der Metropolregion München.“

Ein gutes Beispiel dafür sei das Thema Bildung, auf das auch die Aussage „Macht mehr Bestnoten“ anspielt, mit der sich der Landkreis im Postkartenbooklet der Metropolregion präsentiert. „Der Landkreis Dillingen a.d. Donau legt ganz besonderen Wert auf ein vielfältiges Angebot an schulischer und außerschulischer Bildung und wird somit auch gerne als „Bildungslandkreis“ bezeichnet. Aber auch in vielen weiteren Bereichen erhält der Landkreis Bestnoten“, so Weber.

**Verpflichtung zur Zusammenarbeit**

Richard Weißenbacher, Wirtschaftsförderer und Klimaschutzmanager beim Landkreis Rosenheim, sieht die Aufgaben und Themen in der Metropolregion sehr breit gelagert: „Die vielen gemeinsamen Themen wie Verkehrsbelastung, knapper Wohnraum, Siedlungsdruck, Pendlerströme, Wirtschaftsbeziehungen, kulturelle Vielfalt usw. verpflichten uns zu einer Zusammenarbeit. Und die Region Rosenheim wird als Mitglied des EMM e.V. auch international als Wirtschaftsstandort noch besser wahrgenommen. Sehr wichtig ist der Austausch im Bereich Wirtschaftsförderung und Klimaschutzmanagement. Gerade in diesen Fachbereichen ist eine erfolgreiche Arbeit vor Ort nur möglich, wenn man über den Tellerrand hinausschaut und in größeren Zusammenhängen überlegt, was zu tun ist.“

Und warum präsentiert sich der Landkreis Rosenheim mit dem Satz „Macht mehr Gipfelstürmer“? „Dieses Motto bezieht sich selbstverständlich nicht nur auf Tausende von Bergsportlern, die unsere Voralpen erklimmen. Auch unsere innovativen Wirtschaftsbetriebe, darunter etliche Weltmarktführer, stehen für das Erreichen immer höherer Produktqualitäten. Hier machen sich zahlreiche Startups mit neuen Ideen und Technologien zum „Sturm“ ihres Unternehmens auf!“, machte Weißenbacher deutlich. □



V. l.: OB Andreas Starke, Oliver Stief (Bosch), Prof. Dr. Wolfgang Spindler (Capella Antiqua Bambergensis), Walter Schweinsberg (Mediengruppe Oberfranken), Thomas Salzbrenner (Salzbrenner Stagetec), Dr. Ulrich Schaarschmidt (Wieland Electric), Wolfgang Salzbrenner (Salzbrenner Stagetec), Dr. Michael Swoboda (Brose), Landrat Johann Kalb. Bild: Rudolf Mader

## Botschafter werben für Bamberg

Das Jahrestreffen der Botschafter für Bamberg ist mittlerweile zur festen Institution geworden. Landrat Johann Kalb und Oberbürgermeister Andreas Starke luden dieses Jahr in das Hotel Schloss Reichmannsdorf ein und nahmen insgesamt sieben neue Persönlichkeiten in die Riege der Botschafter auf.

Sie ernannten die beiden Brüder Thomas und Wolfgang Salzbrenner vom gleichnamigen Unternehmen aus Buttenheim zum Botschafter. Die Firma ist europaweiter Marktführer in der professionellen Audio- und Übertragungstechnik. Prof. Wolfgang Spindler darf sich ebenfalls ab sofort „Botschafter für Bamberg“ nennen: er ist Gründer und Leiter der Capella Antiqua Bambergensis im Schloss Wernsdorf, Organist an der ehemaligen Benediktiner-Abtei St. Michael zu Bamberg und seit drei Wochen Preisträger des Capella Antiqua Bambergensis im Schloss Wernsdorf, Organist an der ehemaligen Benediktiner-Abtei St. Michael zu Bamberg und seit drei Wochen Preisträger des deutschen Medienpreises „Leopold 2015“ zusammen mit seinem Botschafterkollegen Paul Maar. Johann Kalb überreichte außerdem Dr. Michael Swoboda von Brose Fahrzeugteile GmbH & Co. KG in Hallstadt die offizielle Botschafterurkunde. Er ist seit September 2014 Leiter des größten Arbeitgebers im Landkreis und wird zukünftig auch das neue Werk in Bamberg leiten.

Bamberg, zum neuen Botschafter. Das Bamberger Bosch-Werk ist der zweitgrößte Standort in Deutschland und größter Arbeitgeber in Bamberg und Oberfranken.

Der Festredner des Abends, Kreisheimatpfleger und Kulturreferent des Bezirks Oberfranken, Prof. Günter Dippold ging in seinem kurzweiligen Vortrag auf die Vorzüge der Region Bamberg ein und stellte die Wichtigkeit der einzelnen Gemeinden und Städte – bereits im 19. Jahrhundert – heraus. Gerade die Vielfältigkeit mache den Wirtschaftsstandort zu etwas Besonderem, dennoch sei es wichtig, Gemeinsamkeiten herauszustellen. Zum Schluss ermutigte Herr Dippold alle Botschafterinnen und Botschafter, mit „stolz geschwellter Brust“ die vielfältigen Vorzüge der Region nach außen zu tragen.

**Was verbirgt sich hinter dem Botschafter-Projekt?**

Im Oktober 2002 haben die Wirtschaftsförderungen von Stadt und Landkreis Bamberg die Aktion „Botschafter werben für den Wirtschaftsraum Bamberg“ ins Leben gerufen mit dem Ziel, die Region als begehrten Wirtschaftsstandort weiter ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Die Aktion stößt nach wie vor auf sehr großes Interesse. Es beteiligen sich sowohl Geschäftsführer und Inhaber von renommierten Unternehmen der Region als auch Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Sport und Kultur. Sie alle haben sich bereit erklärt, ihre nationalen und internationalen Kontakte zu nutzen, um als Botschafter für die Region Bamberg zu werben. □

**Internationalisierung**

Oberbürgermeister Andreas Starke berief Dr. Ulrich Schaarschmidt von der Wieland Electric GmbH zum neuen Botschafter: er ist seit 2012 Geschäftsführer, betreut die Auslandsgesellschaften und treibt die weitere Internationalisierung des Herstellers für Steckverbindungen voran. Ebenfalls wurde Walter Schweinsberg von der Mediengruppe Oberfranken mit dem Botschaftertitel bedacht. Die Mediengruppe wurde dieses Jahr mit dem Preis „TOP 100“ ausgezeichnet. Schließlich ernannte Andreas Starke noch Oliver Stief, den neuen kaufmännischen Leiter der Robert Bosch GmbH in

Geschäfts erfordern Mut, Hartnäckigkeit und die Passion, die Lebensqualität im Ort verbessern zu wollen.

**Renaissance der Nahversorgung**

Die hohe Discountdichte in Deutschland muss bei der Akzeptanz eines Dorfladens nicht unbedingt ein Hindernis darstellen, ermutigte Wolfgang Gröll, freier Dozent und Berater im Einzelhandel. Der Trend im Einzelhandel geht derzeit hin zur Regionalisierung, da Kunden vermehrt bewusst, gesundheitsbetont und herkunftsentwickelt einkaufen. Hier liegt u.a. auch eine wichtige Stärke von Dorfläden.

Ein Dorfladen muss von der Bevölkerung gewünscht werden. Erst dann geht es an die Klärung von Details wie Standort oder Betreiberform. Fachleute empfehlen die

kombinierte Verwaltungsstruktur von Unternehmensgesellschaft & Still („Bürgergemeinschaft“).

Während frühe Dorfläden wie kleine Supermärkte mit Zusatzfunktion betrieben wurden, stehen inzwischen Regionalität und Wertschöpfung im Vordergrund. Wolfgang Gröll empfiehlt eine strategische Preisgestaltung. Zucker, Butter und Mehl sollten günstig verkauft werden, was Vorurteile der Kunden abbaut. Bei regionalen Produkten ist der Kunde durchaus bereit einen angemessenen Preis zu zahlen. Jeder Dorfladen braucht ein eigenes Profil sowie individuelle Akzente in der Ladengestaltung. Dadurch entsteht ein Einkaufserlebnis, das die Kundenbindung stärkt. Authentizität schafft Vertrauen und die Herzlichkeit des Personals im Umgang mit den Kunden ist dabei das A und O.

**Weitere Informationen unter: [www.sdl-inform.de](http://www.sdl-inform.de)** □

## Von A wie Anis bis Z wie Zimt

Ernährungsminister Brunner eröffnet Gewürzmuseum in Kulmbach

Die „heimliche Hauptstadt des Bieres“ wird immer mehr auch zur Hauptstadt der Lebensmittelkultur. Ernährungsminister Helmut Brunner hat direkt neben dem Brauerei- und dem Bäckereimuseum im Kulmbacher Mönchshof das lange geplante Gewürzmuseum eröffnet. Ab sofort können sich darin Einheimische und Touristen auf eine spannende Reise durch die Welt der Gewürze begeben.

Auf 1.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche lassen sich nicht nur allerlei heimische und exotische Gewürze mit allen Sinnen erleben. Geboten ist auch viel Wissenswertes über die Geschichte des Würzens, die Esskultur vergangener Zeiten sowie über Wachstum, Verarbeitung und Verwendung von Gewürzpflanzen.

Der Minister geht davon aus, dass sich das Museum binnen kürzester Zeit zum Besuchermagneten entwickelt und die Attraktivität und das Image von Stadt und Region weiter verbessert. „In vorbildlicher partnerschaftlicher Zusammenarbeit wurde hier ein Vorhaben verwirklicht, von dem die ganze Region profitiert“, sagte Brunner.

Das Projekt wurde vom Verein Bayerisches Brauerei- und Bäckereimuseum Kulmbach gemeinsam mit der LEADER-Aktionsgruppe (LAG) Kulmbacher Land e.V. er-

arbeitet. Zu den Gesamtkosten von 3,8 Millionen Euro hat das Landwirtschaftsministerium rund 1,6 Millionen Euro aus Mitteln der EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER beigesteuert. Damit ist das Gewürzmuseum im nordbayerischen Raum das finanzstärkste LEADER-Projekt der vergangenen Jahre.

Das EU-Programm LEADER bietet laut Brunner engagierten Bürgerinnen und Bürgern die Chance, ihre Region mit maßgeschneiderten Projekten zu stärken und sich direkt in die aktive Gestaltung ihrer Heimat einzubringen. Allein im Zuständigkeitsbereich der LAG Kulmbacher Land, die ihr Wirken unter den Dreiklang „Genuss – Kultur – Natur“ gestellt hat, hat der Freistaat in der vergangenen EU-Förderperiode von 2007 bis 2013 für 13 Projekte gut 3,25 Millionen Euro bereitgestellt. □

**Landkreis Cham:**

## Innovationspreis „Beste Aussichten“ 2015

Im festlichen Rahmen einer „Innovationsgala“ in dem einzigartigen Konzerthaus in Blaubach (Landkreis Cham) hat der Landkreis Cham den diesjährigen Preisträger des Innovationspreises „Beste Aussichten“ gekürt. Preisträger im Jahr 2015 ist die Firma Rädlinger primus line GmbH mit ihrer innovativen Methode zur grabenlosen Sanierung von Druckleitungen ([www.primusline.com](http://www.primusline.com)). Insgesamt waren 17 Unternehmen und Institutionen nominiert. Neben dem Preisträger wurden auch 17 Schüler in der Kategorie Nachwuchs für ihre innovativen Schülerideen geehrt.

Mit dem Innovationspreis würdigt der Landkreis Cham im zweijährigen Turnus herausragende innovative Leistungen in der Region. Landrat Franz Löffler: „Wir wollen damit eine Kultur der Innovation fördern und das Thema Innovation in der Öffentlichkeit noch stärker verankern. Innovative Maßnahmen sind die beste Antwort eines Unternehmens auf den zunehmenden internationalen Wettbewerbsdruck und Schlüsselfaktoren für Wachstum und Beschäftigung. Die Innovationsfähigkeit unserer kleinen und mittleren Unternehmen treibt die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region entscheidend voran. Wir

unterstützen die Unternehmen dabei und sorgen für günstige Rahmenbedingungen. Ein besonderes Augenmerk legen wir hierbei auf die Förderung des innovativen Nachwuchses im Landkreis. Bewusst haben wir deshalb auch die Kategorie „Nachwuchs“ mit aufgenommen.“

Oberstes Kriterium für die Preisvergabe ist die Innovation als „Durchsetzung einer technischen, organisatorischen, institutionellen oder sozialen Neuerung“. Neben der Innovation fließt auch das Engagement für die Weiterentwicklung des Lebens- und Wirtschaftsraumes Landkreis Cham in die Wertung ein. □

**Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten:**

## Seminar zur Gründung eines Dorfladens

Der Strukturwandel im Einzelhandel ist derzeit noch nicht abgeschlossen, so Geschäftsführerin der SDL Thierhaupten Gerlinde Augustin. Während kleine Läden schließen, entstehen nach wie vor Discounter auf der grünen Wiese. Orte mit weniger als 2000 Einwohnern haben oft keinen eigenen Laden mehr. Dieser Entwicklung gilt es aktiv gegenzusteuern, zumal Dorfläden in einer Kommune viele wichtige Funktionen übernehmen und einen maßgeblichen Beitrag zur Lebensqualität aller Generationen leisten. Welche Voraussetzungen bei der Gründung eines Dorfladens notwendig sind lernten die Teilnehmer im Seminar „Tante Emma ist wieder da“.

Bürgermeister und interessierte Bürger konnten sich hier informieren, Erfahrungen austauschen und sich Impulse und Motivation für ihre Projekte holen.

Der Praxisbericht von Ladenleiterin und Referentin Helga Hörmann aus Jedesheim, Landkreis Neu-Ulm, Stadt Illertissen, zeigte schnell, dass mit einem Dorfladen mehr zusammenhängt als nur die Vor-Ort-Versorgung. Denn dadurch, dass sich die Bürger im wahrsten Sinne des Wortes im Dorf wieder bewegen, entsteht auch im übertragenen Sinne eine Bürgerbewegung, so formulierte Frau Hörmann. „Die Initiative von Bürgern für Bürger schafft einen neuen Lebensmittelpunkt und sorgt für Leben und Lebensmittel im Dorf“, resümierte Helga Hörmann.

Der Jedesheimer Dorfladen existiert bereits seit 14 Jahren. Helga Hörmann's Erfahrungen sind: „Nie darf man sich auf seinen Lorbeeren ausruhen, sondern der „Lebensmittelpunkt“ muss sich ständig in Sortiment, Angebot und Ge-

staltung weiterentwickeln.“ Das ehrenamtliche Engagement ist hierbei ebenso wichtig wie regelmäßige Präsenz in den regionalen Medien.

Ein Dorfladen ist kein Selbstläufer. Er muss preislich Schritt halten mit den umliegenden Discountern. Die Rentabilität darf jedoch nicht der Hauptgrund zur Eröffnung eines Dorfladens sein, betonte Bürgermeister Hermann Schmidt aus der Gemeinde Amerdingen, Landkreis Donau-Ries. Vielmehr sieht er diesen als Begegnungsstätte für Bürgerinnen und Bürger aller Altersstufen und als Schlüssel für eine nachhaltige Gemeindeentwicklung. „Eine starke Dorfgemeinschaft brauchen wir aktuell auch zur Lösung anderer Probleme“, meinte der Bürgermeister.

Ein eigenes Profil mit abgestimmter Vermarktungsstrategie sowie Kreativität und Engagement in Service und Angebot sind die Schlüssel zum Erfolg eines Dorfladens. Eröffnung und Leitung des

## „Schubladen müssen offen bleiben“

Zehn Jahre Bildung für interkulturelle Jugendarbeit in der „jubi“ des Bezirksjugendrings Unterfranken

Würzburg. Lernet Zehranur Aksu jemand Neues kennen, passiert in 90 Prozent der Fälle das Gleiche. Zunächst wird sie gefragt: „Wo kommen Sie denn her?“ Als zweites konstatiert das Gegenüber: „Sie sprechen ja gut Deutsch!“ Worauf die Mitarbeiterin der unterfränkischen Jugendbildungsstätte antwortet: „Sie aber auch!“ Das verblüfft den Gesprächspartner. Wie sollte er aber auch nicht gut Deutsch sprechen! Er ist ja hier aufgewachsen! Ebenso wie Zehranur. Die aus Baden-Württemberg stammt.

Seit zehn Jahren engagiert sich Zehranur Aksu in der „jubi“. Über die Würzburger Universität kam sie als Pädagogikstudentin in Kontakt mit der vom Bezirksjugendring getragenen Einrichtung: Stefan Lutz-Simon, Leiter der Jugendbildungsstätte, war einer ihrer Dozenten an der Hochschule. Zunächst brachte sich Zehranur ehrenamtlich bei der jubi ein. Sie gehörte zu jenem Team, das vor zehn Jahren kurz nach Gründung der vom Bezirk unterstützten Bildungsinstitution daran ging, ein Programm zum Thema „Interkulturelle Jugendarbeit“ zu entwickeln.

Seit fünf Jahren ist Zehranur Aksu als Referentin in der jubi angestellt. Zusammen mit Stefan Lutz-Simon hält die 29-Jährige in

ganz Unterfranken und darüber hinaus Seminare für Lehrkräfte, Sozialarbeiter sowie Menschen, die haupt- oder ehrenamtlich in der Jugendarbeit engagiert sind. Mindestens einmal im Monat findet ein solches Seminar statt. Ziel ist es, die Teilnehmer für Rassismus und Diskriminierung zu sensibilisieren.

### Brisanz des Themas

Interessant findet Zehranur Aksu, dass so mancher Lehrer zu Beginn eines Seminars die Brisanz des Themas leugnet: „Rassismus gibt es doch heute kaum noch!“ Zehranur hat da ganz andere Erfahrungen. Häufig wurde sie schon bewusst oder unbewusst diskriminiert. Als Studentin zum

Beispiel hatte sie große Probleme, eine Wohnung zu finden: „Einmal hatte ich eine Zusage. Ich traf mich mit dem Vermieter, um den Vertrag zu unterschreiben. Als er sah, dass ich Kopftuch trage, zog er sein Angebot zurück.“

Er sagte ihr nicht offen: „Mit Kopftuch kommst du nicht in mein Haus!“ Er verwies auf die Nachbarschaft. Das Haus befindet sich in einer gut situierten Gegend, erklärte er: „Er sah Konflikte voraus und meinte, er wolle mich davor schützen.“

Als Jugendliche war Zehranur oft einfach nur betroffen von dem, was sie an abfälligen Bemerkungen und Ausgrenzung erlebte. „Durch das Studium begann ich, mich theoretisch mit dem Phänomen Rassismus zu befassen“, erzählt die Muslima. Warum werten Menschen andere Menschen ab, um dadurch selbst besser dazustehen? Warum macht das vermeintlich „Fremde“ Angst?

Die rassismuskritischen Seminare hält die Migrationspädagogin bis heute mit Stefan Lutz-Simon zusammen. Und das macht Sinn, erläutert der Leiter der Jugendbildungsstätte: „Erzählt Zehranur von dem, was ihr passiert ist, sehen die Teilnehmer sie zunächst oft als Opfer an.“ Kein Wunder, sagen sie sich, dass die Frau da vorne über Rassismus spricht. Ist sie doch selbst betroffen! Doch um die Person Zehranur geht es nicht. Es geht vielmehr prinzipiell um Stereotype, Klischees und abstruse Vorstellungen über andere Menschen.

Lutz-Simon wiederum fände es absurd, rassismuskritische Seminare ohne eine Partnerin mit Migrationshintergrund zu halten. Natürlich kann er aus einem großen theoretischen Fundus schöpfen, setzt sich der jubi-Leiter doch seit Jahren mit der Thematik auseinander. Doch authentisch davon zu berichten, wie verletzend stereotype Vorstellungen und unsensible Begriffe sein können, das kann er nicht.

### Verhalten hinterfragen

Viele hundert Menschen hat das Team um Stefan Lutz-Simon in den vergangenen zehn Jahren erreicht. Viele Menschen begannen, ihr eigenes Denken, Sprechen und Verhalten zu hinterfragen. Gleichzeitig muss die jubi-Crew allerdings bis heute immer wieder aufs Neue erklären, was eigentlich mit dem sperrigen Begriff „rassismuskritisch“ gemeint ist.

Auf den Punkt gebracht, bedeutet der Begriff eigentlich nicht mehr und nicht weniger, als dass sich jeder hinterfragen sollte, ob er denn bei einer Begegnung seinem Gegenüber tatsächlich gerecht wird. Oder ob Stereotype eine Begegnung auf Augenhöhe verhindern. So ist eben bei weitem nicht jede Frau mit Kopftuch Ausländerin. Und nicht jeder Flüchtling ein Opfer, das auf der Flucht fast ertrunken wäre und völlig hilfsbedürftig ist.

Eine Frau mit Kopftuch kann durchaus einen deutschen Pass haben. Und Flüchtlinge sind nicht nur Opfer. Sondern Menschen mit einem Beruf, Familie und Freundschaften, die, haben sie es nötig, gern Hilfe empfangen, aber auch, wenn sie Not sehen, selbst gern helfen.

Natürlich hat jeder Mensch Schubladen, meint Zehranur. Schließlich muss irgendwie Ordnung gebracht werden in diese Welt mit ihrer Vielfalt und Überfülle: „Wichtig ist aus rassismuskritischer Sicht einfach, dass die Schubladen immer offen bleiben.“

Pat Christ



Viele ehemalige Bürgermeister nutzten die Gelegenheit, um den neuen Gebäudekomplex des Landratsamtes Regensburg zu besichtigen – hier die Begrüßung durch Landrätin Tanja Schweiger (2. v. r.).

### Regensburg:

## Ehemalige Bürgermeister besichtigten neues Landratsamt

Landrätin Tanja Schweiger lud frühere Kommunalpolitiker ein

Regensburg. (RL) Auf Wunsch von zahlreichen ehemaligen Bürgermeistern hat Werner Fischer, Kreisverbandsvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags und Bürgermeister der Gemeinde Bernhardswald, eine Führung durch den neuen Gebäudekomplex organisiert. „Es freut mich und erfüllt mich mit Stolz, Ihnen den Neubau vorstellen zu dürfen. Sie haben unseren Landkreis die letzten Jahrzehnte erfolgreich mitgestaltet und ihn zu dem geformt, was er heute ist. Dafür meinen herzlichen Dank!“, begrüßte Landrätin Tanja Schweiger die Teilnehmer.

Richard Maul, Sachgebietsleiter Hochbau beim Landratsamt Regensburg, führte durch das Haus und erläuterte viele bauliche und energetische Besonderheiten des Neubaus. Im Anschluss daran stellte Maximilian Sedlmaier, Abteilungsleiter Kommunalrecht im Landratsamt Regensburg, die aktuelle Organisationsstruktur des Landratsamtes vor.

### Technische Feinheiten

Die Büros werden mittels Heiz-Kühl-Decken temperiert. Diese bestehen aus gelochten Metalldeckenelementen, die wie ein Heizkörper oder eine Fußbodenheizung in der kalten Jahreszeit mit warmem Wasser (Heizbetrieb) und im Sommer mit

kühlem Wasser (Kühlbetrieb) durchfließen werden.

Das mit Erdgas betriebene Blockheizkraftwerk erzeugt sowohl Wärme als auch elektrischen Strom. Die Wärme wird in den Heizkreislauf eingespeist. Der erzeugte Strom deckt zu 90 Prozent den Strombedarf der Grundwasserwärmepumpen ab. Der Rest wird ins allgemeine Stromnetz eingespeist.

Es wurden zwei Grundwasserbrunnen errichtet. Der Entnahmehorizont hat eine Tiefe von circa 62 Metern, der Schluckbrunnen eine Tiefe von rund 82 Metern. Das zum Heizen beziehungsweise Kühlen entnommene Grundwasser wird zur Energieentnahme über Wärmetauscher geleitet und über den Schluckbrunnen in den Grund-

wasserkreislauf zurückgeführt. Die Katastrophenschutzräume wurden in enger Abstimmung mit den Katastrophenfachleuten des Landratsamts und mit der Führungsebene der Landkreisfeuerwehren geplant und ausgestattet.

### GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 49 vom 01.01.2015

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE 3872 2515 2000 1002 1566

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE 9673 4600 4600 0014 4320

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Henne-Unimog-Geschäftsführer Christian Garr gründete gemeinsam mit Rektorin Eva-Maria Gaßner die Bildungspartnerschaft mit der Mittelschule „An der Ridlerstraße“.

### Henne-Unimog GmbH:

## Bildungspartnerschaft mit Münchener Mittelschule

Der Fachkräftemangel ist in aller Munde und stellt für die Unternehmen eine der größten Herausforderungen der Zukunft dar. So auch bei der Henne-Unimog GmbH aus Heimstetten bei München.

„Aufgrund unserer Produktpalette - angefangen vom Unimog über die Geräteträger Hansa und Lindner bis hin zum neuen Knick-Lenker Multihog - brauchen wir sehr gut ausgebildete Mitarbeiter. Und die Ausbildung dauert.“, so Geschäftsführer Kai Bogedale. „Daher setzen wir verstärkt auf die Ausbildung junger Leute“, pflichtet ihm sein Kollege Christian Garr bei, „und gehen gezielt auf die Schulen in der Umgebung zu.“

Ziel hierbei ist es, Schülerinnen und Schülern, aber auch den Lehrkräften, einen aktuellen Einblick in die Berufsbilder und den Berufsalltag des Kfz-Gewerbes zu geben. Für Henne ist es wichtig, dass die Jugendlichen die Schule möglichst ausbildungsreif und mit der Aussicht auf einen Ausbildungsplatz verlassen.

Mit der Mittelschule „An der Ridlerstraße“ aus München hat man durch die Vermittlung der In-

dustrie- und Handelskammer einen Partner gefunden, mit dem man diese Ziele gemeinsam angehen will. Schule und Unternehmen legen dabei verschiedene Module fest, um die Jugendlichen auf die Bewerbung, Ausbildung und das zukünftige Berufsleben vorzubereiten.

### Rollenspiele

So berichten z. B. Auszubildende an der Schule von ihrer Ausbildung, in Rollenspielen werden Bewerbungsgespräche mit Personalverantwortlichen geübt und Firmenvertreter stellen Eltern und Schülern „ihre“ Berufe vor. Dabei werden natürlich auch Tipps gegeben, worauf es bei Bewerbungen ankommt. Auch die Lehrer profitieren: Sie können über Praktika in Firmen die Arbeitswelt erkunden und ihre Erfahrungen an die Schüler weitergeben.

Integration von Flüchtlingen in Würzburg:

## Ständig droht die Verlegung

Bayernweit vorbildliches Pilotprojekt liegt wegen Umverteilungspraxis auf Eis

Würzburg. Fünf Jahre lang studierte Mohamad in Syrien Jura. Dann musste er fliehen. Er kam nach München. Wurde von dort aus zweimal verlegt. Und traf vor einem Monat in Würzburg ein. „Hier gefällt es mir“, sagt er. Hier würde er gerne sein Studium fortsetzen. Papiere, die seine syrischen Uni-Erfolge und seine Studierfähigkeit in Deutschland belegen, hat er. Das einzige Problem: Mohamad weiß nicht, wie lange er in Würzburg bleiben darf. Vielleicht wird er morgen weitergeschickt. Vielleicht sogar schon heute.

„Wir wissen aktuell von rund 50 jungen Syrern in Würzburg, denen es genau so geht wie Mohamad“, sagt Burkhard Hose, Studentenpfarrer der Katholischen Hochschulgemeinde (KHG). Seit diesem Sommer besucht er Abend für Abend nach seiner Arbeit das Flüchtlingszelt in der Zellerau, wo auch Mohamad derzeit lebt. Er redet mit den 80 Zeltbewohnern. Erkundigt sich nach dem, was sie in ihrem Heimatland gemacht haben. Fragt nach ihren Plänen. Ein großer Teil der Zeltbewohner, hat er erfahren, wünscht sich wie Mohamad, endlich ihr Studium in Würzburg fortsetzen zu können.

### Viele Hürden

Dem stehen jedoch viele Hürden entgegen. So gibt es derzeit noch keine Sprachkurse explizit für diese Gruppe von Flüchtlingen, die kein Deutsch und manchmal auch kaum Englisch spricht. Noch verfügen die Studierenden auch nicht über Unterkünfte, in denen sie in Ruhe lernen könnten – im Zelt oder der Gemeinschaftsunterkunft (GU) zu lernen, ist aufgrund des permanenten Trubels schlichtweg unmöglich. Vor allem aber, und das ist das schwierigste Problem, gibt es für sie keinerlei Sicherheit, dass sie dann, wenn sie begonnen haben, sich auf ihr Studium vorzubereiten, auch in Würzburg bleiben können.

Für Burkhard Hose und seine Mitstreiterin Eva Peteler, die sich seit Jahren in Würzburg für Flüchtlinge aus der GU einsetzt, ist es eine Katastrophe, das Potenzial der Flüchtlinge einfach brachliegen zu lassen. Die jungen Syrern seien voller Tatendrang, erzählen die beiden. Sie möchten nicht länger untätig herumsitzen. Sie möchten etwas lernen. Und sich mit ihren Qualifikationen in Deutschland einbringen. Doch weil permanent das Damoklesschwert der Weiterverlegung über ihnen schwebt, sind sie zur Untätigkeit verdammt. Das zermürbe und führe zur Verzweiflung.

„Dass sie jederzeit aus Würzburg weg in eine andere Aufnahmeeinrichtung verlegt werden können, ist derzeit die größte Hürde für Studieninteressierte“, bestätigt Uni-Pressesprecherin Esther Knemeyer Pereira. Teilweise werden die jungen Flüchtlinge irgendwohin in ländliche Regionen Unterfrankens verlegt. Laut Eva Peteler zum Beispiel nach Mespelbrunn im Kreis Aschaffenburg. Knemeyer Pereira: „Die weite Anreise macht in vielen Fällen ein Studium unmöglich.“

Den Betreuern der Flüchtlinge sei oft nicht einmal bekannt, wohin die Studieninteressierten verlegt werden. „Eine Kontaktaufnahme mit dem Ziel der Integration in die Universität kann also nicht erfolgen“, so die Pressesprecherin. Auch sei eine Rückverlegung nach Würzburg kaum wahrscheinlich.

Nach welchen Kriterien wird eigentlich wer wohin verlegt? „Nach unseren Kenntnissen entscheidet dies ein Computer“, sagt Burkhard Hose. Was Eva Peteler bestätigt: „Algorithmen bestimmen über das Schicksal der Flüchtlinge.“ Eine Logik gebe es nicht. Seit Wochen geht sie mit KHG-Studentenpfarrer Hose und weiteren Mitstreitern hiergegen

wären, eine „Tandemlerngemeinschaft“ mit den syrischen Flüchtlingen zu bilden.

### Unterkünfte

Selbst um die Unterkunft der Syrer müsste sich der Staat nicht den Kopf zerbrechen. Burkhard Hose und Eva Peteler bemühen sich derzeit vor allem im kirchlichen Kontext, Menschen zu finden, die bereit wären, einen Flüchtling mit Studienabsicht bei sich aufzunehmen. Schließlich ist sogar für ein System von Behördenlotsen ergänzend zum „International Office“ der Würzburger Universität gesorgt, so dass die Formalitäten, die mit der Studienaufnahme zusammenhängen, reibungslos erledigt werden können.

Gestartet werden könnte im Dezember. Allerdings erst dann, wenn der Freistaat verspricht, keine studierwilligen jungen Syrer mehr zu verlegen. Und wenn außerdem gesichert ist, dass die syrischen Studierenden während der Zeit ihres Studiums ausreichend Leistungen erhalten, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Pat Christ

## Asyl-Gipfel der schwäbischen CSU

„Es ist von enormer Wichtigkeit, dass die EU-Staaten, der Bund, die Länder und Kommunen Hand in Hand zusammenarbeiten. Nur so kann die aktuelle Flüchtlingskrise bewältigt werden“, so der Vorsitzende der CSU Schwaben und Initiator des schwäbischen Asyl Gipfels, Markus Ferber in seiner Zusammenfassung der Veranstaltung, bei der alle politischen Ebenen von Europa bis Kommune vertreten waren.

Beim Asyl-Gipfel der CSU Schwaben in der Neusässer Stadthalle konnte der CSU-Europaabgeordnete Ferber neben Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller auch den JU-Landesvorsitzenden Dr. Hans Reichhart, Neu-Ulms Landrat Thorsten Freudenberger, Königsbrunn Bürgermeister Franz Feigl und den ehrenamtlichen Asylhelfer Thomas Waschhauser begrüßen.

### Gesamtkonzept

Bundesminister Dr. Müller fordert in seinem Impulsreferat ein internationales Gesamtkonzept zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. „Deutschland kann die Probleme nicht alleine lösen“ so der Minister. „Internationale Politik muss nachhaltige Perspektiven in den Herkunftsländern der Flüchtlinge schaffen. Derzeit werden von der Staatengemeinschaft 130 Mrd. Euro pro Jahr in Entwicklungshilfe investiert, allerdings wird das 10-fache für Rüstung und Verteidigung in den Ländern der Erde ausgegeben“, mahnte Müller.

### Großartiges Engagement

Der JU-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Dr. Hans Reichhart, der den erkrankten Fraktionsvorsitzenden der CSU im Bayerischen Landtag, Thomas Kreuzer, vertrat, bedankte sich bei allen Akteuren für das großartige Engagement auf dem Gebiet der Flüchtlingsbetreuung. Reichhart appellierte an die Adresse der Bundesregierung, dass die Aussage „Wir schaffen das!“ leider nicht ausreichend sei. Seit Beginn dieses Jahres kamen bereits mehr als 550.000 Asylbewerber nach Deutschland.

### Willkommenskultur

„Vor dieser Wahrheit dürfen wir nicht die Augen verschließen, sondern müssen

schnell und effektiv handeln! Mit einer Willkommenskultur, die sich im Beifall für die ankommenden Flüchtlinge erschöpft, ist es nämlich nicht getan! Wir müssen helfen, aber wir müssen den Zuzug nach Deutschland dabei auf ein Maß begrenzen, das unsere Aufnahmefähigkeit nicht übersteigt! Denn eines steht fest: Wir dürfen den Freistaat und unsere Kommunen nicht überfordern!“, betonte der JU-Landesvorsitzende.

### Angespannte Situation

Landrat Thorsten Freudenberger und Bürgermeister Franz Feigl, die als Vertreter der kommunalen Ebene mit der Problematik tagtäglich hautnah befasst sind, berichteten von der angespannten Situation vor Ort. Beide waren sich einig, dass die Lasten nicht nur in Europa sondern auch innerhalb Deutschlands gerechter verteilt werden müssen. Eine besondere Belastung für die Kommunen sind die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge von denen derzeit sind über 12.000 in bayerischen Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht sind. Das entspricht etwa der Hälfte aller in Deutschland untergebrachten unbegleiteten Minderjährigen und bringt die Kommunen an ihre absolute Leistungsgrenze. Bürgermeister Feigl mahnte in diesem Zusammenhang auch eine bessere Kommunikation zwischen den zuständigen Behörden an.

### Hauptamtliche Hilfe

Thomas Waschhauser, ein ehrenamtlicher Asylhelfer aus Jettingen-Scheppach gab einen Einblick in die Tätigkeit der Helferkreise und forderte zur Unterstützung der Ehrenamtlichen verstärkt hauptamtliche Hilfe. Seiner Ansicht nach wäre es dringend geboten je 50 Asylsuchende einen hauptamtlichen zur Betreuung einzustellen, um so vor allem

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Werfen Sie den Brief nicht weg. Wir legen einen Ordner an, den wir 'Schmutzkästchen' nennen. Darin heften wir dieses und ähnliche Elaborate ab“, ordnete mein Chef an. Der Bürgermeister, hinderte mich daran, einen anonymen Brief in die 'Ablage rund' zu werfen. Jemand, der sich selbst als „noch schweigende Mehrheit“ bezeichnete, hatte sich über den Bürgermeister niederträchtig ausgelassen, weil er angeblich zu viel für Flüchtlinge übrig hat.

Die Frage, warum man einen anonymen Brief schreibt, würde ein Satiriker wahrscheinlich mit der Feststellung beantworten, dass die schweigende Mehrheit zu viele sind, als dass sie auf das Absenderfeld passen. Aber warum der besagte Brief tatsächlich ohne Absender kam, wird mit einem Blick auf seinen Inhalt schlagartig klar: Sowohl die Tiermetaphern auf den Bür-



Eine dritte Gruppe mag die romantische Vorstellung plagen, dass sie mit ihrem Geschreibsel Furcht und Schrecken verbreiten könnte, was sich natürlich unter der Wucht einer Mehrheitsmeinung leichter bewerkstelligen lässt, als unter dem Namen Rüdiger Rüpel (ich entschuldige mich bei allen Rüdigern für den Stabreim auf Kosten dieses schönen Vornamens).

Etwas macht mich dennoch stutzig, nämlich, dass in so vielen der anonymen Blog-Einträge oder Mailings die Worte „man wird ja doch noch mal sagen dürfen“ vorkommen. Seien wir doch selbstkritisch: Übertreiben wir es nicht manchmal mit der politischen correctness? Damit meine ich nicht nur, dass wir hyperventilieren, wenn jemand das N-Wort für farbige Menschen benutzt. In der öffentlichen Debatte kommt es derzeit sehr leicht zu einer eher einseitigen Sicht auf Themen. Andere Meinungen und Strömungen werden dann in eine Sphäre der Parallelkommunikation gedrängt, eben auf Blogs, Internetforen und andere, die wiederum eher eine einseitige Sicht pflegen. Da entsteht keine Debattenkultur. So ist es derzeit mit der Flüchtlingsthematik. Wenn schon zaghafte Fragen nach den Grenzen der Belastbarkeit mit der Keule „Rechtspopulist“ erschlagen werden, wie soll dann eine Diskussion mit denen geführt werden können, die aus welchen Gründen auch immer mit Vorurteilen oder Ängsten kämpfen?

Mein Chef, der Bürgermeister, hat immer den Satz bewundert „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“, auch wenn Rosa Luxemburg, die ihn schrieb, einer Ideologie zuneigte, deren Anhänger noch heute Andersdenkende im Namen einer vorgeblichen Wahrheit verfolgen. Sollten wir die Andersdenkenden nicht ermuntern, aus ihrer anonymen Ecke zu kommen und sich dem offenen Diskurs zu stellen? Müssen wir nicht auch wieder lernen, scheinbar unerträgliche Meinungen zu ertragen? Schließlich gilt es für jeden zu bedenken, was eine andere Intellektuelle, Bettina von Arnim, einmal gesagt hat: „Ein Verstand, der die Füße in einem Sack von Vorurteilen stecken hat, der kann nicht nach dem Ziel laufen.“

## Ein Test für die Debattenkultur

germeister, wie der Hinweis auf seine großzügige Haltung Flüchtlingen gegenüber (vorne und hinten rein), als auch die Conclusio (aufhängen, wahlweise den Bürgermeister oder Fremde), lassen darauf schließen, dass da jemand mal so richtig die Sau rausgelassen hat, dessen Erinnerungen an seine Kinderstube und Kenntnisse von den Spielregeln des demokratischen Diskurses nicht mehr recht greifbar sind.

Man fragt sich schon, warum in letzter Zeit – erst bei der Diskussion um die Annexion der Krim durch Russland und jetzt bei der Flüchtlingsdebatte – so viele sich bei ihrer Meinungsäußerung in die Anonymität von Blogs, Phantasie-eMail-Absender oder des guten alten Briefs von „einem Freund“, der „schweigenden Mehrheit“ oder „wir werden mehr“ flüchten. Nun, die erste Antwort dürfte sein, dass es sich um eine Mischung aus Dummheit und schlechtem Benehmen handelt, die es diesen Leuten unmöglich macht, ihre Meinung offen und vor allem in einem angemessenen Ton zu äußern. In dem einen oder anderen Fall mag auch Angst dazu kommen, dass das sorgsam gepflegte Weltbild, mit dem man so prächtig in Übereinstimmung lebt, von anderen argumentativ ins Wanken gebracht werden könnte.

the Sabrius



Von links: Königsbrunn Bürgermeister Franz Feigl, Landrat Thorsten Freudenberger, MdL Dr. Hans Reichhart, MdB Kathrin Albsteiger, der ehrenamtliche Flüchtlingshelfer Thomas Waschhauser und MdEP Markus Ferber.

auch Alltagsprobleme zu lösen.

Als Teilnehmerin der anschließenden Podiumsdiskussion erklärte die Bundestagsabgeordnete Katrin Albsteiger, dass der Bund seine finanzielle Unterstützung deutlich angehoben hat. Schließlich wurde mit dem Publikum über Probleme und Lösungsansätze diskutiert.

### Wichtige Impulse

Der Bezirksvorsitzende Ferber versprach den Anwesenden, dass die anwesenden Politiker aus Europa, Bund, Land und Kommune die Impulse der Veranstaltung in ihre Arbeit einbringen werden. □

25 Jahre Automobile Georg Scherible  
Ihr zuverlässiger Partner

**Wir kaufen  
Ihre Gebrauchtfahrzeuge!**  
Faire Konditionen, seriöse und zuverlässige Abwicklung  
**PKW, Transporter, Nutzfahrzeuge**

alle Alters- und Zustandsklassen  
Besichtigung und Bewertung auch vor Ort  
Bitte kontaktieren Sie uns telefonisch oder per E-Mail:  
Tel.: 08204-9608102 · Mobil: 0171-6115055  
Fax: +49 8204 9608103 · E-Mail: info@scherible.de  
Automobile Georg Scherible · Schelmenlohe 13 · 86866 Mickhausen

Unterfränkischer Integrationspreis:

# „Integration? Ehrensache!“

„Integration geht uns alle an. Es geht um unser aller Zukunft, die maßgeblich auch vom Zuzug und der Eingliederung der Zuwanderer bestimmt sein wird. Deutsche und Migranten müssen an dieser Zukunft gemeinsam arbeiten“, unterstrich Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer beim Unterfränkischen Integrationsforum in Würzburg, in dessen Rahmen bereits zum achten Mal der Integrationspreis verliehen wurde. Mit der Auszeichnung wird die Bedeutung von Initiativen zur Integration von Zuwanderern hervorgehoben.

Insgesamt waren 24 Projekte für den Integrationspreis vorgeschlagen worden. Das Preisgeld für die drei Preisträger in Höhe von insgesamt 5.000 Euro wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration aus den vom Bayerischen Landtag bewilligten Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt. Die Auszeichnung nahm Regierungspräsident Beinhofer gemeinsam mit Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger vor, der in Vertretung von Staatsministerin Emilia

Müller nach Würzburg gekommen war.

### Elternwerkstatt

Den mit 2.500 Euro dotierten ersten Preis erhielt der Kinderschutzbund Aschaffenburg e.V. für sein Projekt „Elternwerkstatt“. Dort treffen sich einmal in der Woche zugewanderte Eltern von Grundschulkindern, die mit Lerninhalten und unterschiedlichen Lernmethoden der Grundschule vertraut gemacht werden. Zurzeit findet die Elternwerkstatt an zwei

Standorten in türkischer Sprache und an einem Standort in deutscher Sprache statt. Sprachbarrieren werden durch Einbeziehung von Ehrenamtlichen mit Migrationshintergrund oder Übersetzern überwunden.

Das Konzept und die Umsetzung ist ein maßgeschneidertes Angebot, um Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen. Ziel des Projektes ist es, an allen Grundschulen in Aschaffenburg eine Elternwerkstatt zu errichten.

Über den zweiten Preis und damit 1.500 Euro durfte sich das Mehrgenerationenhaus (MGH) Haßfurt des BRK im Landkreis Haßberge freuen. Das Mehrgenerationenhaus unterstützt seit 2009 mit dem Projekt „Bildungspaten – Stark für Erfolg“ durch bürgerschaftliches Engagement mit Bildungspaten vor Ort Familien mit Migrationshintergrund. In dem Projekt werden Kinder mit Bildungsangeboten gefördert.

Im Kindergarten, in der Schule, in der Ausbildung und im täglichen Leben ist eine Unterstützung durch Paten eine wichtige Ergänzung. Neben der Unterstützung in Bildungsangelegenheiten fungieren die ehrenamtlichen Bildungspaten auch als Brückenbauer für die Integration der Familien

in das nachbarschaftliche und gesellschaftliche Zusammenleben unterschiedlicher Milieus und Kulturen vor Ort.

Beispielhafte Integrationsarbeit leistet auch die Freie Turnerschaft Würzburg 1899 e.V., die den dritten Preis und einen symbolischen Scheck über 1.000 Euro in Empfang nehmen konnte. Es gibt kaum eine bessere Möglichkeit der interkulturellen Begegnung und Annäherung als durch Sport. Asylbewerber und andere Ausländer werden in das Sportangebot der Freien Turnerschaft Würzburg integriert. Durch gemeinsame Sportaktivitäten werden ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger und Einheimische miteinander vertraut. Das Projekt „Sport ohne Grenzen“ läuft seit April 2014 und ist zeitlich nicht begrenzt.

### Zuzug wichtig

Wie Regierungspräsident Beinhofer bei der Preisverleihung hervorhob, sei die Förderung der Integration der ständig in Bayern lebenden Zuwanderinnen und Zuwanderer eine der wichtigsten Aufgaben. Dies gelte gerade auch für Unterfranken angesichts einer demographischen Entwicklung, die bis 2032 einen Bevölkerungsrückgang von über 5 % erwarten lässt. „Wir sind in Unterfranken auf den Zuzug vor allem junger Menschen angewiesen, um unsere hohe Wirtschaftskraft zu sichern. Die Herausforderung zur Integration unserer Zuwanderer nehmen wir sehr ernst. Dazu tragen Sie alle mit Ihren Projekten bei“, verdeutlichte der Regierungspräsident.



Am Rande der Preisverleihung ergab sich für Politiker die Möglichkeit des persönlichen Gesprächs mit Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Wolfgang Borst, 1. Bürgermeister der Stadt Hofheim in Unterfranken und Stellvertretender Vorsitzender des BRK KV Haßberge (Bildmitte) sowie Michael Ziegler, Stellvertretender Haßberge-Landrat und 1. Bürgermeister der Stadt Eltmann (r.), nutzten diese Möglichkeit. Bild: Sabine Meißner

Grundlage für ein gutes Zusammenleben vor Ort seien Anerkennung, gegenseitige Wertschätzung, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Vertrauen. Von gleich großer Bedeutung sei das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen. So sei das diesjährige Motto des Integrationspreises „Miteinander leben – voneinander lernen“ um die Formel: „Integration? Ehrensache!“ ergänzt worden.

Beispielhaft für die vielen Betätigungsfelder der ehrenamtlich Tätigen benannte Beinhofer das Engagement bei der Vermittlung der deutschen Sprache an Migrantinnen und Migranten und an Flüchtlinge. Für eine gelungene Integration sei das Erlernen

der deutschen Sprache von größter Wichtigkeit, „denn nur wer im gesellschaftlichen Zusammenleben, in der Schule oder im Beruf deutsch sprechen kann, wird erfolgreich sein und integriert werden“.

Um diese Aufgabe zu bewältigen, trügen viele ehrenamtlich Tätige z. B. mit ihren ehrenamtlichen Deutschkursen bei. Allein im Jahr 2014 gab es im Regierungsbezirk Unterfranken 92 erfolgreiche Deutschkurse auf ehrenamtlicher Basis mit ca. 1.100 Flüchtlingen. Dieses enorme Engagement auf beiden Seiten unterstreiche die herausragende Bedeutung des Erwerbs der deutschen Sprache für eine gelingende Integration. DK

### Vorschau auf GZ 21

In unserer Ausgabe Nr. 21, die am 5. November 2015 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT · Breitband
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Baupolitik
- Renovierung · Denkmalschutz
- Gestaltung öffentlicher Räume · Stadtmobiliar

## LIEFERANTEN - GZ - NACHWEIS

### Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarken-Ankauf**  
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauenlorengraben 73 · 90343 Nürnberg  
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

**5. November 2015**

## 3. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

Stadthalle Neusäß  
der Bayerischen Gemeindezeitung  
[www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de)

### Computer Netzwerke

**Die Netzwerkprofis**  
Ihr Partner für alles rund um Netzwerke — von Entwurf zu Umsetzung und mehr.  
The experts for networks.  
Weitere Informationen: Tel.: +49 881 60094080 • info@crystal.de • www.crystal.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**Constanze von Hassel**

Telefon 081 71.9307-13

hassel.constanze@gemeindezeitung.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**Theresa von Hassel**

Telefon 08171.9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

### Gewerbekbau

**Laumer Bautechnik GmbH**  
Bahnhofstr. 8  
84323 Massing  
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

[www.laumer.de](http://www.laumer.de) · [info@laumer.de](mailto:info@laumer.de)

### Kindergarteneinrichtungen

**eibe** Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG  
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen  
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199  
E-Mail [eibe@eibe.de](mailto:eibe@eibe.de) | [www.eibe.net](http://www.eibe.net)

### Kommunalfahrzeuge



### Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

- Henne-Unimog GmbH  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)
- Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, [www.bassewitz.de](http://www.bassewitz.de)
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)
- Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg-Lengfeld, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)
- KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

**NÜRNBERG 2015 KOMMUNALE**

9. FACHMESSE UND KONGRESS FÜR KOMMUNALBEDARF

**14./15. Okt. 2015**

Messe Nürnberg [www.kommunale.de](http://www.kommunale.de)

Die Bayerische Gemeindezeitung ist Medienpartner

### Kommunalfinanzierung

Ihr Partner für kommunale Finanzierungen

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de) Bayern Labo

### Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

[www.twitter.com/gz\\_aktuell](https://twitter.com/gz_aktuell)  
[www.facebook.com/GZaktuell](https://www.facebook.com/GZaktuell)

### Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218  
Telefon: (02773)821256 · [www.hailo-professional.de](http://www.hailo-professional.de)

**Frühjahr 2016**

## 4. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung  
[www.bayerisches-wasserkraftforum.de](http://www.bayerisches-wasserkraftforum.de)

### Sitzmöbelhersteller

Das Krenzer-Modularsystem **KRENZER**  
... clevere Raumkonzepte

Fordern Sie unsere neuen Verkaufsunterlagen an

Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohhausen)  
Tel.: 02771/32 08-0 · E-Mail: [info@krenzer-sitzmoebel.de](mailto:info@krenzer-sitzmoebel.de) · [www.krenzer-sitzmoebel.de](http://www.krenzer-sitzmoebel.de)

### Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

**eibe** Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG  
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen  
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199  
E-Mail [eibe@eibe.de](mailto:eibe@eibe.de) | [www.eibe.net](http://www.eibe.net)

### Wartehallen/Außenmöblierungen

**LANGER** 05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelshelm · [www.langer-georg.de](http://www.langer-georg.de)  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

### Weihnachtsbeleuchtung

**deko-jochum** weihnachtsbeleuchtung  
beratung · planung · vertrieb  
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
[deko-jochum@t-online.de](mailto:deko-jochum@t-online.de)  
[www.deko-jochum.de](http://www.deko-jochum.de)

Vertragshandel für **Julideco Star**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

### Inserieren bringt Erfolg!

[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

**23. Juni 2016**

## 9. BAYERISCHES ENERGIEFORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung  
[www.bayerisches-energieforum.de](http://www.bayerisches-energieforum.de)